

Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



**Gedanken zur Neuordnung
des Zivilschutzes
Konsequenzen aus dem
Unglück in Tschernobyl**





Knapp an einer Katastrophe vorbei

Bei einem schweren Zugunglück kamen Ende Juli in Oebisfelde, Sachsen-Anhalt, drei Lokomotivführer ums Leben, 21 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Nach Angaben von Polizei und Reichsbahn stieß um 1.03 Uhr der vollbesetzte D-Zug Dresden-Köln bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof im Bereich einer Weiche frontal mit einem Güterzug zusammen, der ein Haltesignal überfahren hatte. Der Personenzug war mit mehr als 300 Reisenden besetzt. Der Güterzug mit 27 Kesselwagen, auf dem Weg von Hamburg nach Hartmannsdorf bei Chemnitz, hatte fast 1200 Tonnen Superbenzin geladen.

Rettungsdienste, Hubschrauber und Bereitschaftspolizisten aus der gesamten Region sowie 13 Feuerwehren mit 130 Mann kamen an der Unfallstelle zum Einsatz. Die Reichsbahn setzte 150 Bergungskräfte mit zwei Hilfszügen und schwerem Gerät ein. Aus Berlin wurde ein

Eisenbahndrehkran zur Unfallstelle gebracht, mit dem entgleiste Waggons wieder auf die Schiene gesetzt werden können.

Bei dem Zusammenstoß war es zu gewaltigen Explosionen gekommen. Die Lokomotiven verkeilten sich ineinander. Die beiden ersten Waggons des Personenzuges wurden aus den Schienen gehoben, zwischen die Lokomotive und die nachschiebenden Wagen geklemmt und brannten aus.

Elf Güterwagen entgleisten, fünf davon explodierten. Es gelang den Bergungsmannschaften, sieben weitere abzukoppeln und aus der unmittelbaren Gefahrenzone zu ziehen. Das Feuer konnte bis zum darauffolgenden Mittag unter Kontrolle gebracht werden, nachdem ein Schaumteppich über die gesamte Unglücksstelle gelegt war. Allerdings gestalteten sich die Bergungsarbeiten schwierig, da die Kesselwagen glühend heiß waren, das Feuer

immer wieder aufflammte und weiterhin Explosionsgefahr bestand.

Am Abend war die akute Gefahr gebannt, so daß das Benzin aus den Kesselwagen abgepumpt werden konnte. Große Mengen an Bodenmaterial mußten abgetragen werden, weil zuvor 200 Tonnen Benzin in das Erdreich versickert waren.

Daß es bei dem Zusammenprall nicht zu einer größeren Katastrophe kam, war nach Ansicht von Fachleuten „eine Sache von Sekunden“. Beide Züge hatten in Bahnhofsnähe nicht ihre volle Geschwindigkeit und seien frontal, nicht seitlich aufeinandergeprallt. Zudem habe es sich bei den beiden ersten Wagen des Personenzuges, die total zertrümmert wurden, um einen Postwagen und einen Speisewagen gehandelt. Man sei „haarscharf an einem noch größeren Unglück vorbeigeschrammt“, hieß es. (Foto: dpa)

Anschrift der Redaktion:
Deutscherherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401
Telefax 840702

Impressum:
Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutscherherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401

Verlag:
Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:
O. Ulrich Weidner

Redaktion:
Rüdiger Holz, Sabine Matuszak,
Günter Sers, Paul Claes

Layout:
Paul Claes

**Druck,
Herstellung und Vertrieb:**
Druckhaus Neue Presse
Postfach 2563
8630 Coburg
Tel. 09561/647-0, Telefax 647199

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für
unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr.
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur
mit Quellenangabe und mit Genehmigung der
Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung
der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer ent-
halten. Abonnements werden am Beginn des
Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen
bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich
vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um
den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht
ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum ge-
wünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart.
Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer
Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Umschau	2
Aktuelles im Blickpunkt	

Anpassungszwang an sich ändernde Bedrohungs- und Risikolagen	9
Gedanken zur Neuordnung des Zivilschutzes	

Im Wettstreit um Punkte und Plazierungen	15
11. Bundeswettkampf des THW in Mainz	

Konsequenzen aus dem Reaktorunglück in Tschernobyl	21
Maßnahmen in den vergangenen fünf Jahren	

Lehren – Lernen – Begegnen	24
25 Jahre Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg	

„Ab nach Kassel“	29
100 Jahre Berufsfeuerwehr Kassel	

Wertvolle Erkenntnisse für die Zukunft	33
Katastrophenschutzübung des Landkreises Darmstadt-Dieburg	

Bundesverband für den Selbstschutz	35
---	----

Technisches Hilfswerk	41
------------------------------	----

Deutsches Rotes Kreuz	52
------------------------------	----

Arbeiter-Samariter-Bund	54
--------------------------------	----

Johanniter-Unfall-Hilfe	57
--------------------------------	----

Malteser-Hilfssdienst	59
------------------------------	----

Deutscher Feuerwehrverband	60
-----------------------------------	----

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	62
--	----

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/ -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	65
---	----

Wissenschaft und Technik	69
---------------------------------	----

Bücher	71
---------------	----

Minimagazin	U 3
--------------------	-----



Konstituierende Sitzung des THW-Beirates

Am 13. Juni 1991 fand im Bundesministerium des Innern unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Eduard Lintner (2. von rechts) die konstituierende Sitzung des Beirates der Bundesanstalt Technischen Hilfswerk statt. Der THW-Beirat besteht aus Vertretern des Bundes, der Länder, der kommunalen Spitzenverbände und der THW-Helfervereinigung. Seine Aufgabe ist es, den Bundesminister in grundsätzlichen Angelegenheiten des THW zu beraten.

Der Staatssekretär hob in seiner Begrüßungsansprache die Bedeutung des THW als unverzichtbarer Beitrag des Bundes für den Schutz der Bevölkerung hervor. Ausdruck der breiten Akzeptanz der Bundesanstalt seien die überwältigende parlamentarische Zustimmung für das am 1. Februar 1990 in Kraft getretene THW-Helferrechtsgesetz im Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD und das einstimmige Votum aller Bundesländer im Bundesrat gewesen. Auch die Innenministerkonferenz habe sich in ihrer jüngsten Sitzung am 3. Mai 1991 nahezu einmütig für den Fortbestand des Technischen Hilfswerks ausgesprochen.

Neben dem Zivilschutz ist gesetzlicher Auftrag des THW, sein Potential aus Anforderungen der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stelle zur Verfügung zu stellen sowie technische Hilfe bei Katastrophen zu leisten. Gerade in den letzten Bereichen konnte das THW sich in den vergangenen Jahren große Verdienste erwerben. Die Einsätze von allein 30 000 Helfern zur Bekämpfung der Sturmschäden im Frühjahr 1990 und die Einsätze des



THW mit zur Zeit etwa 100 Helfern in der Kurdenhilfe der Vereinten Nationen im Iran sprechen eine deutliche Sprache.

Angesichts der zurückgehenden Verpflichtungsbereitschaft Wehrpflichtiger im Katastrophenschutz forderte der THW-Beirat im Interesse der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes die Bundesregierung einstimmig auf, für eine gleichmäßige Belastung aller Wehrpflichtigen eines Jahrgangs mit Pflichten zugunsten der Gemeinschaft zu sorgen. Darüber hinaus setzte er sich für den weiteren Ausbau des THW insbesondere in den neuen Bundesländern unter einer Konzeption ein, die den gesetzlichen Aufgaben des THW nach dem Helferrechtsgesetz auch unter länderspezifischen Einsatzmöglichkeiten gerecht wird. Weitere Gesprächsgegenstände waren das Verhältnis des THW und der Wirtschaft bei der Erbringung wirtschaftlicher Leistungen durch die Bundesanstalt sowie die Entsendung fachkundiger Berater an Botschaf-

ten bei Katastrophen im Ausland.

Unser Bild zeigt neben Staatssekretär Lintner rechts den Leiter der Abteilung KN, Ministerialdirigent Wolfgang

Beyer, und links den für das THW zuständigen Referatsleiter Ministerialrat Dr. Konrad Ammermüller.

(Foto: Hilberath)

Deutsch-tschechisches Abkommen über gegenseitige Hilfe unterschriftsreif

Auch zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (CSFR) und der Bundesrepublik Deutschland wird es in Kürze ein Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen geben: Dies haben hochrangige Regierungsvertreter beider Staaten vom 18. bis 21. Juni 1991 in Prag abschließend verhandelt. Während für die tschechische Seite der Chef der Zivilverteidigung, Generalmajor Pavel Pasek, hohe Repräsentanten des Prager Verteidigungsministeriums sowie des Außen-, Innen- und Verkehrsministe-

riums am Verhandlungstisch saßen, wurde die Bundesrepublik Deutschland durch den zuständigen Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Ministerialrat Dr. Ewald Andrews (ebenfalls BMI), Dr. Klaus Mölter (Bayerisches Staatsministerium des Innern) sowie Angehörige der Deutschen Botschaft in Prag vertreten.

Das Katastrophenhilfeabkommen zwischen der Bundesrepublik und der CSFR ist der erste bilaterale Vertrag auf diesem Gebiet mit einem Nachbarstaat, der früher dem

Warschauer Pakt angehört hat. Der Vertrag orientiert sich an dem deutsch-sowjetischen und deutsch-österreichischem Abkommen und wurde in einer als kooperativ und kompromißbereit bezeichneten Atmosphäre verhandelt. Die Verhandlungen verliefen im Geiste der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses, wurde mitgeteilt.

Nach der Paraphierung werden der Verteidigungsminister der CSFR und der Bundesminister des Innern das Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen im Herbst in Bonn unterzeichnen.

Im Bundesinnenministerium geht man davon aus, daß der Vertrag Vorbildfunktion für ein entsprechendes Abkommen mit Polen hat; es ist beabsichtigt, mit der Republik Polen noch in diesem Jahr in Verhandlungen einzutreten.

Bundesaußenminister Genscher unterstützt JUH-Kurdenhilfe

Hans-Dietrich Genscher hat sich in den Dienst der guten Sache gestellt: Der Chef des Auswärtigen Amtes unterstützt die Hilfe für die Kurden in den Flüchtlingslagern. Die Johanniter-Unfall-Hilfe berichtet, daß die Lage dieser Menschen nach wie vor prekär ist:

„Kinder sind durch die zum Teil menschenunwürdigen Verhältnisse in den Flüchtlingslagern besonders gefährdet. Aber auch die alten und schwachen Menschen leiden unter der schlechten Versorgungslage. Dringend benötigt werden nach wie vor:

- Nahrungsmittel, besonders Säuglings- und Kindernahrung
- Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen
- Medikamente/Impfstoffe, Ambulanzen, medizinische Geräte
- Kleidung und Zelte
- Sanitäranlagen

Um wirksame Hilfe leisten zu können, brauchen die Johanniter ca. 3 Millionen DM! Diese Hilfe ist dringend nötig! Auch wenn viele Kurden die Rückkehr in ihre zerstörte Heimat wagen und die Presse kaum noch über das Schicksal der Flüchtlinge berichtet: Für sie ist die Not nicht vorbei, für die meisten wird das Leben in Lagern weitergehen. Unsere Hilfe werden sie noch für lange Zeit brauchen.“

Der deutsche Außenminister bittet um „Hilfe für Hilfe“ der JUH und schreibt:

„Für die Kurden ist der Golfkrieg noch immer nicht zu Ende. Sind die Kurden die ‚verlorenen Verlierer‘ des Krieges am Golf? Hunderttausende sind aus Angst vor Mord und Folter aus ihrer zerstörten Heimat in eine ungewisse Zukunft geflohen. Tausende hat diese Flucht bereits das Leben gekostet. Als Außenminister lerne ich die Welt von vielen Seiten kennen. Die schrecklichste und erschreckendste ist die, die menschliches Leid und Elend offenbart. Wenn es gilt, dieses Leid zu lindern, Leben und Gesundheit von inzwischen mehr als einer Million Flüchtlingen zu retten, bin ich gern bereit zu helfen und zur Hilfe aufzurufen.“

Ich konnte mich davon überzeugen, daß die Johanniter entschlossen und mit großem Engagement wirksame Hilfe leisten. Daher stelle ich mich gerne in den Dienst der guten Sache und bitte Sie herzlich: Tragen Sie dazu bei, die Not der kurdischen Flüchtlinge zu lindern.

Auch wenn das Schicksal der Kurden nicht mehr die Schlagzeilen beherrscht und manche bereits zurückkehren: Ihre Heimat ist zerstört und für alle wird das leidvolle Lagerleben weitergehen. Im Namen der Menschlichkeit: Helfen Sie den Kurden! Durch Ihre Spende an die Johanniter!“

Hier das Spendenkonto: Nr. 43434343 bei allen Banken und Sparkassen.

SPD-MdB Reuter: BVS nicht auflösen, sondern veränderten Anforderungen anpassen

Die im Innenausschuß des Deutschen Bundestages geführte Diskussion um die Zukunft des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BSV) war für den SPD-Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Innenausschusses Bernd Reuter Anlaß, sich mit der Materie intensiver zu befassen und der für den Main-Kinzig-Kreis zuständigen Dienststelle in Friedberg einen ausführlichen Informationsbesuch abzustatten. Sach- und fachkundige Gesprächspartner bei diesem Besuch waren Werner Hachen, Leiter der BVS-Landesstelle Hessen, der Frankfurter Dienststellenleiter Helmut Kärcher in Vertretung seines Friedberger Kollegen, und Frank Hennig, Fachgebietsleiter „Information und Aufklärung“.

Werner Hachen ließ in seiner einführenden Information keinen Zweifel daran, daß die „Einrichtung“ BVS auch in Zukunft für die Bevölkerung wichtig sein wird, da der Verband zum einen „Hilfe zur Selbsthilfe“ vermittelt und den Selbstschutzgedanken wachhält, zum anderen als einzige Organisation den Bürger umfassend über das Hilfeleistungssystem in Deutschland informiert.

In einer Pressemitteilung vom 29. Juli 1991 erklärt der Bundestagsabgeordnete Reuter dazu: „Nun ist der Bundesverband in die Diskussion um die Zukunft des Zivilschutzes im geeinten Deutschland gekommen, denn bisher arbeitete die Institution nur in den alten Bundesländern. Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages muß sich nun mit der Frage befassen, den BVS aufzulösen, wie dies die Mehrheit der Länder will, oder ihm unter Berücksichtigung der neuen Anforderungen neue Aufgaben zu stellen, wie beispielsweise die Vermittlung des Selbstschutzes in der heutigen hochtechnisierten Industriegesellschaft.“

Der Bundesinnenminister hat dem Innenausschuß berichtet, daß die seit 1990 geltende neue sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik Anlaß sei, den Zivilschutz zu überdenken und die künftigen Anforderungen zu definieren. Im Ministerium geht man davon aus, daß einem bewaffneten Konflikt eine krisenhafte Entwicklung vorausginge, die Monate dauern könnte.

Aus diesem Grund müßte im Zivilschutz nur noch das vorgehalten werden, was nicht innerhalb eines Zeitraumes



bis zu sechs Monaten aktiviert werden könne. Meines Erachtens ist das nicht richtig, denn ich kann Selbstschutz selbst in der jetzigen politischen Situation nicht ausschließlich im Zusammenhang mit einer militärischen Auseinandersetzung sehen. Die Bevölkerung muß nach wie vor die Möglichkeit haben, sich über eine Organisation wie den BVS Informationen über den Selbstschutz im privaten Bereich zu beschaffen und sich entsprechende Kenntnisse anzueignen. Und deshalb spreche ich mich gegen eine Auflösung des Bundesverbandes für den Selbstschutz aus.“

Aus Sicht des SPD-Politikers ist die Bevölkerung über Selbstschutzmaßnahmen immer noch unzureichend informiert. Seiner Einschätzung nach sehen andere Hilfsorganisationen im Bundesverband für den Selbstschutz unbegründeterweise eine Konkurrenz für ihre eigene Arbeit.

Bernd Reuter ließ sich beim Rundgang durch die BVS-Dienststelle mit einzelnen Gerätschaften vertraut machen, die in den Lehrgängen des BVS eingesetzt werden und probierte an einer Brandübungspuppe selbst aus, wie brennende Kleidung mit Hilfe einer Wolldecke gelöscht werden kann (Foto).

Den Fachleuten dankte er zum Abschluß und stellte fest: „Meiner Meinung nach ist eine Intensivierung der Arbeit notwendig, weil sonst die Eigenvorsorge des Bürgers gefährdet ist. Die Länder lehnen aus finanziellen Gründen ab, sich eventuell an den Kosten für den BVS, die derzeit noch vom Bund getragen werden, zu beteiligen. Andererseits aber wollen sie die BVS-Einrichtungen behalten, für die sie auch in Zukunft nicht aufkommen müßten. Das ist der verkehrte Ansatz, denn jeder weiß, daß die Hilfsorganisationen nicht die wichtige und nützliche Arbeit des BVS übernehmen können. Ich werde mich im Innenausschuß dafür einsetzen, daß die Organisation mit einem geänderten Profil erhalten bleibt.“



Trinkwasser für kurdische Flüchtlinge

Im Rahmen der kurdischen Flüchtlingshilfe wurde das Technische Hilfswerk in zwei Regionen aktiv. Sowohl im türkisch-irakischen als auch im iranisch-irakischen Grenzgebiet ist es eine der Hauptaufgaben der THW-Helfer, Trinkwasseraufbereitungsanlagen zu installieren und zu betreiben. Aber auch die sonstige sanitäre und elektrische Ver- und Entsorgung muß betreut werden.

Der Kieler Gerhard Bracker flog Mitte Mai an die türkisch-irakische Grenze, um dort mit Helfern anderer THW-Landesverbände in internationaler Zusammenarbeit die langgezogenen Lager mit sauberem Wasser zu versorgen. Annähernd 40 000 kurdische Flüchtlinge hatten sich entlang der Hänge ihre notdürftigen Quartiere eingerichtet. Täglich konnten 160000 Liter sauberes Trinkwasser in dem vom Roten Kreuz betreuten Lager bereitgestellt werden (unser Bild).

Per Lkw und Hubschrauber der Bundeswehr wurde das kostbare Naß zu den verschiedenen Lagerteilen transportiert. In dieser Zeit begannen bereits die Bemühungen, die kurdischen Flüchtlinge in ihre Heimatorte zurückzuführen. Ende Mai war das Lager vollständig aufgelöst.

Zu einem ähnlichen Einsatz starteten Anfang Juli 27 Helfer des THW-Landesverbands Niedersachsen vom Flughafen Hannover-Langenhagen aus in den Iran. Vier Wochen lang werden sie, unterstützt von 15 weiteren Spezialisten aus Norddeutschland, in mehreren Lagern mit Zehntausenden schiitisch-irakischen Flüchtlingen in der Nähe der westiranischen Stadt Bakhtaran die Trinkwasserversorgung sicherstellen.

Neben dem Betrieb von vier Aufbereitungsanlagen mit einer Tagesproduktion von 300000 Litern Trinkwasser ist der Bau von einfachen Sandfilteranlagen sowie mehrerer kilometerlangen Wasserleitungen vorgesehen.

Einsatzleiter Ralph Dunger aus Hannover konnte bereits 1984/85 in Äthiopien und 1988/89 in Armenien Auslandserfahrung sammeln. Größte Herausforderung für die freiwilligen Helfer dürfte die ungewohnte Hitze mit Tagestemperaturen von mehr als 50 Grad Celsius sein, die im übrigen dazu beiträgt, daß die Entnahmeflüsse immer weniger Wasser liefern. Durch deren Ausschachten und Anstauen soll die Wasserversorgung für die nächsten Monate gesichert werden.

(Foto: Bracker)

Die Kriminalpolizei rät: Stellen Sie sich als Zeuge zur Verfügung

Zunehmend Sorge bereitet der Polizei die nachlassende Bereitschaft der Bürger, sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen. Da wird beim Nachbarn mit großem Lärm eingebrochen und man bleibt seelenruhig vor dem Fernseher sitzen. Es werden Menschen auf offener Straße brutal zusammengeschlagen und die Passanten schauen weg, weil sie Unannehmlichkeiten befürchten, falls sie die Polizei rufen. Oder aber: Menschen müssen sterben, weil andere nicht helfen wollen.

So geschehen in folgendem Fall: Eine 22jährige Frau wurde in Berlin nachts auf einem Kinderspielplatz überfallen, vergewaltigt und so durch Schläge mißhandelt, daß sie nach Stunden ihren Verletzungen erlag. Die Anwohner hörten zwar die gelenden Hilfeschreie, aber keiner reagierte. Ein einziger Anruf bei der Polizei hätte genügt, um das Leben der jungen Frau zu retten. Damit derartige und andere Fälle künftig verhindert werden, bittet die Polizei:

- Melden Sie sich so schnell wie möglich bei der Polizei, wenn Sie Zeuge oder Opfer einer Straftat werden. Der Notruf 110 ist rund um die Uhr besetzt.
- Beachten Sie bitte, daß Sie sogar zur Anzeige verpflichtet sind, wenn Sie von einer bevorstehenden, besonders gefährlichen Straftat (wie zum Beispiel Mord, Totschlag oder vorsätzliche Brandstiftung) Kenntnis erlangen.
- Achten Sie darauf, was in Ihrer Nachbarschaft geschieht. Rufen Sie die Polizei, falls Sie etwas Verdächtiges bemerken. Dies hat nichts mit Bespitzelung oder Denunziation zu tun, sondern trägt wesentlich dazu bei, sich selbst und Ihre Nachbarn vor der Kriminalität zu schützen.

Verleger Rolf Osang verabschiedete sich aus dem Verlagsleben

– Denken Sie daran, daß Sie selbst einmal auf die Hilfe anderer oder deren Zeugnisaussage angewiesen sein könnten.

Wer die Polizei alarmiert oder sich als Zeuge zur Verfügung stellt, hat außer einem geringen Zeitaufwand keine negativen Folgen für sich zu befürchten; insbesondere entstehen ihm keine Kosten. Das gilt auch dann, wenn sich im nachhinein herausstellen sollte, daß der Verdacht unbegründet war. Es ist besser, die Polizei einmal zu oft zu rufen, als einmal zu wenig.

Verbandkästen unter der Lupe

Die Stiftung Warentest hatte vor einiger Zeit insgesamt 16 Kfz-Verbandkästen und acht -kissen unterschiedlicher Anbieter auf dem Prüfstand und kam dabei zu dem Schluß, gesetzlich vorgeschriebene Verbandkästen würden „oft selbst Erste Hilfe benötigen“. Hauptkritikpunkte waren:

- Die Pflaster klebten oft von vornherein nicht genügend. Bei längerer Lagerung oder unter Hitzeeinwirkung hafteten sie in vielen Fällen überhaupt nicht mehr.
- Die Scheren waren in der Regel schwergängig und schnitten schlecht. Nach Einschätzung der prüfenden Ärzte und Rettungssanitäter hätte ein Hilfwilliger mit einem solchen Gerät kaum eine Chance, einen verletzten Autofahrer von seinem Sicherheitsgurt zu befreien.
- Beim Verbandmaterial wurden die nach DIN geforderten Maße, die teilweise auch in Zusammenhang mit der Verwendbarkeit zu sehen sind, nicht eingehalten.

Die Tester kommen zu der Empfehlung, Autofahrer sollten spätestens alle fünf Jahre einen komplett neuen Verbandkasten kaufen. Das Pflastermaterial sei jedoch häufiger zu ersetzen.

Im Alter von 73 Jahren und im 30. Jahr des Bestehens des bei Fachleuchten bestens bekannten Osang-Verlages schied nun sein Gründer, Verleger Rolf Osang, offiziell aus dem Verlagsleben aus. Der Fachverlag - seit geraumer Zeit eine „Tochter“ des ebenfalls renommierten Wallhalla und Praetoria-Verlages in Regensburg - hat sich vor allem durch die Herausgabe der Vierteljahrespublikation „Notfallvorsorge und Zivile Verteidigung“ (früher: „Zivilverteidigung“) einen Namen gemacht, obwohl die verlegerischen Tätigkeiten von Rolf Osang in den letzten Jahren auch stark in andere Bereiche gingen: So gibt der Osang-Verlag unter anderem für das Bundesinnenministerium die „Innenpolitik“, für den Deutschen Bundestag den „Bundestag-Report“ und für die Bundesanstalt für Arbeit „Beruf aktuell“ heraus.

Der Abschied von Rolf Osang fand jetzt in würdigem Rahmen in Bonn statt; fast überflüssig zu erwähnen, daß eine Vielzahl von Vertretern

der Institutionen, mit denen der Verleger zum Teil über Jahrzehnte hinweg zusammengearbeitet hat, der Einladung gefolgt waren. An der Spitze der prominenten Gäste stand der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Eduard Lintner, der in einem Grußwort den Scheidenden würdigte. Staatssekretär Lintner sagte unter anderem:

„Sehr gerne und mit Freude habe ich es übernommen, anlässlich der Verabschiedung von Herrn Rolf Osang in den Ruhestand ein kurzes Grußwort zu sprechen. Die Gedanken, die mir dabei kommen, gelten der Persönlichkeit Rolf Osang, seinem Werk und seinen Freunden und Partnern, die sich hier versammelt haben.“

Rolf Osang ist 1918 geboren. Und wenn er heute in den wohlverdienten Ruhestand tritt, hat er den üblichen Zeitpunkt der Pensionierung um viele Jahre überschritten. Aber das ist wohl das Schicksal vieler mittelständischer Unternehmer.

Das Leben des zu Feiernden entspricht auch einem typisch deutschen Schicksal. Im Ersten Weltkrieg geboren, geprägt von der Not zwischen den Kriegen, im Zweiten Weltkrieg als Offizier schwer verwundet, hat er nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft 1946 den Journalistenberuf erlernt. Ab 1962 entwickelte sich der Journalist und Publizist Osang hin zum Verleger - damit war der Schritt vom Arbeitnehmer zum Arbeitgeber getan. Das Verlagsprogramm war fachlich ausgerichtet - und durchaus nicht risikolos! - Zivilschutz und Selbstschutz. Zwei Titel als Beispiel: ‚Der kluge Mann baut tief‘ oder ‚Die Kunst zu überleben‘.

Zwei weitere Publikationen ‚Vorsorge in Rot‘, ‚Vorsorge in Grün‘, waren kein Plädoyer für eine ‚Rot-Grüne Koalition‘ der 90er Jahre - Herr Osang ist, und damit verrate ich kein Geheimnis - ein überzeugter Konservativer im besten Sinn des Wortes - sondern teilweise hunderttausendfach verteilte Broschüren des Bundesmi-



nisteriums des Innern und des Bundesamts für Zivilschutz.

Ab 1970 wurde die Fachzeitschrift 'Zivilverteidigung' verlegt, die nunmehr unter dem neuen Titel 'Notfallvorsorge und Zivile Verteidigung' seit über 20 Jahren als renommiertes, wissenschaftliches Magazin zur Bevölkerungsvorsorge über Deutschland hinaus anerkannt ist. Selbst 'Der Spiegel' zitiert sie zuweilen untendenziös, was schon etwas heißen will...

Zugleich machte sich Osang durch öffentliche Fachveranstaltungen einen Namen. Aus der Serie der sogenannten 'Osang-Councils' sei nur eines erwähnt: Am 3. Juli 1985 diskutierten vor über 400 Zuhörern unter der Leitung von Dr. Emil Obermann, Professor Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker und Professor Wolf Graf von Baudissin zum Thema 'Ist Zivilschutz sinnvoll?' Eine handliche, inzwischen vergriffene Broschüre gibt dieses Ereignis wieder, über das selbst das Fernsehen und zahlreiche Zeitungen berichteten. Selten hatte das Thema ziviler Bevölkerungsschutz eine so große Resonanz wie bei dem Meinungsaustausch dieser beiden angesehenen Sicherheitsexperten und Friedensforscher.

Dieses Wirken, weit über verlegerische Pflichten hinaus, beschreibt Rolf Osang als Staatsbürger, einer, der sich um diese Gesellschaft, um unseren Staat kümmert. Das erkannten auch die Partner, Autoren, Kunden, Kollegen aus Verwaltung und Politik.

Ausdruck dieser Wertschätzung war und ist die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Band am 17. Januar 1983 durch den Bundespräsidenten...

Rolf Osang hat seine Verpflichtungen als Demokrat im besten Sinne des Wortes ernstgenommen. Er hat nie nach der Hilfe des Staates gefragt, sondern seinen Leistungen, dem unternehmerischen Geist, dem Können und der Loyalität seiner Mitarbeiter und der Schaffenskraft seiner Gattin, Frau Eva Osang, ver-

traut. Er ist nicht enttäuscht worden. Deshalb ist mein Grußwort einem bemerkenswerten Menschen und einem besonderen Ereignis gewidmet...

Der Chefredakteur der Fachzeitschrift 'Notfallvorsorge', Dr. Horst Schöttler, und der Geschäftsführer der Verlagsgruppe, der jetzt der Osang-Verlag angehört, Hans A. Brückner, sowie der Verlagsleiter des Bonner Unternehmens, Günther Wollmer, hatten im Rahmen dieser offiziellen Verabschiedung ebenfalls das Lebenswerk Rolf Osangs gewürdigt.

Zu unserem Bild: Vor dem Querschnitt des Verlagsprogramms (von rechts) Staatssekretär Eduard Lintner, Frau Eva Osang und Verleger Rolf Osang.

Heißer Draht für schlimme Notfälle

Mit dem ADAC-Reiseruf können Reisende, die auf anderem Wege nicht erreichbar sind, in dringenden Notfällen im In- und Ausland auffindig gemacht werden. Rund 18000 solcher Reiserufe wurden im vergangenen Jahr über 30 Rundfunkanstalten und viele Tageszeitungen in ganz Europa verbreitet, über die Deutsche Welle wird die Nachricht sogar weltweit ausgestrahlt. Hinter jedem Reiseruf verbirgt sich ein schlimmer Notfall. Oft handelt es sich darum, daß ein enger Verwandter gestorben oder schwer erkrankt ist, daß es gebrannt hat oder eingebrochen wurde.

Wer einen Reiseruf absetzen möchte, kann dies zu den üblichen Geschäftszeiten in jeder ADAC-Geschäftsstelle durchführen. In dessen Münchner Zentrale werden unter der ganztägig erreichbaren Telefonnummer 089/76762653 Reiserufe angenommen.

Damit die Informationskanäle nicht durch eine Flut von Meldungen verstopft werden, ist allen Urlaubern drin-

gend geraten, daheim die Ferienadresse zu hinterlassen. Wechselt man im Urlaub oder während einer Dienstreise häufig seinen Aufenthaltsort, sollte man mindestens einmal wöchentlich zu Hause anrufen.

Den ADAC-Reiseruf gibt es nun schon seit 30 Jahren. Erstmals in diesem Jahr werden die Meldungen auch über Rundfunksender in den neuen Bundesländern ausgestrahlt.



Schweres Erdbeben in Georgien

Mehr als zwei Jahre nach der Erdbebenkatastrophe in Armenien erschütterte am 30. April 1991 ein schwerer Erdstoß das türkisch-sowjetische Grenzgebiet, vor allem die Sowjetrepublik Georgien. Das Epizentrum lag, wie die Erdbebenwarte in Moskau mitteilte, nordöstlich der 12000 Einwohner zählenden Kleinstadt Kutaissi im Kaukasusgebirge.

Das Beben, das in zwei Stoßwellen erfolgte, ereignete sich um 11.12 Uhr Mitteleuropäischer Sommerzeit und erreichte wie seinerzeit in Armenien eine Stärke von 6,9 auf der Richterskala. Mehr als 100 Menschen kamen dabei ums Leben, bis zu 1000 wurden verletzt und rund 17000 Wohnungen wurden zerstört.

(Foto: dpa)

Hubschraubernetz wird dichter

Mit Christoph 32 wurde am 10. Juli 1991 eine weitere Lücke im bundesdeutschen Luftrettungsnetz geschlossen. Der Rettungshubschrauber vom Typ BK 117, der von der ADAC Luftrettung GmbH betrieben wird, ist am Klinikum Ingolstadt stationiert, das damit zur achten bayerischen Luftrettungsstation wurde. Insgesamt besteht jetzt das bundesdeutsche Luftrettungsnetz aus 37 Stützpunkten, 17 davon werden vom Katastrophenschutz betrieben, neun vom ADAC, sechs von der Bundeswehr und fünf von der Deutschen Rettungsflugwacht.

Die mit zwei 650 PS starken Turbinen ausgestattete und bis zu 270 km/h schnelle Maschine ist innerhalb von zwei Minuten nach der Alarmierung in der Luft. Bei einem Einsatzradius von 50 Kilometern kann damit innerhalb von maximal zwölf Minuten ein Arzt an einem Unfall- oder sonstigem Notfallort sein.

Internationale Unterstützung für „Brand 92“

Die Internationale Fachmesse für Feuerwehr, Brandschutz, Brandbekämpfung und Katastrophenschutz „Brand 92“ findet vom 19. bis 23. Mai 1992 im Amsterdamer RAI Ausstellungs- und Kongreßzentrum statt. Den europäischen Charakter dieser Messe, die alle vier Jahre durchgeführt wird, unterstreichen zwei wichtige Veranstaltungen: der internationale Feuerwehrkongreß „Eurobrand 92“ und die europäische Katastrophenschutzübung.

Die Fachmesse vermittelt einen Gesamtüberblick über Fahrzeuge, Geräte, Systeme, Apparaturen und Materialien für Brandverhütung, Brandmeldung und Brandbekämpfung. Im Hinblick auf die



wachsende Bedeutung des Katastrophenschutzes ist außerdem Rettungs- und Hilfeleistungsgeräten sowie Kommunikationseinrichtungen ein besonderer Platz im Ausstellungsprogramm eingeräumt.

Der dreitägige internationale Feuerwehrkongreß „Eurobrand 92“ steht ganz im Zei-

chen Europas. Internationale Referenten werden Themen wie: Versorgungsnormen und ihre Durchführung, Einsatz von Hilfsorganisationen im grenzüberschreitenden Katastrophenschutz, Ausbildungsgänge und Regelsetzung in Europa behandeln.

Der Überprüfung von Theorie und Praxis dient schließlich am 18. und 19. Mai 1992 eine europäische Katastrophenschutzübung, die vom niederländischen Innenministerium und von der Städtischen Feuerwehr Amsterdam organisiert wird.

Erste „Notfallspur“ für Lkw auf der A 7

Auf dem mit acht Prozent Gefälle steilsten Autobahn-

teilstück Deutschlands im Abschnitt Lutterberg-Werratal der A 7 zwischen Kassel und Hannover ist jetzt die erste Notfallspur für Lkw eingerichtet worden. Dort können Lastwagenfahrer beim Bremsversagen ihre Fahrzeuge am Ende des Gefälles in eine 150 Meter lange, mit Kies aufgefüllte „Wanne“ lenken und zum Stehen bringen. Auf dieser mit täglich mehr als 5000 Lkw überlasteten Süd-Nord-Strecke lag die seitherige Ursache für Unfälle mit Lastkraftwagen hauptsächlich in defekten Bremsanlagen. Als Modell diente die Notfallspur, die nach der Tankwagenkatastrophe von Herborn an der Bundesstraße 255 angelegt wurde. Bei Lutterberg soll sie nach Abschluß des dreispurigen Ausbaus der A 7 aber wieder abgebaut werden. Die Auswegspur ist hier mit roter Farbe markiert und nachts beleuchtet.



Explosion bei Güterzugunglück

Auf der stark befahrenen Bundesbahnstrecke Frankfurt-Würzburg ist Ende Mai bei Partenstein im Spessart ein Güterzug mit 22 Kesselwagen auf einen haltenden Güterzug aufgefahren. Da die Türen klemmten, konnte sich

der Lokomotivführer nur durch Einschlagen einer Scheibe rechtzeitig ins Freie retten, bevor der erste mit Kraftstoff beladene Kesselwagen „nach einem Knall“ in Flammen stand. Das Feuer griff schnell auf die Lokomotive und drei weitere Waggons sowie den Bahndamm über.

Mehr als zwei Stunden später, gegen Mitternacht, hatten

die Feuerwehren den Brand unter Kontrolle. Die unbeschädigten Waggons konnten abgeschleppt werden. Der Lokomotivführer des auffahrenden Zuges wurde nach Angaben der Polizei leicht verletzt. Der Sachschaden soll in die Millionen gehen.

(Foto: dpa)

Termine

Kinder sind auf verschiedene Art mit dem Feuer konfrontiert. Kinder spielen mit dem Feuer. Kinder zählen auch zu den häufigsten Brandopfern; allzuvielen erleiden jedes Jahr schwere Verletzungen durch Feuer und verlieren ihr Leben dabei. Ein besonderes Problem stellt die Tatsache dar, daß sich Kinder über den weitgehend natürlichen spielerischen Umgang mit dem Feuer teilweise offenbar zu bewußten Brandstiftern entwickeln und zur Gefahr für die Gesellschaft werden.

Im Auftrag der CFPA-Europa (Confederation of Fire Protection Associations Europe) organisiert das Europäische Institut für die Verhütung von Brandstiftung **am 25. und 26. September 1991** im Kongress-Zentrum der Europäischen Kommission in Luxemburg ein Seminar zum Thema **„Kinder und Feuer“**. Es werden Maßnahmen aufgezeigt, die die Bedrohung der Kinder durch das Feuer einerseits und die Gefährdung der Gesellschaft durch jugendliche Brandstifter andererseits verringern können.

Auskunft: The European Arson Prevention Institute
140 Aldersgate Street, London EC1A 4DD,
England, Telefax: 0044716001487.

Die Technische Akademie Esslingen veranstaltet am **30. September 1991** in Ostfildern einen Lehrgang zum Thema: **„Der Gefahrgutbeauftragte - beauftragte Personen“**.

Die Veranstaltung richtet sich unter anderem an Unternehmen des gewerblichen Güterverkehrs, Verwender gefährlicher Güter, Krankenhäuser, Städte, Gemeinden und Behörden.

Behandelt werden unter Leitung von Polizeihauptkommissar L. Ulsamer die Themenbereiche:

- Die neue Rechtsverordnung über die Bestellung von Gefahrgutbeauftragten
- Bestellung und Schulung der Gefahrgutbeauftragten, Rechte und Pflichten
- Pflichten der Unternehmer und Inhaber eines Betriebes.

Die Technische Akademie Esslingen führt **vom 30. September bis 2. Oktober 1991** in Ostfildern ein Seminar über Gefahrenverhütung und Gefahrenabwehr unter dem Titel **„Vorbeugender und abwehrender Brandschutz im Betrieb“** durch.

Es vermittelt Grundlagen und gibt einen Überblick über die Möglichkeiten einer effektiven Gefahrenvorsorge und -bekämpfung, ist problembezogen und praxisorientiert. Behandelt werden unter der Leitung von Siegfried Felten die Themenkreise:

- Brennen und Löschen im Experiment
- Verantwortung und Haftung für den Brandschutz im Betrieb
- Tragbare Feuerlöscher, fahrbare Feuerlöschgeräte und Sonderlöschgeräte
- Gefahren beim Einsatz von brandgefährlichen Arbeitsstoffen.

Auskunft: Technische Akademie Esslingen,
Postfach 1269, 7302 Ostfildern,
Telefon 0711/3400823-25

Die Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte e. V. laden in Verbindung mit der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, Sektion Rettungswesen, und der Universität Regensburg zur „9. Fortbildungsveranstaltung für Notfallmedizin“ **vom 4. bis 6. Oktober 1991** nach Regensburg ein. Thema der Veranstaltung ist **„Technik der Rettung - Rettungstechnik“**. Der Arzt soll die Möglichkeiten der Rettung kennenlernen, um sie unter Beachtung ihrer Vor- und Nachteile einsetzen zu können.

Auskunft: Frau U. Götz, Josef-Schneider-Str. 2,
8700 Würzburg, Telefon 0931/2013353.

Das Haus der Technik e. V., Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, führt am **21. Oktober 1991** eine Fachveranstaltung zum Thema: **„Betrieblicher Brandschutz in Industriebauten“** durch. Die Leitung hat Regierungsbranddirektor Werner Heise, Feuerschutzdezernent beim Regierungspräsident Arnsberg.

Betrieblicher Brandschutz ist sowohl bei der Planung neuer wie auch bei bestehenden Einrichtungen zu beachten. Ein Referententeam, das täglich den Problemen des betrieblichen Brandschutzes gegenübersteht, wird in Kurzreferaten mit Dias aus der Praxis und in der Diskussion alle wichtigen Themen behandeln.

Brände in Krankenhäusern und Altenheimen, wie in Bensberg, Erlangen, Achem oder in Schömburg, können sich in anderen Städten wiederholen. Das Haus der Technik führt vom **1. bis 2. Oktober 1991** in Essen unter Leitung von Brandschutzingenieur Bernhard Knepper ein Seminar zum Thema **„Brandschadenverhütung im Krankenhaus und Altenheim“** durch. Hier werden Problemlösungen organisatorischer und technischer Art aufgezeigt, basierend auf den Erfahrungen, die aus diesen Bränden gewonnen wurden.

Auskunft: Haus der Technik e. V.,
Postfach 101543, 4300 Essen 1,
Telefon 0201/18031.

Der Verband Deutscher Rettungssanitäter e. V. führt **vom 25. bis 27. Oktober 1991** in der Stadthalle von Hanau/Main den **„Internationalen Notfall-Kongreß 1991“** unter dem Thema „Toxikologische Notfälle“ durch. Die wissenschaftliche Leitung hat Prof. Dr. med. Holm Bleyer, Greifswald. Angesprochen werden sollen mit dieser Veranstaltung alle Gruppen, die mit Notfallpatienten in Berührung kommen, so zum Beispiel Ärzte, Pflegepersonal, Rettungsassistenten und -sanitäter, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk etc.

Auskunft: Verband Deutscher Rettungssanitäter e. V.,
Kongreß-Organisation, Postfach 102211,
6072 Dreieich, Telefon 06103/32203.

Anpassungszwang an sich ändernde Bedrohungs- und Risikolagen

Der KSZE-Prozeß hat seit Anfang der 70er Jahre zu einer kontinuierlichen Reduzierung der wechselseitigen militärischen Bedrohungen durch den Warschauer Pakt und die Nordatlantische Verteidigungsorganisation geführt. Begleitet wurde diese Entwicklung durch Vereinbarungen über die Verminderung militärischen Potentials und dessen faktische Vernichtung. Der Abrüstungsprozeß hat heute eine Dynamik entwickelt, die noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten wurde. Das wird für uns besonders deutlich an dem Abbau der deutschen Streitkräfte, deren Stärke vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten bei über 600000 Mann lag und künftig nur noch 370000 Soldaten betragen wird.

Die drastische Reduzierung der äußeren Bedrohung durch die gewaltige Streitmacht des Warschauer Paktes an der früheren innerdeutschen Grenze muß auch Konsequenzen für den Zivilschutz nach sich ziehen, der als Gefahrenabwehrsystem ja gerade zum Schutz der Bevölkerung gegen eben **diese** Bedrohung aufgebaut worden war. Darüber bestehen zwischen Bund und Ländern, die den Zivilschutz zum Teil in Bundesauftragsverwaltung durchführen, auch keinerlei Zweifel. Es geht nur um eine möglichst verträgliche Anpassung an die neue Situation. Zu diesem Zweck hat der Bundesminister des Innern als Diskussionsgrundlage einen sogenannten „Umsetzungsvor-

schlag“ vom 20. März 1991 erarbeitet, in dem in der Gesamtschau die im Altbundesgebiet für notwendig gehaltenen **Abbau-** sowie **Arrondierungsmaßnahmen** und der **Aufbau** des erweiterten Katastrophenschutzes in den fünf neuen Bundesländern bis 1995 dargestellt und erläutert wird.“

Meinungsbildungsprozeß gefördert

Dieses Diskussionspapier, das den Ländern, Hilfsorganisationen und Verbänden zur Stellungnahme übermittelt worden ist, hat erfreulicherweise den Meinungsbildungsprozeß bei allen Beteiligten nachhaltig gefördert. Zur Zeit befaßt sich der Unterausschuß „Katastrophenschutz“ des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz (IMK) intensiv mit diesem Thema. Er hat die Erörterung erweitert um zwei interessante Varianten, die vom Bayerischen Staatsministerium des Innern und vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen ins Spiel gebracht worden sind.

Es verstärkt sich der Eindruck, daß nunmehr auch die Länder – neben den kommunalen Spitzenverbänden und den Hilfsorganisationen – allgemein der Auffassung sind, daß die militärische äußere Bedrohung in der bisherigen Form, der die Annahme der Gefahr weiträumiger Erdkampff-

handlungen mit großflächigen Vertrümmerungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugrunde lag, nicht mehr besteht. Zwar habe sich das militärische Risiko nicht auf Null reduziert, bei den heute zugrundeliegenden Bedrohungsmaßnahmen müsse man allenfalls aber nur noch mit regional begrenzten Kriegseinwirkungen rechnen, die jedoch im Hinblick auf Eintrittshäufigkeit und Intensität in etwa mit größeren Katastrophen in Friedenszeiten vergleichbar seien und deshalb auch im Rahmen des von den Ländern vorgehaltenen Katastrophenschutzes unter Berücksichtigung von Nachbarschaftshilfe und überörtlicher Hilfe bewältigt werden könnten. Aus heutiger Sicht erscheint diese Länderauffassung vernünftig; sie dürfte auch für die weiteren Planungen des Bundes auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes, insbesondere für den erweiterten Katastrophenschutz, von Bedeutung sein.

Fachdienstaufgaben konzentrieren

Auf der Grundlage dieser richtungweisenden Feststellungen wollen die Länder das Katastrophenschutzpotential insgesamt neu ord-

1. Andrews, Bevölkerungsschutz-Magazin 1991, Heft 6

nen. Ihre Vorstellungen gehen dahin, die Fachdienstaufgaben künftig auf die Schwerpunktbereiche **Brand-schutz, Chemieschutz, Strahlenschutz, Bergung** einschließlich **schwere Bergung, Sanität und Betreuung** zu konzentrieren. Auch diese Auffassung kann von Bundes-seite unterstützt werden. Wie aus dem Umsetzungsvorschlag des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 20. März 1991 ersichtlich, beabsichtigt der Bund den Aufbau des erweiterten Katastrophenschutz in den fünf neuen Bundes-ländern ebenfalls auf die Fachdienen-ste zu konzentrieren, die die vorge-nannten wichtigen Fachaufgaben wahrnehmen. Ergänzend hält der Bund lediglich die Einbeziehung des Aufgabenbereiches der **provisori-schen Instandsetzung** für erforder-lich, allerdings in enger Anbindung an die Bergungsdienstleistungen des THW. Da die Instandsetzungskom-ponente ausschließlich der Bundes-anstalt Technisches Hilfswerk zuge-ordnet ist, sind in diesem Punkt kaum unüberwindbare Schwierigkei-ten mit den Ländern zu erwarten.

Die Feststellungen der Länder zur **Führung**, die sich ohne Brüche dem mit der Größe und der Komplexität eines Schadensfalles aufwachsenden Führungsbedarf anpassen soll, sowohl vor Ort als auch bei der für die Gefahrenabwehr zuständigen Behörde, können vom Bund geteilt werden. Dies gilt ebenfalls für die Aussage, daß die Führungsorgani-sation auch dann im Grundsatz nicht verändert wird, wenn der Kata-strophenfall oder regional begrenzte Kriegseinwirkungen eingetreten sind und daß in diesen Fällen stets, bei Großschadensereignissen in der Re-gel, eine **stabmäßige Führung** er-forderlich ist.

Was die **Führungshilfsmittel** anlangt, ist der Länderauffassung zuzustimmen, daß die **Kommunika-tion** technisch und personell so qua-lifiziert sein muß, daß effizient geführt werden kann. Das bedeutet, daß die Übermittlung von entschei-dungsrelevanten Informationen und die Umsetzung von Führungsent-scheidungen zeitnah und ereignisan-gemessen erfolgen müssen.

Hinsichtlich der **Logistik** ist im Prinzip die Zuweisung der diesbe-züglichen Aufgaben an die Einheiten oder an die Träger der Einheiten oder an die Katastrophenschutzbehörde,

je nachdem, ob es sich um einen all-täglichen Einsatz, ein Großscha-densereignis oder eine Katastrophe handelt, nichts einzuwenden.

Die Länder verschließen sich auch durchaus nicht den Konsequenzen, die sich aus ihren Neuordnungsvor-stellungen ergeben, nämlich daß sol-che Dienste, die nicht in den beschriebenen Aufgabenkomplex fallen, entbehrlich seien und aufgelöst werden können. Dieselbe Ten-denz verfolgt der BMI in seinem o. a. Umsetzungsvorschlag. Dies gilt auch für den Hinweis, daß die dadurch freiwerdenden Kapazitäten **rechnerisch** den fünf neuen Bun-desländern zugute kommen sollten.

Probleme der Finanzierung

Die aus den vorstehenden Überle-gungen abgeleiteten Vorstellungen der Länder zur teilweisen Finanzie-rung ihres Katastrophenschutzes durch den Bund können allerdings in der geforderten Form vom Bund nicht mitvollzogen, geschweige denn realisiert werden. Hiergegen sprechen nicht nur rechtliche Beden-ken.

Hierzu ist zunächst einmal festzu-stellen, daß die Geltungsdauer der Landeskatastrophenschutzgesetzte nicht auf Friedenszeiten begrenzt ist. Sie sind auch im Kriegsfall gültig. „Kriegsfall“ ist aber nach der von den Ländern selbst zugrundegeleg-ten Bedrohungsannahme die „regional begrenzte Kriegseinwirkung“, die in der Dimension eine größere Kata-strophe nicht übersteigt und daher im Rahmen des Länderkatastro-phenschutzes unter Inanspruchnahme von Nachbarschaftshilfe und überörtlicher Hilfe bewältigt werden kann. Wenn somit künftig nicht mehr zwischen **Frieden** und **Verteidi-gungsfall** als zwei aufgrund der bis-herigen Bedrohungsannahmen völlig verschiedenen Gefahrenzuständen differenziert wird, wenn vielmehr ein Gefahrenabwehrsystem (nämlich das der Länder) das gesamte Risiko-spektrum, **einschließlich** regional begrenzter Kriegseinwirkungen, ab-decken kann, dann gibt es keine zwingende rechtliche und tatsäch-liche Grundlage mehr für die kosten-aufwendige Vorhaltung oder gar den

weiteren Aufbau der sogenannten „Erweiterung des Katastrophenschutz“ durch den Bund. Der Bund könnte sich vielmehr auf Pla-nungen und organisatorische Vorbe-reitungsmaßnahmen beschränken, um seiner Verpflichtung aus Art. 73 Nr. 1 Grundgesetz zu genügen.

Derart formalistische Auffassungen haben jedoch den Nachteil, daß sie wirklichkeitsfremd sind und unbe-rücksichtigt lassen, daß es sich bei dem Zivil- und Katastrophenschutz um einen wichtigen öffentlichen Auf-gabenkomplex handelt, an dessen Erfüllung zudem viele Beteiligte mit vielen unterschiedlichen Interessen mitwirken.²⁾ Der Gesetzgeber hat dies aus guten Gründen so gewollt. Deshalb sollte auch die Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes letztlich auf einen Kompromiß hin-auslaufen, bei dem jeder zurück-stecken muß. So muß der Bund bei der Anpassung seines Zivilschutz-Gefahrenabwehrsystems an die ver-änderte Bedrohungslage Rücksicht auf die Beteiligten nehmen, die er seit Jahrzehnten in die Aufgabener-füllung eingebunden hat. Anderer-seits müssen auch die Länder von Vorstellungen Abschied nehmen, wie sie in dem bayerischen Finanzie-rungsvorschlag zum Ausdruck kom-men, der zum Inhalt hat, daß der Bund künftig 20 bis 40 % der Kosten des friedensmäßigen Katastrophenschutzes der Länder übernehmen solle. Zwar gibt es keine genauen Unterlagen über die jährlichen Auf-wendungen aller Länder, einschließ-lich der Kommunen, für den Brand- und Katastrophenschutz. Wenn aber Schätzungen zutreffen sollten, daß die Gesamtsumme zwischen 2 und 3 Mrd. DM im Jahr liegt, und man würde den Mittelwert von 2,5 Mrd. DM zugrundelegen, dann wären 20 % davon 500 Mio. DM, und 40 % entsprächen 1 Mrd. DM. Heute gibt der Bund jedoch für den erweiterten Katastrophenschutz, einschließlich THW, nicht einmal 400 Mio. DM aus und für die gesamte zivile Verteidigung weniger als 1 Mrd. DM. Unter den gegebenen Umständen ist kaum damit zu rechnen, daß sich beim Bund eine **politische** Mehrheit dafür fände, den Ländern zur Finanzierung **ihrer** Katastrophenschutzes **pau-schale** Finanzzuweisungen, dazu noch in dieser Höhe, zukommen zu

2. Andrews, Bevölkerungsschutzpolitik, Carl Hey-manns Verlag, Köln, 1989

lassen, abgesehen von den hiergegen bestehenden, haushaltsrechtliche Bedenken.

Die „Zusammenkopplung“ der Ressourcen

Wenn man der Lösung der dargestellten Problematik näher kommen will, müßte man folgendes berücksichtigen:

Die Grundlagen für die heutigen Beziehungen, die zwischen Katastrophenschutz und „Erweiterung des Katastrophenschutzes“ bestehen, sind 1968 mit dem Bundeskatastrophenschutzgesetz entstanden. Mit diesem Gesetz hat der Bund seine bis dahin verfolgte Politik, den von ihm geschaffenen Luftschutzhilfsdienst als besonderes Bundespotential, für Zwecke des Verteidigungsfalles vorzuhalten, aufgegeben. Ziel des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 ist es vielmehr gewesen, die Gefahrenabwehrstrukturen der Länder mit dem Bundespotential zu verstärken und zu ergänzen und dadurch ein Abwehrsystem zu schaffen, das auch für die Bekämpfung von Gefahren und Schäden im Kriege geeignet ist, ohne daß dabei die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten von Bund und Ländern verschoben werden. Die Idee der Zusammenbindung der Katastrophenschutzpotentiale von Bund und Ländern fand später in den 1972 mit Zustimmung des Bundesrates erlassenen Verwaltungsvorschriften zum KatSG ihre konkrete Ausprägung. Länder und Hilfsorganisationen konnten danach die Ausstattung des Bundes für den friedensmäßigen Katastrophenschutz bzw. für organisationseigene Zwecke grundsätzlich kostenlos verwenden. Der Bund erhoffte sich hiervon nicht nur eine rationellere und wirtschaftlichere Verwendung öffentlicher Mittel, sondern verband damit gleichzeitig auch die Erwartung eines erhöhten Integrationseffektes durch eine stärkere Einbindung der Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes in das Einsatzgeschehen der friedenszeitlichen Gefahrenbekämpfung.

An dieser Politik der Zusammenkopplung aller katastrophenschutzrelevanten Ressourcen hat der Bund jahrzehntelang bis heute festgehalten, obwohl sich die äußere militäri-

sche Bedrohungslage nicht erst durch die politischen Entwicklungen der letzten beiden Jahre erheblich entschärft hat. Wie oben angedeutet, hat sich vielmehr die militärische Bedrohung schon seit Anfang der 70er Jahre im Verlaufe des in Helsinki begonnenen KSZE-Prozesses kontinuierlich und seit Beginn der 80er Jahre ganz beträchtlich vermindert. Trotzdem hat der Bund in der Vergangenheit daraus für den Zivilschutz keine Konsequenzen gezogen. Er hat dadurch gegenüber den Ländern den Zusammenhang zwischen der äußeren militärischen Bedrohung und den von ihm - sogar mit steigender Tendenz - durchgeführten Zivilschutzmaßnahmen nicht zur Geltung gebracht. Deshalb konnten sich die Länder bisher auch zurecht bei ihren Katastrophenschutzvorkehrungen auf eine kontinuierliche Weitergewährung der Bundesleistungen einstellen, und sie haben dies auch im Vertrauen auf die künftige Bereitstellung von Bundesmitteln getan. Würde der Bund daher von heute auf morgen seine Leistungen unter Bezugnahme auf eine formale Rechtsposition einstellen, dann wäre die Vertrauensbasis für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes, von der das Bundeskatastrophenschutzgesetz vom 1. Juli 1968 ausging, ernsthaft gefährdet.

Schwierige Risikobewältigung

Bei seinen Überlegungen zum Abbau des erweiterten Katastrophenschutzes sollte der Bund auch im Sinne eines bundesfreundlichen Verhaltens darauf Rücksicht nehmen, daß die Länder bei der Risikobewältigung künftig zunehmend in eine schwierige Lage geraten dürften. Die kommunalen Spitzenverbände haben schon in der Vergangenheit wiederholt darauf hingewiesen, daß die Kommunen mit ihren derzeitigen Gefahrenabwehrstrukturen den Katastrophenschutz nur in einem den herkömmlichen Umfang nicht völlig sprengenden Rahmen gewährleisten können. Der Katastrophenschutz sei nicht das Auffangbecken für alle Arten komplexer Risiken, die durch die zunehmende Industrialisierung der Bundesrepublik Deutschland immer größere Ausmaße annähmen.

Auch der Deutsche Feuerwehrverband hat darauf hingewiesen, daß man die Motivation und Aufgabenbelastung freiwilliger und ehrenamtlicher Feuerwehrmänner nicht überstrapazieren dürfte. Wenn durch immer mehr und immer kompliziertere Risiken immer höhere Anforderungen gestellt würden, denen zudem nur durch eine qualifiziertere und längere Ausbildung entsprochen werden könnte, dann müßte mit einem erheblichen Abfall des Engagements und der Mitwirkungsbereitschaft der freiwilligen Helfer gerechnet werden. Dies leuchtet ohne weiteres ein.

Die Länder stehen also vor der Frage, ob sie den Brand- und Katastrophenschutz künftig so zu organisieren haben, daß ein bestimmter Aufgabenbereich den ehrenamtlichen und freiwilligen Helfern vorbehalten bleibt, in dem diese, ohne durch komplexe Gefährdungstatbestände überfordert zu sein, engagiert mitwirken können und daß ein anderer Aufgabenbereich denjenigen Teil des Risikospektrums umfaßt, der nur von professionellen Kräften bewältigt werden kann. An den Standorten der Berufsfeuerwehren und auch der Werkfeuerwehren ist dies schon jetzt im Prinzip der Fall. Weite ländliche Bereiche sind jedoch nach wie vor insoweit völlig unterversorgt. Wenngleich es auch schon positive Ansätze in der anderen Richtung gibt, z. B. in Rheinland-Pfalz, stehen die Länder hier jedoch insgesamt noch vor einem sehr schwierigen Problem, das der konzeptionellen Lösung harzt.

Weitere Schwierigkeiten dürften auf die Länder mit der Öffnung des europäischen Binnenmarktes ab 1993 zukommen. Von der Öffnung dieses Marktes wird allgemein ein starker Impuls im Sinne eines wirtschaftlichen Aufschwungs erwartet. Wirtschaftlicher Aufschwung ist aber immer untrennbar mit einer entsprechenden Risikozunahme verbunden. Für die Bundesrepublik Deutschland als Transitland dürfte sich z. B. die Steigerungsrate für Gefahrguttransporte und die damit verbundenen Risiken beträchtlich erhöhen.

Maßvolle und sachgerechte Reduzierung

Auf der anderen Seite wird die notwendige Anpassungsfähigkeit der

Länder an die sich verstärkenden Risiken wahrscheinlich dadurch ernsthaft beeinträchtigt werden, daß ein Teil der Mittel für die Verbesserung des Gefahrenabwehrsystems künftig nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Das wird der Fall sein, wenn die EG ihre Absicht verwirklicht, die steuerlichen Regelungen bei den Monopolanstalten der Sachversicherer dergestalt zu verändern, daß die Länder eine erhebliche Verminderung der Einnahmen aus der **Feuerschutzsteuer** zu erwarten hätten. Noch schlimmer käme es, wenn schließlich seitens der EG die Feuerschutzsteuer, eine bundesdeutsche Besonderheit, als Bagatelsteuer überhaupt beseitigt werden würde. Hierauf müssen sich die Länder gedanklich schon jetzt einstellen. Die Umstellung kann realistischerweise aber nur mittel- bzw. langfristige geschehen. Diese künftige Entwicklung sollte der Bund – wie gesagt – nicht unberücksichtigt lassen. Er hat es auch nicht getan. Der Umsetzungsvorschlag des BMI vom 20. März 1991 bietet die Grundlage für eine notwendige, maßvolle und sachgerechte Reduzierung des erweiterten Katastrophenschutzes bis 1995 und vermeidet damit unvermeidbare Beeinträchtigungen des Gefahrenabwehrsystems der Länder, die an die Substanz gehen und politisch und fachlich nicht verkraftbar wären.

Allerdings besteht ein gewichtiger Erörterungsbedarf noch hinsichtlich der Frage, **wie** der Bundesbeitrag ausgestaltet sein sollte. Die Länder wünschen einen pauschalen Finanzierungsbeitrag des Bundes zum friedensmäßigen Katastrophenschutz. Das geht aus den genannten Gründen nicht. Der Bund hat daher in seinem Umsetzungsvorschlag die Aufstellung von Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes vorgesehen, zwar mit zu aktualisierender Aufgabenstellung, aber doch nach dem bisherigen System. Dies entspricht wiederum nicht den Vorstellungen der Länder und würde auch nicht in ihre aktualisierte Gefahrenabwehrkonzeption passen. Ein Kompromiß könnte vielleicht auf der Linie liegen, daß einerseits die Länder keinen **pauschalen Finanzierungsbeitrag** erhalten, andererseits der Bund **keine eigenen Einheiten** des erweiterten Katastrophenschutzes aufstellt, sondern daß der Bund für Einheiten, die von den Ländern nach bestimmten Kriterien aufzustellen

bzw. zu gliedern wären, identifizierbare Ausstattungsgegenstände, die für einen Einsatz im V-Fall besonders geeignet sind, entweder zentral beschafft oder nach seinen konkreten Vorgaben von den Ländern auf seine Kosten beschaffen läßt. Nur auf diese Weise würde der Bund die Möglichkeit erhalten, **seinen materiellen Beitrag präzise zu bestimmen** und daran wiederum ganz bestimmte **Folgeleistungen** zu knüpfen z. B. für **Ausbildung, Selbstbewirtschaftung und Instandhaltung**.

Ein solcher Kompromiß könnte allerdings nur mit den Altbundesländern angestrebt werden. Nur dort ist die erforderliche Organisationskraft vorhanden, um eine solche Umstellung zu bewerkstelligen. Denn, abgesehen von den Abbaumaßnahmen im Altbundesgebiet, müßte der gesamte verbleibende erweiterte Katastrophenschutz (einschließlich der geplanten Arrondierungsmaßnahmen) im Sinne eines solchen Kompromisses umgeformt werden.

Pragmatische Lösung für die neuen Länder

Für die **neuen** Bundesländer kann es nur eine **pragmatische Lösung** geben. Diese müßte so aussehen, daß dort Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes so aufgestellt werden, wie dies in dem Umsetzungsvorschlag vorgesehen ist. Das schließt nicht aus, daß im Laufe des Aufstellungszeitraums bis 1995 Aktualisierungen von Fachdienstaufgabenstellungen vorgenommen werden. Vorrangiges Ziel ist jedoch, die fünf neuen Bundesländer bei der schnellstmöglichen Aufstellung von operativen Katastrophenschutzeinheiten zu unterstützen. Den Bund trifft im übrigen insoweit auch eine zumindest moralische Verpflichtung. Es kann nämlich den fünf neuen Bundesländern und schon gar nicht der in diesen wohnenden Bevölkerung angelastet werden, daß der dortige Katastrophenschutz früher militärisch organisiert und der Hauptabteilung Zivilverteidigung zugeordnet war und sich zudem im wesentlichen auf die materiellen und personellen Ressourcen der volkseigenen Betriebe abstützte und deshalb wegen Unvereinbarkeit mit dem kommunalen Katastrophenschutzsystem der Altbundesländer aufgelöst werden mußte.³⁾

Für die alten sowie für die neuen Bundesländer gilt aber, daß der Bund grundsätzlich nicht für die Finanzierung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes zuständig ist. Das würde dem grundgesetzlichen Prinzip widersprechen, wonach der Aufgabenträger auch Träger der Ausgaben ist. Das bedeutet, daß der Bund das Volumen seines Katastrophenschutzpotentials in den Altbundesländern – gleich in welcher Ausprägung und Konfiguration – und nach Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse auch in den neuen Bundesländern nach 1995 zeitlich gestaffelt weiter zurückführen müßte, wenn sich die Annahme erhärten würde, daß die äußere militärische Bedrohung – abgesehen von dem oben erwähnten Restrisiko – auf Dauer nicht mehr relevant wäre. Der Bund hat bei seinen großen, durch die deutsche Einheit bedingten finanziellen Belastungen jedenfalls keine Veranlassung, eine Gemeinschaftsaufgabe anzustreben, zumal und solange die Länder dies kategorisch ablehnen.

Teilsysteme müssen harmonisieren

Bei den anstehenden Erörterungen um eine risikoadäquate Neuordnung des Katastrophenschutzes und der „Erweiterung des Katastrophenschutzes“ muß der Bund darauf achten, daß es nicht nur um die Schaffung eines optimalen Bevölkerungsschutzsystems von Bund und Ländern für Krieg und Frieden geht. Der

3. Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die fünf neuen Bundesländer vor der ungeheueren Schwierigkeit stehen, sich unter hohem Zeitdruck an die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung der alten Bundesrepublik anzupassen, die in den letzten vier Jahrzehnten immer verfeinerter, ausdifferenzierter und komplizierter geworden ist. Insoweit haben es andere Staaten mit vergleichbaren Bildungsstrukturen und -potentialen, z. B. die CSFR, die zur Zeit ebenfalls den Wandel von der Alleinherrschaft der kommunistischen Partei zum demokratischen Mehrparteiensystem vollziehen, leichter, da sie diesen Prozeß in kleineren Schritten durchlaufen und nicht den gravierenden zeitlichen und inhaltlichen Zielvorgaben ausgesetzt sind wie die fünf neuen Bundesländer. Diese erhalten zwar aus dem alten Bundesgebiet ganz erhebliche finanzielle Mittel und personelle Unterstützung. Diese können allerdings nur den materiellen Teil der komplexen Problematik lösen helfen, weniger den ideellen Teil, der die Bewußtseins- und Verhaltensänderung betrifft. Das sollten kritische gesellschaftspolitisch relevante Faktoren, z. B. Medien und Gewerkschaften, bedenken.

erweiterte Katastrophenschutz ist und bleibt gleichzeitig auch ein **Teilsystem** unter mehreren anderen des **Zivilschutzes**. Wichtig ist, daß diese Teilsysteme auch künftig miteinander harmonieren und daß nicht durch die Herauslösung eines Systems die Funktionsfähigkeit oder Effizienz der anderen oder des Zivilschutzsystems insgesamt beeinträchtigt werden. Ebenso wie die Länder in ihrem Bereich muß auch der Bund konzeptionelle Überlegungen zur Neuordnung des Zivilschutzes insgesamt anstellen, um diesen an die veränderte Bedrohungssituation anzupassen. Er wird daher bei jedem Zivilschutzteilsystem prüfen müssen, inwieweit, ebenso wie im erweiterten Katastrophenschutz, der Umfang der Vorhaltungen künftig vermindert werden kann. Ebenso wichtig wird es sein, das Bewußtsein in der Bevölkerung und im politischen Raum dafür zu schaffen, daß der Zivilschutz den Betroffenen, für die er geschaffen ist, nur dann wirksam helfen kann, wenn diese freiwillige oder gesetzliche Pflichten auf sich nehmen. So kann z. B. das ZS-Teilsystem „Selbstschutz“ nur dann funktionieren, wenn die Bevölkerung bereit ist oder verpflichtet wird zu lernen, wie sie sich schützen kann. Wer verpflichtet ist, sich für den Erwerb des Führerscheins Kenntnisse in „Erster Hilfe“ anzueignen, sollte dazu auch verpflichtet ein, wenn er keinen Führerschein macht. Das Instrument dafür, der Bundesverband für den Selbstschutz, ist vorhanden. Dieses kann aber nur zur Wirkung kommen, wenn die Bevölkerung verpflichtet ist, sich seiner zu ihrem Schutz zu bedienen. Auch das Zivilschutzsystem „Schutzraumbau“ ist ohne Schutzbaupflicht – wie die Vergangenheit gezeigt hat – nur von geringem Wert.

Wer derartige Verpflichtungen also ablehnt, muß wissen, daß damit der Selbstschutz und der Schutzraumbau weitgehend funktionsunfähig werden mit der Folge, daß damit auch das Zivilschutzteilsystem „Warndienst“ praktisch obsolet wird. Entsprechendes gilt für das Teilsystem „Erweiterung des Katastrophenschutzes“, dessen Leistungsfähigkeit im wesentlichen auf dem funktionalen Zusammenwirken von **personellen** und materiellen Komponenten beruht. Wer daher die Zivilschutzdienstpflicht ablehnt, muß wissen, daß er damit im Ernstfall die Funktionsfähigkeit auch dieses Teilsystems ernsthaft gefährdet. Ein

wirksamer Zivilschutz setzt eben stets ein hohes Maß an Funktionsfähigkeit **aller** Teilsysteme voraus. Er wird ineffizient, wenn dies nicht der Fall ist. Zudem haben alle ZS-Teilsysteme sehr viel Geld gekostet, so daß es gerechtfertigt erschiene, diejenigen, für die es ausgegeben wird, dafür auch in bescheidenem Maße in die Pflicht zu nehmen. Die Ablehnung oder Verweigerung von Pflichten für die Gemeinschaft hat schließlich auch gesellschaftspolitisch noch nie positive Auswirkungen gehabt.⁴⁾ Wer nach Wohlstand strebt, vernachlässigt das Risiko, wer im Wohlstand lebt, verdrängt es. Daher muß die Politik „gegensteuern“ und der Bevölkerung immer wieder die unauflösliche Interdependenz zwischen Wohlstand und Risiko vor Augen führen. Für V-Fall-Risiken steht zu diesem Zweck der Bundesverband für den Selbstschutz zur Verfügung. Was hält die Länder, die für das von ihnen abzudeckende Risikospektrum über kein entsprechendes Aufklärungsinstrument verfügen, davon ab, sich dieser Bundeseinrichtung zu bedienen?

Stichwort „Weltinnenpolitik“

Wenn einerseits die Länder bedenken, daß der erweiterte Katastrophenschutz ein Teilsystem des Zivilschutzes ist, für den der Bund die Verantwortung trägt, und auf der anderen Seite der Bund berücksichtigt, daß der erweiterte Katastrophenschutz im Katastrophenschutzsystem der Länder eine wichtige Rolle spielt, dann müßte einsichtig sein, daß beide Seiten den Blick nicht nur auf die sie **unmittelbar** interessierenden Problembereiche lenken, darüber diskutieren und Einvernehmen erzielen sollten. Die zunehmende Verflechtung und Vermaschung der supernationalen und internationalen Beziehungen läßt es darüber hinaus auch dringend geboten erscheinen, daß Bund und Länder die **Herausforderungen**, die von **außen** auf Deutschland zukommen, in ihre Erörterungen einbeziehen und gemeinsame Standpunkte erarbeiten. Das weltumspannende Verkehrs- und Kommunikationsnetz, die durch die Überbevölkerung bedingte Zunahme der Katastrophenanfälligkeit, die sich daraus entwickelnden Wanderbewegungen, sozialen

Spannungen, Versorgungskrisen und Gewaltanwendungen können, wo immer sie geschehen, auch uns sehr schnell unmittelbar bedrohen. Uns, das bedeutet speziell die für die Gefahrenabwehr zuständigen Innenressorts. Carl-Friedrich von Weizsäcker hat dafür in anderem Zusammenhang einmal den auch hier zutreffenden Begriff der „Weltinnenpolitik“⁵⁾ geprägt. Dieser Begriff veranschaulicht deutlich die Entwicklung, in der wir stehen. Ein praktisches Beispiel für die globale Bedeutung des Katastrophenschutzes ist die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündete Dekade für Katastrophenvorbeugung 1990-2000.⁶⁾ Die Bundesrepublik Deutschland, bestehend aus Bund und 16 Ländern, kann sich als reiches Industrieland nicht den Zielen der Dekade verschließen, die auf einen verstärkten, dauerhaften, wirksamen Transfer von Katastrophenschutzwissen von den wohlhabenden Ländern der nördlichen Hemisphäre in die Entwicklungsländer der südlichen Erdhälfte gerichtet sind.

„Kooperativer Katastrophenschutz“

Eine Fortschreibung und Aktualisierung des Katastrophenschutzes und der „Erweiterung des Katastrophenschutzes“, die die Bezeichnung **Neuordnung** verdienen und sich nicht nur auf ein Herumkurieren an den Symptomen beschränken wollen, sollten auch diese über die Landes- und Staatsgrenzen hinausgehenden Aspekte mit berücksichtigen und bestrebt sein, notfalls auch unterhalb der Schwelle der Gemeinschaftsaufgabe einen **„Kooperativen Katastrophenschutz“** von

4. Diese Verhaltensweise ist nicht zuletzt auch ein Ergebnis des alliierten Umerziehungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg, der nicht ohne Erfolg darauf abzielte, die Deutschen in ihrem National-, Traditions- und Geschichtsbewußtsein nachhaltig zu verändern. Die Folgen sind nach der Wiedervereinigung – insbesondere während der Golfkrise – sichtbar geworden. Man darf nicht erwarten, daß sie von heute auf morgen beseitigt werden können.

5. Carl-Friedrich von Weizsäcker, Fragen zur Weltpolitik, Carl Hanser Verlag, München, 1975, S. 7 ff.

6. Andrews, Bevölkerungsschutzpolitik im Nord-Süd-Dialog - IDNDR, Bundesverband für den Selbstschutz, Bonn, 1991

Bund und Ländern zu entwickeln, dem folgender „20-Punkte-Katalog“ zugrundeliegen könnte:

1. Die Länder entwickeln in ihrer Verantwortung im Einvernehmen mit dem Bund ein von ehrenamtlichen und freiwilligen Helfern getragenes Katastrophenschutzsystem für die Bewältigung friedenszeitlicher Risiken, das auch das kriegerische Restrisiko in dem von Unterausschuß „Katastrophenschutz“ des AK V formulierten Sinne mit abdeckt.
2. Die Länder entwickeln im Einvernehmen mit dem Bund für komplexe, das ehrenamtliche Katastrophenschutzsystem überfordernde Risiken ein ergänzendes flächendeckendes professionelles Gefahrenabwehrsystem, das ebenfalls das kriegerische Restrisiko einschließt.
3. Bund und Länder konzentrieren ihre Aktivitäten auf den operativen Fachdienstaufgaben Brandschutz, Chemieschutz, Strahlenschutz, Bergung einschließlich schwerer Bergung provisorische Instandsetzung, Sanität und Betreuung.
4. Der Bund setzt die Finanzierung des erweiterten Katastrophenschutzes in dem durch dem BMI-Umsetzungsvorschlag vom 20. März 1991 und durch die Finanzplanung vorgezeichneten Rahmen vor.
5. Bund und Länder stellen den beschleunigten Abbau der nicht mehr benötigten Einheiten und Einrichtungen auf der Grundlage des vorgenannten Umsetzungsvorschlages sicher, und zwar vorrangig derjenigen, die nicht unter Nr. 3 fallen.
6. Der Bund stellt den fünf neuen Ländern für den Aufbau des erweiterten Katastrophenschutzes die im Umsetzungsvorschlag genannten Mittel zur Verfügung.
7. Bund und Altbundesländer entwickeln ein Finanzierungssystem, das auf die bundesseitige Bereitstellung von V-Fall-spezifischer Ausstattung und auf daraus abgeleiteten Folgekosten für Ausbildung, Selbstbewirtschaftung und Instandsetzung ausgerichtet ist.
8. Die Länder schaffen im Einvernehmen mit dem Bund die Voraussetzungen für die Integration der Bundesausstattung Katastrophenschutzseinheiten, die nach Stärke und Gliederung auch für die Bekämpfung von regional begrenzten Kriegseinwirkungen geeignet sind.
9. Für die in den Katastrophenschutzseinheiten der Länder integrierte, identifizierbare Bundesausstattung zahlt der Bund neben den Beschaffungskosten auch Beiträge für die Standortausbildung, die Selbstbewirtschaftung und die Instandhaltung, nicht jedoch für die Unterbringung.
10. Die Bundesausstattung kann, wenn die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt sind, in dem ehrenamtlichen Bereich und in dem professionellen Bereich des Katastrophenschutzes verwendet werden.
11. Die Länder finanzieren die bestehenden Katastrophenschutzschulen der Länder künftig selbst.
12. Der Bund trägt die Kosten für die V-Fall-bezogene Ausbildung, die, vergleichbar der integrierten Brandschutzausbildung an den LFS, an den Katastrophenschutzschulen der Länder ebenfalls integriert durchgeführt wird.
13. Der Bund hält eine nationale Bundeskatastrophenschutzschule vor, die nicht nur der Ausbildung und Fortbildung von Leitungs- und Führungskräften des Katastrophenschutz- und Zivilschutzes im nationalen Bereich dient, sondern darüber hinaus auch für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Katastrophenschutz, Zivilschutz und in der zivilen Verteidigung zur Verfügung steht.
14. An der Katastrophenschutzschule des Bundes wird ein Beirat gebildet, der aus Vertretern von Bund und Ländern besteht und der das Jahresarbeitsprogramm festlegt.
15. Die Länder übernehmen künftig grundsätzlich auch die finanzielle Verantwortung für ihre Zentralwerkstätten, wobei der Bund einen Anteil für den Instandhaltungsbedarf der von ihm finanzierten Bundesausstattung zu tragen hat.
16. Bund und Länder verpflichten sich zur baldmöglichen Umsetzung des Konzepts zur Verbesserung des Krisenmanagements bei großflächigen Gefahrenlagen, das von der Innenministerkonferenz durch Beschluß vom 29. April 1988 und von der Bundesregierung durch Kabinettsbeschluß vom 22. Juni 1988 angenommen worden ist.
17. Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk wird entsprechend dem Umsetzungsvorschlag vom 20. März 1991 angepaßt. Sie wird nach den vorrangigen Aufbaumaßnahmen in den fünf neuen Bundesländern verstärkt für die humanitäre Hilfe im Ausland umstrukturiert und erhält die notwendigen Mittel zur angemessenen Wahrnehmung dieser Aufgabe.
18. Bund und Länder entwickeln ein Konzept zur Förderung der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe und der humanitären Hilfe, das die organisatorischen Voraussetzungen für den schnellen Einsatz von deutschen Fachleuten auf dem Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes und von Hilfsmannschaften schafft, so wie dies schon in den bilateralen Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen mit Nachbarstaaten und in den Durchführungsvereinbarungen hierzu vorgesehen ist.
19. Bund und Länder arbeiten eng zusammen bei der Erstellung eines deutschen Beitrages für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Zeit von 1990 bis 2000 proklamiert worden ist.
20. Bund und Länder koordinieren ihre Katastrophen- und Katastrophenschutz-Forschungsaktivitäten und streben, auch im Hinblick auf die internationale Zusammenarbeit, ein abgestimmtes Vorgehen an.

Die vorstehenden Ausführungen sind als ein Beitrag zu verstehen, Bewußtsein dafür zu schaffen, daß die konzeptionellen Überlegungen zur Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes auch einmal über den durch Eigeninteressen gezogenen engen Rahmen hinausgehen sollten. Andernfalls besteht die Gefahr des Entstehens von Informationslücken in risikorelevanten Fragestellungen von nationaler und internationaler Bedeutung und, was schlimmer wäre, von Qualitätsdefiziten im internationalen Vergleich in bezug auf die Bekämpfung von landes- und staatsgrenzenüberschreitenden Risiko- und Krisenlagen.

Im Wettstreit um Punkte und Plazierungen

11. Bundeswettkampf des THW in Mainz ein großer Erfolg – Mannschaft des Ortsverbandes Cloppenburg wurde Bundessieger

Trotz geringer Vorbereitungszeit wurde der 11. Bundeswettkampf des Technischen Hilfswerks am Samstag, dem 1. Juni 1991, ein voller Erfolg. Die gastgebende Stadt Mainz präsentierte sich nicht nur durch Sommerwetter von ihrer besten Seite, sondern auch durch tatkräftige Unterstützung dieser THW-Veranstaltung mit bundesweiter Ausstrahlung. Sieger im Wettkampf der Instandsetzungszüge des THW wurde der niedersächsische Ortsverband Cloppenburg. Den zweiten Platz erreichte der Ortsverband Koblenz, Rheinland-Pfalz, gefolgt

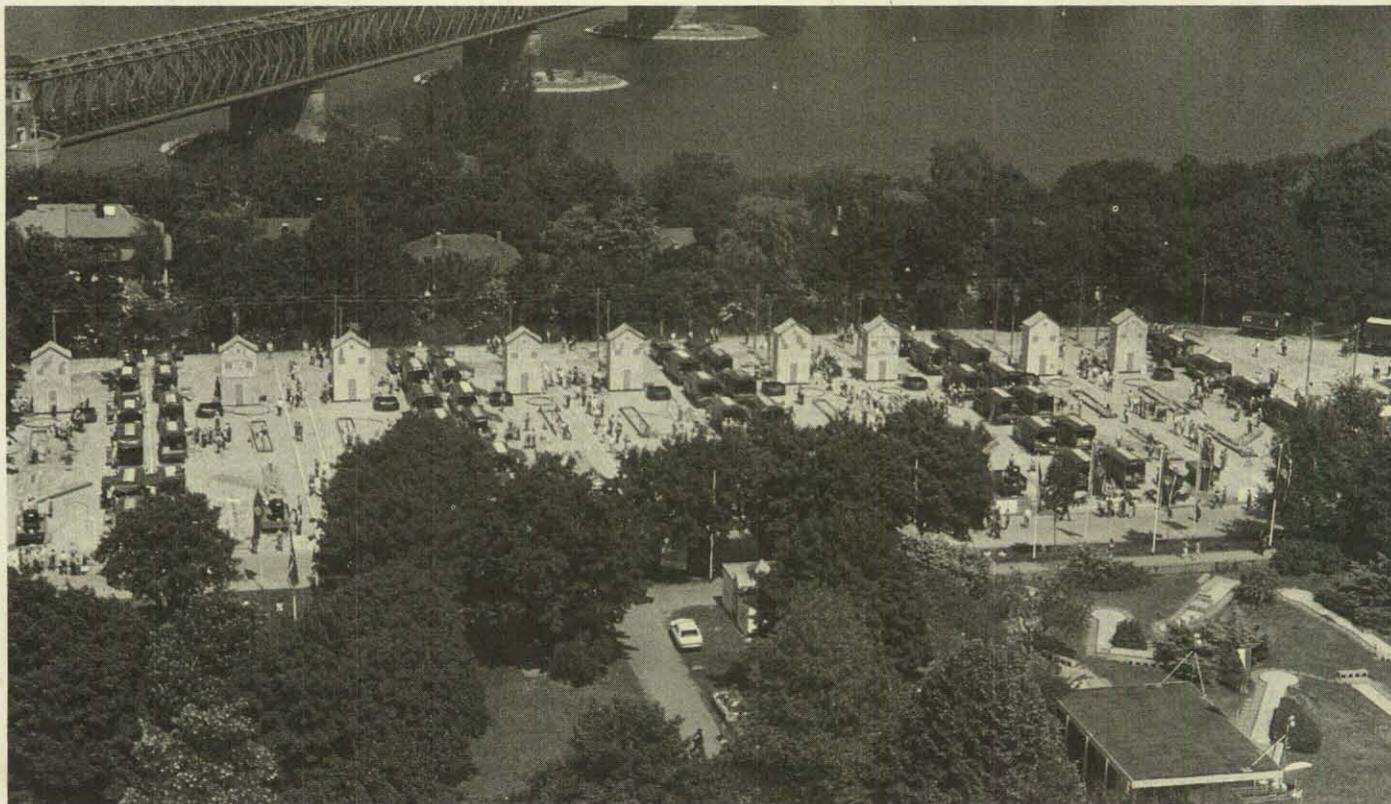
vom Ortsverband Illingen, Saarland. Die weiteren Plazierungen: Hamburg-Altona; Landshut, Bayern; Bremen-Osterholz; Mehdorf, Schleswig-Holstein; Berlin-Steglitz; Frankenberg, Hessen; Castrop-Rauxel, NRW; Aalen, Baden-Württemberg.

Elf Mannschaften am Start

Ab 13.00 Uhr kämpften die elf Mannschaften aus den alten Bundesländern auf dem terrassenförmig

angelegten Gelände des Volksparks in Mainz um Punkte und Plazierung. Sie hatten sich ein Jahr zuvor in Ausscheidungswettkämpfen auf Landesebene qualifiziert. Jetzt galt es, die beste Mannschaft auf Bundesebene zu ermitteln.

Dem Wettkampf wurde folgende Lage zugrunde gelegt: „Durch eine Naturkatastrophe sind im Raum Mainz Wohngebiete schwer beschädigt. Der Instandsetzungsdienst des THW wird zur Verstärkung der örtlichen Einheiten in das Schadensgebiet verlegt. Er unterstützt die örtliche Einsatzleitung. Die Bergung von



Ein Blick auf die Wettkampfbahnen.

Personen und die Sicherstellung von Sachwerten ist bereits abgeschlossen. Auf Gefahrgut in Tanks wird hingewiesen!"

Der Auftrag an die Helfer lautete wie folgt: „Der örtlichen Einsatzleitung wurde eine Schadenstelle zugewiesen, innerhalb derer Ver- und Entsorgungsanlagen behelfsmäßig instandgesetzt werden müssen. Die technischen Anlagen in den Gebäuden sind nach der Reparatur in Betrieb zu nehmen.“

Hierfür hatten die Mannschaften drei Stunden Zeit. Führungskräfte und Helfer waren vom Start an voll beschäftigt: Männer des Zugtrupps erkundeten den Einsatzraum, errichteten die Befehlsstelle, gaben Aufträge an die Gruppen und überwachten sie. Die Koordinierung des Einsatzes war eine wesentliche Wettkampfaufgabe für die Zugführer. Die Führungstätigkeiten waren schriftlich an die Bahnschiedsrichter zu melden, die eine örtliche Einsatzleitung darstellten. Dabei wurde die richtige Durchführung dieser Aufgaben besonders hoch bewertet.

Anspruchsvolle technische Aufgaben

Schon bei der Besichtigung der 15 Meter breiten und 50 Meter langen Wettkampfbahnen, die für alle Mannschaften gleich aufgebaut worden waren, war der hohe Anspruch an die Helfer ersichtlich. Die Helfer der Abwasser-/Öl-Gruppe mußten schon bei der ersten Aufgabe unter schwerem Atemschutz eine Erkundung des Schadenbereiches durchführen: Eine beschädigte Abwasserleitung in gemischter Bauweise war instandzusetzen, der Einbau eines Sammelschachtes für Abwasser sowie die Herstellung eines Abzweiges in PVC für einen Wasser-Hausanschluß anzubringen. Das Abdichten eines beschädigten Tanks, gefüllt mit Gefahrgut, gehörte ebenso zu den Aufgaben, wie das Umpumpen der gefährlichen Flüssigkeit.

Mauerdurchbrüche mit Hammer und Meißel wurden geschlagen, Gewinde geschnitten, Löcher gebohrt, Metalle verschweißt und gebogen sowie mit der „Flex“ getrennt.

Die Arbeit der Gas-/Wasser-Gruppe war für die Zuschauer interessant anzusehen. Die Helfer verschweiß-

Grußwort des Kanzleramtsminister Rudolf Seiters

Liebe Angehörige des Technischen Hilfswerkes, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Den Teilnehmern, Organisatoren und Gästen des 11. Bundeswettkampfes des Technischen Hilfswerkes überbringe ich die herzlichen Grüße der Bundesregierung.

Der Bundesminister des Innern, mein Freund Wolfgang Schäuble, ist leider verhindert. Deshalb hat er mich gebeten, ihn zu vertreten. Ich bin dieser Bitte gerne nachgekommen.

Der Bundesminister des Innern hat am 5. Oktober 1990 in seiner Festansprache anlässlich der Feier des vierzigjährigen Bestehens des Technischen Hilfswerkes erklärt, zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gehört auch das Technische Hilfswerk. Ich kann diese Feststellung heute aus meiner Überzeugung nur bekräftigen.

Das Technische Hilfswerk hat sich aus schwierigen Anfängen zu einer leistungsfähigen und weltweit anerkannten Hilfsorganisation entwickelt. Der dabei zurückgelegte Weg war nicht immer leicht. Widerstände bis hin zur Forderung nach Auflösung waren zu überwinden. Heute hat das THW in unserer Gesellschaft einen festen Platz. Ich begrüße es, daß die Innenminister und Innensenatoren der Länder auf der Innenministerkonferenz am 2. und 3. Mai in Bonn sich eindeutig für die Beibehaltung des Technischen Hilfswerkes ausgesprochen haben.

Der Schutz unseres Staates und seiner Bürger vor Gefahren, die von den ständig zunehmenden technischen Unfällen und Naturkatastrophen drohen, ist ohne seine Mitwirkung kaum noch denkbar. Die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Angehörigen des THW sind gemeinsam mit ihren Kameraden von den Feuerwehren und den Sanitätsorganisationen Teil eines Hilfeleistungssystems, in dem über zwei Millionen Helfer freiwillig und ehrenamtlich Dienst am Nächsten verrichten. Jedem, der hier in selbstloser Weise mitwirkt, gebührt unser Dank, jedem unsere Anerkennung und unser Respekt.

Mit 8268 Alarmierungen und rund 687000 Einsatzstunden war das THW im vergangenen Jahr mehr gefordert als je zuvor. Diese Zahlen sind gewiß kein Grund zum Feiern. Denn jeder Einsatz bedeutet Hilfe in einem Notfall, oft von tragischen Ausmaßen. Aber die Zahlen belegen, wie notwendig das Technische Hilfswerk ist und wie unermüdlich und selbstlos in jedem Einzelfall Hilfe geleistet wurde. Weder die Bekämpfung der Hochwasser im süddeutschen Raum, noch die Beseitigung der schweren Schäden, die durch die Frühjahrsstürme entstanden, wären ohne die Hinzuziehung des THW möglich gewesen.

Auch auf der internationalen Ebene ist unser THW ein weltweit gefragter Partner. Hervorheben möchte ich die enge Zusammenarbeit des THW mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen. Es gehört zu den erklärten Zielen der Politik der Bundesregierung, die humanitären Aufgaben der Vereinten Nationen zu unterstützen und das Leid der Millionen Flüchtlinge in aller Welt lindern helfen - dies auch vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte. Der derzeitige Einsatz von rund 100 Spezialisten des THW in den Flüchtlingslagern in der Türkei und im Iran ist ein wichtiges Beispiel für wirkungsvolle Hilfe.

Meine Damen und Herren, ich denke in diesem Zusammenhang auch an die von der Bundesregierung initiierte Hilfe für die Sowjetunion, durch den Transport von Hilfsgütern bis nach Charkow, Moskau und Leningrad. Hunderte von Helfern bewältigten unter schwierigsten Bedingungen Tausende von Kilometern und opferten für ihren Einsatz häufig sogar ihren Jahresurlaub. Sie haben damit auch einen wichtigen Beitrag für die Verständigung mit den Menschen in der Sowjetunion geleistet, die in unserer aller Interesse liegt.

Alles spricht dafür, unser bewährtes Hilfeleistungssystem auf die neuen Bundesländer zu übertragen. Dies ist auch der Wunsch der neuen Landesregierung, die durch die Auflösung der früheren Zivilverteidigung vor einer großen Lücke im Katastrophenschutz stehen. Um das derzeitige Defizit möglichst rasch abzubauen, unterstützt die Bundesregierung in einem Fünfjahresprogramm den Aufbau von Brandschutz-, Sanitäts-, Bergungs- und Instandsetzungseinheiten in den neuen Ländern.

Es ist eine wichtige Aufgabe des THW, auch in den neuen Ländern eine leistungsfähige Organisation aufzubauen. Ich bin davon überzeugt, daß sich alle haupt- und ehrenamtlichen Angehörigen des THW in bewährter Weise für diese neue Aufgabe engagieren werden.

Meine Damen und Herren, die Vereinigung unseres Vaterlandes stellt uns in diesen Monaten auf vielen Gebieten vor große Aufgaben und Herausforderungen. Unser Ziel ist es, die Lebensverhältnisse in den neuen Ländern so schnell wie möglich denen in den alten Ländern anzugleichen.

Wir alle wissen, daß dies nicht in Wochen und Monaten möglich ist, und daß wir noch eine Wegstrecke schmerzhafter Anpassungsprozesse vor uns haben. Das kann

auch niemanden überraschen angesichts der schweren Erblast, die wir von der SED übernommen haben. Die meisten der überwiegend verstaatlichten Industriebetriebe sind technisch veraltet und in ihrer Substanz ausgehöhlt. Vielfach haben sie Güter produziert, die unter den Bedingungen eines offenen Marktes nicht oder nur schwer absetzbar sind. Es fehlt weitgehend an einem flexiblen und weitverzweigten Handelssystem, ohne das eine moderne Wirtschaft nicht funktionieren kann.

Staatliche Infrastrukturen, Versorgungseinrichtungen, Verkehrs- und Kommunikationswege befinden sich in einem desolaten Zustand. In vielen Städten ist die Bausubstanz verfallen. Die Umwelt ist in einem für uns kaum vorstellbaren Maß bedroht und gefährdet.

Wir haben deshalb auch in den Tagen der Freude über die Wiedervereinigung Deutschlands immer gesagt: Was wir uns vorgenommen haben, ist ein gigantisches Unternehmen – die Umwandlung einer über vierzig Jahre gewachsenen sozialistischen, zentralistischen, planwirtschaftlichen Kommandowirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft innerhalb kurzer Zeit. Aber trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den neuen Ländern, die niemand leugnet, und trotz aller unvermeidlichen Übergangsprobleme, die wir bewältigen müssen, gibt es überhaupt keinen Grund, sich entmutigen zu lassen.

Was die Bundesregierung in den letzten Wochen beschlossen hat, um den raschen wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern zu fördern, nicht zuletzt mit dem umfassenden „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“: das ist eine Gemeinschaftsleistung und Solidaraktion, wie wir sie in der deutschen Geschichte zuvor noch nie erlebt haben.

Ich sage noch einmal: Niemand leugnet die großen wirtschaftlichen Probleme, die wir in den neuen Bundesländern bewältigen müssen. Und wir haben sicherlich gerade auch in diesem Jahr eine schwere Wegstrecke vor uns. Aber niemand sollte übersehen, daß sich seit dem Herbst 1989 auch viele positive, grundlegende Wandlungen vollzogen haben. Das gilt nicht nur für die Freiheit und den Rechtsstaat. Das gilt auch für ganz handfeste materielle Dinge – die Kaufkraft der DM, das Warenangebot, den zum Teil erheblichen Anstieg der Löhne und Gehälter, die Umwandlung niedriger Einheitsrenten zu dynamischen Renten, die jetzt in gleichem Maße steigen wie die Einkommen der Beschäftigten.

In diesem Zusammenhang haben jetzt die Bischöfe beider Konfessionen in Sachsen in einer Denkschrift erklärt: „In diesen Tagen des Neuaufbaus unserer Länder ist keine Zeit zur Resignation. Die bereits gewonnene Freiheit, die wachsende Einheit und die demokratische Grundordnung sind bei weitem wertvoller als der noch nicht erreichte wirtschaftliche Aufschwung. Der Prozeß des Zusammenwachsens der deutschen Nation nach vierzigjähriger Spaltung bedarf der Geduld auf beiden Seiten.“

Ich kann diese Sätze nur ebenso begrüßen wie die Worte des Ministerpräsidenten von Brandenburg, Manfred Stolpe, der vor wenigen Tagen gesagt hat: „Bangemachen gilt nicht. In drei Jahren sind wir aus dem Tunnel.“

Solche Ermutigungen sind genauso wichtig wie die vielen Milliarden, die wir gegenwärtig für den Aufbau der neuen Bundesländer ausgeben. Ich plädiere ganz entschieden für Ermutigung und gegen Schwarzmalerei. Und ich bin auch nicht bereit, den Realitätssinn und die Leistungsbereitschaft unserer Landsleute zu unterschätzen, die ganz genau wissen, daß es eine wirkliche Alternative zur gegenwärtigen Politik nicht gibt.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend noch ein persönliches Wort als jemand, der in diesen vergangenen eineinhalb Jahren in dem Prozeß der deutschen Einheit viele Begegnungen hatte, viele Verhandlungen und Gespräche geführt und viele Erfahrungen gesammelt hat.

Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ist ja erst in zweiter Linie ein materielles Problem. Noch größer ist die Herausforderung, in Deutschland zwei bisher gegensätzliche Gesellschaftsordnungen zu vereinen, die über viele Jahrzehnte hinweg durch ein unterschiedliches gesellschaftliches Bewußtsein geprägt waren.

Ich sage: Die Zwangsherrschaft in der DDR hat nicht nur den Häusern und Fabriken, den Straßen und der Umwelt schwere Schäden zugefügt. Sie hat auch tiefe Wunden in den Köpfen und Herzen der Menschen hinterlassen. Nur mit viel Einfühlungsvermögen und Verständnis werden wir Unterschiede und Trennendes ausgleichen und überwinden können. Vor allem brauchen wir dazu die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und gegenseitig voneinander zu lernen.

Bei allen Problemen und allen schmerzhaften Anpassungsprozessen: Die wiedergewonnene Einheit unseres Vaterlandes ist für alle Deutschen ein Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen. Am Ende dieses Jahrhunderts, das den Menschen so viel Elend, Not und Leid gebracht hat, haben wir jetzt in Deutschland und Europa die Chance, Freiheit, Frieden und Wohlstand zu schaffen.

Wir haben allen Grund zu der Überzeugung, daß wir die vor uns stehenden Aufgaben in einer gemeinsamen Anstrengung meistern können: in einem freien und geeinten Deutschland, mit der Leistungskraft der Sozialen Marktwirtschaft und in guter Nachbarschaft mit den Völkern der Welt.

ten eine Stahl-Wasserleitung beidseitig, dichteten eine Rohrbruchstelle ab, bauten einen Schieber ein und mußten eine Umgehung mit dem PE-Rohr erstellen. Hinzu kam die Installation einer Wasserzuleitung und Hausentnahmestelle und die Inbetriebnahme einer Wasserversorgung über die Elektro-Tauchpumpe aus einem Vorratsbehälter. Die Stromversorgung hierzu installierte die Elektro-Gruppe.

Die Helfer der Elektro-Gruppe hatten anderthalb Stunden Zeit für die Instandsetzung einer Freileitung im Niederspannungsbereich. Nach der Fertigstellung wurde der Strom zugeschaltet. Anschließend war ein Übergang der Freileitung auf Kunststoffkabel zu montieren. Besondere Anforderungen wurden durch den Einbau einer Gießharz-Verbundmuffe an die Wettkämpfer gestellt. Die Errichtung eines Hausanschlußkastens ermöglichte die Stromversorgung eines Hauses, indem ein Verteiler zweier Steckdosen und einer Leuchte montiert wurde. Nachdem die montierte Anlage überprüft wurde, konnte die Elektro-Tauchpumpe mit Strom versorgt werden.

Die während der drei Stunden Wettkampf gezeigten Leistungen quittierten selbst Fachleute mit Respekt und Anerkennung. Die Zuschauer waren erstaunt über das breite Angebot an THW-Fachleuten und über die Vielfalt an fachlich anspruchsvollen Aufgaben, die das ganze Können der Helfer sowie körperliche Kondition und Leistungsbereitschaft forderten.

Gäste-Parcours lockte Zuschauer

Mit viel Phantasie war vom THW-Ortsverband Idar-Oberstein ein Gäste-Parcours aufgebaut worden. Die Besucher konnten u. a. sägen, hämmern und Schlauchverbindungen herstellen. Eine Ansteckplakette mit Urkunde winkte jedem Teilnehmer als Lohn für den Spaß. Eine Informationsschau mit Vorführungen der Sauerstofflanze, einer Feldschmiede sowie Bergegerät und der Bau einer Brücke rundeten das Programm gelungen ab.

Die Info-Gruppe aus Schleswig-Holstein präsentierte ihre teilweise schon museumsreifen Exponate aus der 40jährigen THW-Geschichte. In einem großen Zelt waren Fotos aus



THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel begrüßt die Wettkampfteilnehmer und Gäste.

vergangenen THW-Zeiten und -Einsätzen genauso zu bewundern wie die gesamte Palette verschiedenster THW-Bekleidung und Kopfbedeckungen. Modelle von Brückenkon-

struktionen und Stegearten ergänzten die mobile Ausstellung.

Nicht zu kurz kamen auch die Modellfreunde. In einem 200 Qua-

dratmeter großen Zelt präsentierten THW-Modellbauer und Fachfirmen die verschiedensten Einsatzfahrzeuge der Hilfsorganisationen sowie Schadensdioramen.



Helfer der Elektro-Gruppe installieren einen Elektro-Hausanschlußkasten.



Aufgabe der Gas-/Wasser-Gruppe ist der Einbau eines Schiebers.



Die Abwasser-/Öl-Gruppe muß einen fachgerechten Abzweig an einer Abwasserleitung herstellen.



Auch Schweißarbeiten sind im Rahmen der Wettkampfaufgaben durchzuführen.

Gut bekocht

Mit dem technischen Aufbau der Verpflegungsstation für die Veranstaltungstage wurde eine Woche vor dem Wettkampf begonnen. Sechs Verpflegungstrupps kochten dann von Freitag bis Sonntag für die Wettkampfteilnehmer, Organisatoren und Gäste schmackhafte Mahlzeiten. Allein am Wettkampftag waren rund 1700 Essensportionen zu kochen und auszugeben. Eine Aufgabe, die

von allen Beteiligten, unter ihnen auch eine DRK-Mannschaft aus Großkarpen, mit Bravour gemeistert wurde.

Amerikanisches Musikkorps spielte auf

Erstmals bei einem Bundeswehrwettkampf wurde ein Wohltätigkeitskonzert veranstaltet. Der Erlös ging

an eine Mainzer Sonderschule für Behinderte.

Das Musikkorps der US-Luftstreitkräfte in Europa spielte unter der Leitung von Major Craig D. Jessop am Freitag, dem 31. Mai, in Mainz gekonnt auf. Kurzweilige zwei Stunden boten sich den Zuhörern in dem leider nicht vollbesetzten großen Saal des Eltzer Hofs. Vor der Pause war amerikanische und europäische Klassik angesagt. Anschließend standen Unterhaltungsmusik und weltbekannte Songs auf dem Programm. Zum Schluß erhielt Major



Ein kleiner Stehempfang im Zelt (von links): Innenminister Walter Zuber, Rheinland-Pfalz, Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und der Präsident der THW-Bundeshelfervereinigung, Johannes Gerster (MdB).



Die Freude ist groß: Kanzleramtsminister Rudolf Seiters überreichte der Cloppenburgener Mannschaft den Siegerpokal.



Die eindrucksvolle Demonstration einer Sauerstofflanze zieht immer wieder zahlreiche Zuschauer an.



Als Erinnerung an den Wettkampf können sich die Gäste ein auf Baumscheiben gebranntes THW-Emblem mitnehmen. (Fotos: Delle 6, Hilberath 4)

Jessop aufgrund seiner engen Verbundenheit zum THW aus der Hand von THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel das Ehrenzeichen in Silber.

Niedersachsen zum ersten Male Bundessieger

Um 16.00 Uhr endete der Bundeswettkampf. Gegen 17.30 Uhr waren die Mannschaften im offenen Karree angetreten. Nach einer Ansprache von Kanzleramtssekretär Rudolf Seiters (siehe Redetext) erfolgte unter großer Spannung die Siegerehrung. Zehn Mannschaften jubelten befreit auf, als der elfbeste Instandsetzungszug genannt wurde. Mit jeder weiteren Platzierung wurden die nichtgenannten Mannschaften unruhiger. Endlich – der dritte Platz: Illingen nahm den Pokal aus der Hand des Präsidenten der THW-Bundeshelfervereinigung, Johannes Gerster, entgegen. Ebenso der „Vizemeister“ Koblenz.

Bei der Nennung des Zweiten war der Jubel aufgrund mathematischer Kenntnisse natürlich auch bei der Mannschaft aus dem niedersächsischen Cloppenburg groß: Sie standen als Sieger fest. Kanzleramtsminister Rudolf Seiters, ehemaliger Landesvorsitzender der THW-Helfervereinigung Niedersachsen, überreichte mit besonderer Freude den Siegerpokal an Zugführer Bernd Thy. Auch THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Eckhardt Leiser gratulierte seiner Mannschaft voll Stolz. In die Schar der weiteren Gratulanten reihten sich auch der rheinland-pfälzische Innenminister, Walter Zuber, und der Dezernent für Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Mainz, Professor Kurr Dörr, ein.

Die spätere Auswertung des Wettkampfes zeigte die große Leistungsdichte der Mannschaften auf. Den Letzten trennten vom Ersten gerade mal 20 Punkte.

Allen Helfern, Führungskräften sowie hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an diesem alle zwei Jahre stattfindenden THW-Bundeswettkampf mitwirkten, ist für ihr Engagement und ihre Einsatzbereitschaft zu danken. Es gelang ihnen, die Veranstaltung zu einem großen Erfolg für das THW werden zu lassen.

Konsequenzen aus dem Reaktorunglück in Tschernobyl

Maßnahmen in den vergangenen fünf Jahren

Die internationale Risikogemeinschaft erfordert bei der Kernenergienutzung die Entwicklung einer internationalen Sicherheits- und Verantwortungspartnerschaft. Dies ist vorrangiges Ziel der Bundesregierung.

Völlig unabhängig vom Auf und Ab des öffentlichen Interesses ist sich die Bundesregierung bewußt, daß die stetige und nachdrückliche Verbesserung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen, national und insbesondere auch international, eine Daueraufgabe ist.

Die Bundesregierung stellt sich dieser Aufgabe. Sie sieht die Folgenbewältigung des Reaktorunfalls von Tschernobyl in der UdSSR bei weitem noch nicht als gelöst an. Für die Bundesregierung ist die Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit weltweit und insbesondere in den Staaten Ost- und Mitteleuropas vorrangiges Ziel. Der internationalen Risikogemeinschaft, die durch Tschernobyl offenkundig geworden ist, muß mit einer Sicherheits- und Verantwortungspartnerschaft begegnet werden. Ich setze mich mit Nachdruck dafür ein, daß bisherige gute Entwicklungen zügig fortgeführt werden.

Es gibt drei Handlungsebenen:

1. Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland.
2. Hilfe für die Sowjetunion.
3. Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit und der Strahlenschutzvorsorge im internationalen Bereich.



Prof. Dr. Klaus Töpfer, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

1. Zu den Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland

Die tschernobylbedingte Strahlenbelastung in der Bundesrepublik Deutschland ist in den Berichten der Bundesregierung umfassend dargestellt. Die Bundesregierung hat die Bevölkerung stets umfassend über die Strahlenbelastung informiert. Auch in extremen Fällen, wie in höher belasteten Gebieten südlich der Donau, ist die gesamte Strahlenbelastung durch den Unfall über alle Jahre geringer als 4 mSv (Milli-Sievert). Dies entspricht der zweifachen Jahresdosis durch die natürliche Strahlenbelastung (durchschnittlich

in der Bundesrepublik Deutschland 2 mSv = 200 mrem). Im Bundesdurchschnitt ist die tschernobylbedingte Strahlenbelastung erheblich geringer. Für das Einzeljahr ergeben sich einige Prozente der Jahresdosis durch die natürliche Strahlenbelastung, zum Beispiel in 1987 1,5 % von 2 mSv. Die nach Tschernobyl aufgrund von Empfehlungen der Strahlenschutzkommission getroffenen Maßnahmen und Empfehlungen haben hier einen wirksamen Beitrag geleistet.

Das mit dem Strahlenschutzvorsorgegesetz von 1986 sehr frühzeitig geschaffene rechtliche Instrumentarium ist zügig genutzt worden.

Auf seiner Grundlage ist das integrierte Meß- und Informationssystem für die Überwachung der Umweltradioaktivität (IMIS) aufgebaut worden. Das IMIS besteht aus Bundesmeßnetzen zur Überwachung der großräumigen Umweltradioaktivität, insbesondere der Ortsdosisleistung, und der Radioaktivitätskonzentration der Luft sowie in Bundeswasserstraßen und Nord- und Ostsee. Zusätzlich werden in etwa 40 amtlichen Landesmeßstellen die Radioaktivitätskonzentration in Lebens- und Futtermitteln sowie in einzelnen Umweltmedien durch Probenahme überwacht. Die Daten des IMIS werden auch den Ländern unmittelbar zugeleitet. Bereits in der Aufbauphase war es Grundlage für eine ständige Berichterstattung des Bundesamtes für Strahlenschutz auch an die Öffentlichkeit. Diese Berichte erfolgten zunächst monatlich und jetzt, nach weitgehender Normalisierung der Kontaminations-

werte bei Nahrungs- und Futtermitteln, nur noch jährlich. Während der Golf-Krise war das System in Alarmbereitschaft.

Der Ausbau des IMIS ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Es geht insbesondere um die Integration der neuen Bundesländer in das System. Der jetzt erreichte Status gewährleistet im Ereignisfall die erforderliche Handlungsfähigkeit.

● Die Europäische Gemeinschaft hat Ende 1987 zwei Verordnungen zur Begrenzung der radioaktiven Kontamination von Lebens- und Futtermitteln erlassen, die in den Mitgliedstaaten als unmittelbar anwendbares Recht gelten und damit die im Strahlenschutzvorsorgegesetz vorgesehenen Regelungen treffen:

– Die Post-Tschernobyl-Verordnung zur Begrenzung der Kontaminationen aufgrund des Reaktorunfalls in Tschernobyl bei eingeführten Nahrungsmitteln. Die Bundesregierung hatte einen vorübergehenden regelungslosen Zustand durch eine nationale Verordnung aufgrund des Strahlenschutzvorsorgegesetzes überbrückt.

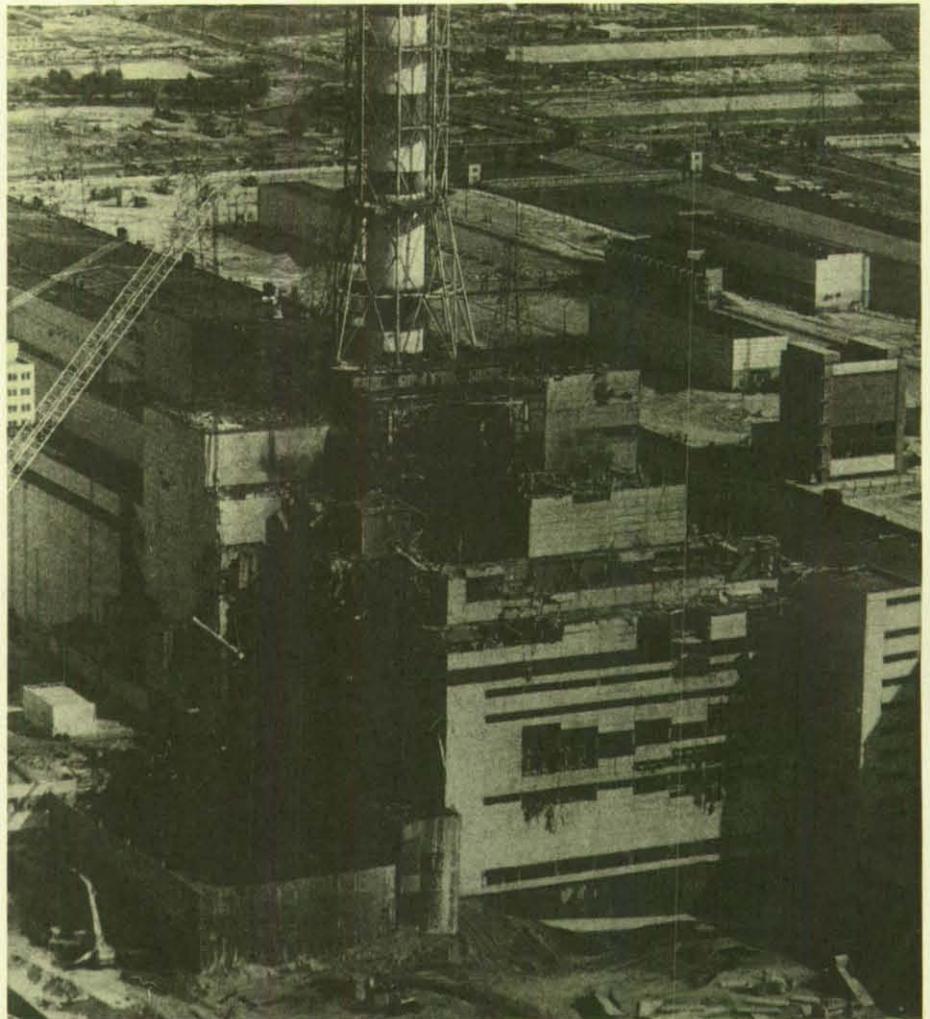
– Für die Zukunft gilt die EG-Ratsverordnung Nr. 3954/87. Die Kommission sieht vor, daß die Kommission im Ereignisfall zunächst die darin vorgesehenen Kontaminationshöchstwerte, das sind u. a. 1000 Bq/kg Cäsium bei Milch und Milchprodukten und 1250 Bq/kg Cäsium bei sonstigen Lebensmitteln, in Kraft setzt. Sie sind im Hinblick auf die konkrete radiologische Situation innerhalb von zwei Monaten anzupassen.

Für Schäden insbesondere bei Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte sind insgesamt 450 Millionen DM gezahlt worden. Davon hat der Bund 380 Millionen DM getragen.

Eine Sofortüberprüfung der Sicherheit aller unserer Kernkraftwerke aus Anlaß von Tschernobyl hat keine Mängel erbracht.

Dennoch habe ich die Reaktorsicherheitskommission (RSK) beauftragt, unsere Praxis der Sicherheitsgewährleistung aufgrund bisheriger Betriebserfahrungen und wissenschaftlich-technischer Fortschritte zu überprüfen und Empfehlungen für weitere Verbesserungen zu geben. Der RSK-Prüfbericht vom November 1988 empfiehlt Optimierungen im Detail und zwei zusätzliche neue Elemente zur Verstärkung der Vorsorge:

– Einführung des anlageninternen Notfallschutzes als weitere Sicher-



Das Reaktorunglück von Tschernobyl rückte die Frage nach der Sicherheit von Kernkraftwerken schlagartig in das Interesse der Weltöffentlichkeit. (Foto: dpa)

heitsreserve, zum Beispiel Vented Containment, Inertisierung des Sicherheitsbehälters;

– Periodische Sicherheitsüberprüfungen nach jeweils zehn Betriebsjahren zur Absicherung der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Vorsorge nach jeweils neuestem Stand.

Aufgrund der Empfehlungen der Reaktorsicherheitskommission sind konkrete Nachrüstmaßnahmen verwirklicht worden.

2. Zu den Hilfsmaßnahmen in der Sowjetunion

Das Ausmaß der Kontaminationen in der Sowjetunion und der hieraus resultierenden Strahlenexpositionen der Menschen wurde erstmals im Jahre 1989 veröffentlicht. Umfangreiche Messungen laufen und werden fortgeführt. Bei der Meßtechnik, insbesondere bei Ganzkörpermes-

sungen, werden wir Hilfe leisten. Hierzu wird die Bundesrepublik Deutschland insgesamt 14 Meßfahrzeuge – sieben für Ganzkörpermessungen und sieben für die Messung der direkten Umweltbelastung – zur Verfügung stellen. Hierfür sind im Bundeshaushalt 7,1 Millionen DM angesetzt.

Besonders gravierend und belastend für die betroffene Bevölkerung wirkte sich die Informationspolitik der zuständigen Stellen und Koordinierungsprobleme zwischen den Unionsrepubliken und der Zentralregierung in der UdSSR aus. Die zunächst verfügte Informationssperre hat eine Strahlenangst gesteigert, die ganz unabhängig von der tatsächlichen Strahlenexposition zu nicht unerheblichen gesundheitlichen Belastungen geführt hat. Diese Wirkungen müssen ebenso ernst genommen werden wie die Strahlenbelastung selbst.

Ich stelle fest:

● Die Belastung von Mensch und Umwelt in den betroffenen Regionen muß objektiv festgestellt wer-

den. Dies geschieht durch die gegenwärtige internationale Überprüfung im Rahmen der Internationalen Atomenergiebehörde. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an dem internationalen Meßprogramm maßgeblich beteiligt.

● Im Bereich der humanitären Hilfe für die Menschen in der Region leistet die Bundesregierung ebenfalls wichtige Beiträge:

- Medikamente und medizinische Hilfsgüter im Wert von etwa 220 Millionen DM,
- wissenschaftlicher Erfahrungsaustausch zur gesundheitlichen Bewältigung der Tschernobylprobleme,
- Beteiligung an Programmen der Weltgesundheitsorganisation zur Minderung der gesundheitlichen Folgen des Tschernobylunfalls (unter anderem internationales Zentrum für radiologische und medizinische Probleme in Weißrußland),
- Lieferung nicht kontaminierter Nahrungsmittel von insgesamt etwa 70000 t aus der von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Berlinreserve.

Ich begrüße ausdrücklich die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung für die Menschen in der Sowjetunion, die in Lebensmittelsendungen und Ferienprogrammen für Kinder zum Ausdruck kommt. Die Probleme müssen aber im wesentlichen vor Ort gelöst werden.

3. Zur Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit und der Strahlenschutzvorsorge im internationalen Bereich

Die Bundesregierung hat unmittelbar Initiativen ergriffen, Ursachen und Folgen des Tschernobyl-Unfalls international gemeinsam aufzuarbeiten und auch gemeinsam notwendige Konsequenzen zu ziehen. Erste Ergebnisse waren Konferenzen der Internationalen Atomenergie-Kommission im August und September 1986. Mit der IAEA-Sonderkonferenz im September 1986 wurde ein bis heute anhaltender Prozeß verstärkter internationaler Sicherheitszusammenarbeit in Gang gesetzt.

Die Sonderkonferenz hat zwei welt-

weit geltende Übereinkommen beschlossen:

- Das Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und
- das Übereinkommen der Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen.

Die Bundesregierung hat in bilateralen Regierungsabkommen insbesondere mit der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarn weitergehende Regelungen getroffen.

Die Internationale Atomenergie-Kommission hat grundlegende Sicherheitsprinzipien für Kernkraftwerke vorgelegt, die einen gemeinsamen Bezugsrahmen schaffen, wie Sicherheit von Kernkraftwerken praktisch zu gewährleisten ist. Die Sicherheitsanforderungen der Kommission (die sogenannte NUSS-Codes) sind - wie von uns vorgeschlagen - überarbeitet und 1988 veröffentlicht worden. Fast alle kernenergienutzenden Staaten sind der Aufforderung gefolgt, zu prüfen, ob ihre sicherheitstechnische Praxis heute diesen Anforderungen genügt.

Im kommenden September wird eine weitere auch von der Bundesrepublik initiierte internationale Konferenz stattfinden, bei der es um die Bilanz und um das weitere Programm bei der internationalen Zusammenarbeit für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz gehen wird.

Im Vordergrund wird dabei die Sicherheit älterer Kernkraftwerke stehen. Die IAEA führt gegenwärtig ein Programm für die Sicherheitsüberprüfung der ersten Generation von Druckwasserreaktoren sowjetischer Bauart durch.

Eine besondere Rolle ist der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Sicherheitsanalysen für die Kernkraftwerke sowjetischer Bauart in den fünf neuen Ländern zugefallen. Aufgrund erster Ergebnisse habe ich frühzeitig die Abschaltung der Blöcke 1 bis 4 in Greifswald veranlaßt. Inzwischen haben Sachverständige die erforderlichen sicherheitstechnischen Verbesserungen aufgezeigt. Die Versorgungswirtschaft hat den hiermit verbundenen Aufwand als so hoch eingestuft, daß eine weitere Verfolgung der Projekte wirtschaftlich nicht sinnvoll ist.

Von der Bauart der in der ehemaligen DDR geplanten oder betriebenen Kernkraftwerke sind heute in Osteuropa mehr als 40 Anlagen in Betrieb. Wir stellen unsere sicherheitsrelevanten Erkenntnisse den betroffenen Staaten zur Verfügung.

Der nächste Schritt muß jetzt sein: Von der Diagnose zur Therapie.

Ich trete daher für eine konzertierte Aktion der westlichen kernenergienutzenden Staaten ein. Die gemeinsame Erklärung von Frankreich, Großbritannien, Belgien und der Bundesrepublik Deutschland zur friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 25. März 1991 bekennt sich zur sicherheitstechnischen Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas. Es heißt dort:

„Wir werden alles daran setzen, die mittel- und osteuropäischen Länder dabei zu unterstützen, ihre kerntechnischen Anlagen auf ein Sicherheitsniveau zu bringen, das dem der Anlagen in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft vergleichbar ist. Dies kann durch ein gemeinsames Vorgehen der betreffenden Regierungen und internationalen Organisationen mit der Unterstützung aller Partner - Betreiber, Hersteller, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen - erfolgen.“

- Worauf es jetzt ankommt, ist
- Hilfe zu technischen Nachrüstmaßnahmen,
 - Hilfe durch Schulung bzw. Entsendung von Betriebspersonal,
 - notfalls auch Hilfe durch Stromsubstitution bei Stilllegung von Anlagen und bei Nachrüstphasen zu gewährleisten.

Ich habe auch die Frage der Langzeitsicherheit der „Sarkophags“ in Tschernobyl bei meinem Besuch in der Sowjetunion im Oktober 1990 angesprochen. Die Konferenz kürzlich in Paris hat bestätigt, daß auf Dauer weitere Maßnahmen für den gesicherten Einschluß des zerstörten Kernkraftwerks erforderlich sein werden. Die Bundesregierung ist auch hier zur Unterstützung bereit.

Nach drei Jahrzehnten Kernenergienutzung werden heute weit mehr als 400 Kernkraftwerke in der Welt betrieben. Ein einseitiger Ausstieg würde hieran nichts ändern. Die Bundesrepublik Deutschland würde jedoch ihre Einflußmöglichkeiten auf die Verbesserung des internationalen Sicherheitsniveaus verlieren. Gerade das entspricht nicht der Rolle, die wir begründet in den bei uns erreichten Sicherheitsstandards und der insgesamt gewachsenen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen können und müssen. Dies wäre ein nicht verantwortbarer Ausstieg aus einer globalen Verantwortung.

Lehren – Lernen – Begegnen

Seit 25 Jahren: Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg

„Landesschule für den Zivilschutzdienst“ und „Landesstelle für Katastrophenschutz“ sind Namen und Stationen in der 25jährigen Geschichte der heutigen Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg, deren Jubiläum Anfang Juli mit einem Festakt im Beisein des baden-württembergischen Innenministers Dietmar Schlee würdig begangen wurde. Zwei Tage später konnten bei einem „Tag der offenen Tür“ Hunderte von Besuchern „Katastrophenschutz live“ erleben.

Nicht weniger als 45000 Helfer und Führungskräfte im Katastrophenschutz aus allen Teilen des Landes und allen mitwirkenden Organisationen wurden im vergangenen Vierteljahrhundert durch die Schule ausgebildet. Nach jahrelanger dezentraler Unterbringung in verschiedenen Liegenschaften und Orten hat sie seit 1977 ihren Sitz in Neuhausen auf den Fildern, einer Gemeinde mit rund 11000 Einwohnern im Landkreis Esslingen.

„Wir sind, weil wir die unterschiedlichsten Risiken für die Sicherheit des Lebens unserer Bürger hinnehmen müssen, auf die erfolgreiche Arbeit dieser Ausbildungseinrichtung angewiesen“, machte Schlee deutlich. Die erfolgreiche Arbeit zeige, „daß wir durchaus etwas gegen Katastrophen tun können anstatt uns – wie leider häufig üblich – nur mit der Frage zu beschäftigen, wer die Schuld an ihnen trägt.“

Der Leiter der Abteilung Katastrophenschutz, Feuerwehrwesen und Zivile Verteidigung im Innenministerium Baden-Württemberg, Ministerial-

Baden-Württembergs Innenminister Schlee bei der Festansprache.



dirigent Nikolaus Gaa, konnte neben Innenminister Schlee zahlreiche Gäste aus dem Bereich des politischen und gesellschaftlichen Lebens, Repräsentanten der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen sowie Vertreter von Verbänden und Behörden zum Festakt begrüßen.

Minister Schlee zeichnete in seiner Ansprache den Weg der Katastrophenschutzschule von den Anfängen mit bescheidenen Unterrichtsmitteln in „Behausungen, die nicht nur scherzhaft als Baracken bezeichnet wurden“ bis zur heutigen anspruchsvollen und zeitgemäßen Ausbildungseinrichtung nach. Die Bedeutung der Schule charakterisierte er mit den Worten: „Sie ist ein unverzichtbares Glied in der langen

Kette der Hilfeleistungen für den Bürger in Not.“

Antwort auf die Risiken des Lebens

Bedeutung habe sie aber auch als Ort der Zusammenarbeit. Zum einen ist die Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg nach seinen Worten ein Musterbeispiel für die gute Zusammenarbeit des Bundes und des Landes im Bereich des Katastrophenschutzes. Zum anderen ist sie auch ein Ort der Zusammenarbeit aller, die im Katastrophenschutz mitwirken. Hier treffen die Helfer aus den Sanitätsorganisationen mit denen der Feuerwehren oder

Von rechts:
Min.-Dir. Gaa,
Schulleiter Kuhn,
Min.-Dir. Beyer,
MdB Müller,
Regierungs-
vizepräsident Dr. Rapp.



des Technischen Hilfswerkes zusammen und lernen so auch die Aufgabenstellungen anderer Organisationen kennen. Dieses integrierte Ausbildungskonzept und die dadurch erzielte Übereinstimmung unter den Helfern ist, so Schlee, im gemeinsamen Einsatz vor Ort außerordentlich wichtig.

Eine Besonderheit der öffentlichen Aufgabe, Bürgern in außergewöhnlichen Notlagen zu helfen, liege aber gerade darin, daß ein entscheidender Teil der Hilfe durch Bürger des Landes in freiwilliger und ehrenamtlicher Tätigkeit geleistet werde. „Wir akzeptieren ein Unglück, soweit wir nicht unmittelbar persönlich davon betroffen sind, weil wir wissen, daß

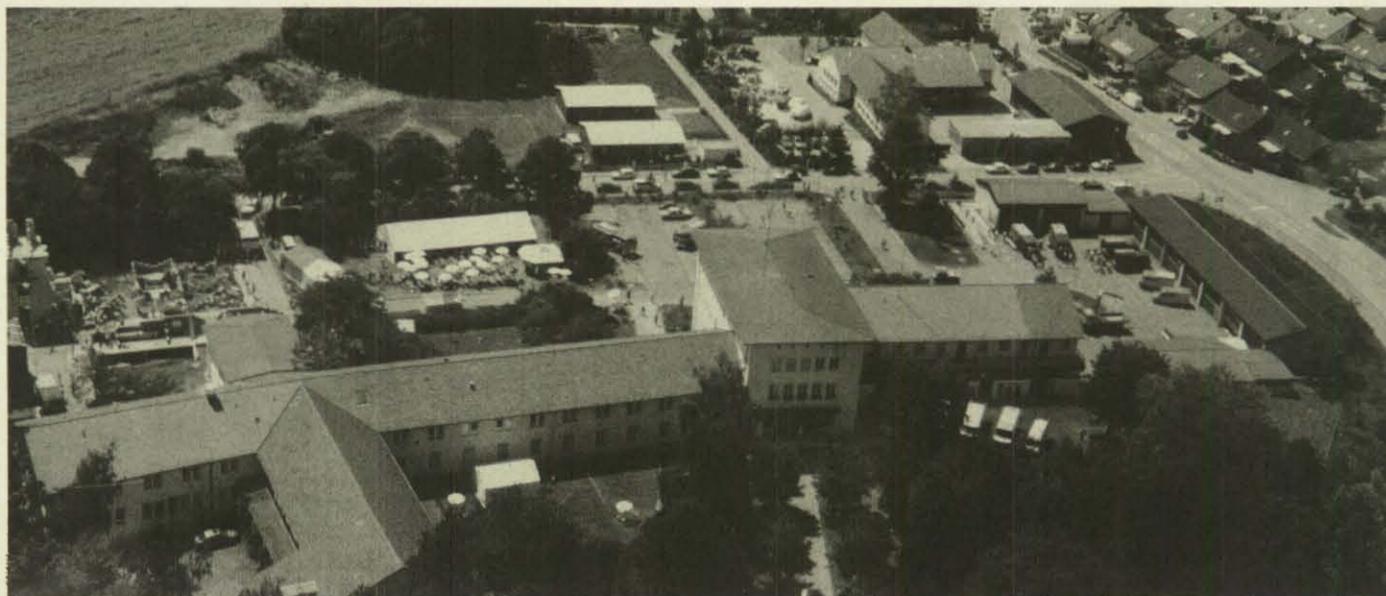
es ein risikofreies Leben nicht geben kann“, formulierte er, „aber von einer gewissen Dimension an verlangen wir Schutz und Abhilfe. Die Vorbereitung auf Schadensbekämpfung und Hilfeleistung durch die Ausbildung von Helfern gehört daher zu den unentbehrlichen Antworten, die die unvermeidlichen Risiken unseres Lebens verlangen.“

Motivation zum Helfen geweckt

Der Katastrophenschutz könne nur dann erfolgreich sein, wenn die Men-

schen, die ihn gewährleisten sollen, gut ausgebildet und gut motiviert seien. In Neuhausen werde nicht nur eine fachlich fundierte Ausbildung vermittelt, sondern auch die Bereitschaft zum Helfen geweckt, die Motivation gefördert. Schlee dankte allen, die sich im Katastrophenschutz einsetzen und zu seinem hohen Leistungsstandard beitragen, für ihr Engagement zugunsten der Allgemeinheit.

Er ließ nicht unerwähnt, daß das Land in die Ausstattung der Katastrophenschutzeinrichtungen außerhalb des sehr großen Bereichs der Feuerwehren allein in den letzten drei Jahren 7,5 Millionen Mark investiert habe. Baden-Württemberg



Die Katastrophenschutzschule präsentiert sich mit einem „Tag der offenen Tür“.

werde das große Engagement der Ausbilder und Helfer auch in Zukunft finanziell unterstützen, um alle Anstrengungen zu unternehmen, den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden und um „der Vorsorge für die Hilfeleistung den angemessenen Platz im Wettbewerb der öffentlichen Aufgabe zu sichern.“

An die Adresse des Bundes richtete Schlee den Appell, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen, damit Entscheidungen so ortsnah wie möglich getroffen werden könnten. Seiner Auffassung nach müßten die anstehenden Aufgaben möglichst praxisgerecht und unbürokratisch erledigt werden.

„Eine Vielzahl neuer Entwicklungen verlangt neue Gestaltungen für die Sicherheit des Bürgers. Wir alle sind aufgerufen, unser anerkanntes und wirksames Hilfeleistungssystem in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur den neuen politischen Bedingungen in Europa, sondern auch den durch die ständig wachsenden Risiken gesetzten Anforderungen anzupassen. Ich wünsche uns allen dabei die Fähigkeit, gemeinsame Lösungen zu finden, und den Mut, rechtzeitig und sinnvoll zu entscheiden“, schloß der Innenminister.

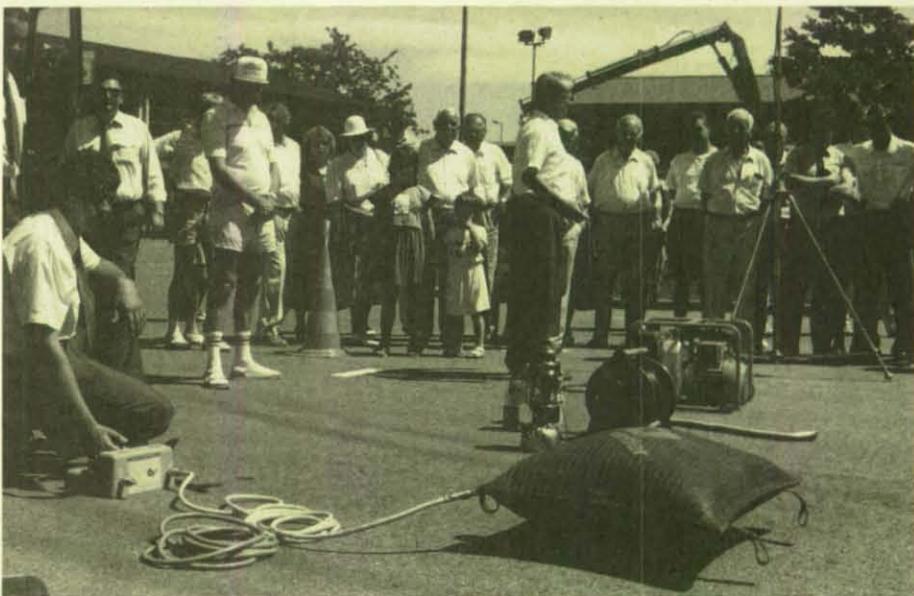
Engagement unverzichtbar

Der Leiter der Abteilung Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge und Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, hob in seinem Grußwort hervor, daß es nicht nur gelte, Techniken zu vermitteln, sondern auch den Geist, in dem die wichtige humanitäre Aufgabe des Bevölkerungsschutzes in dieser Zeit zu sehen ist. „Für unser Hilfeleistungssystem ist das Engagement der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer unverzichtbar, die selbstlos für den Schutz und die Sicherheit ihrer Mitmenschen eintreten und denen wir zu großem Dank verpflichtet sind. Der Staat kann und soll nicht die Fülle möglicher Aufgaben überall mit gleicher Intensität bewältigen“, betonte er: „Wo gesellschaftstragende Kräfte zur Mitwirkung bereitstehen, soll und will er sich ihrer Hilfe bedienen.“

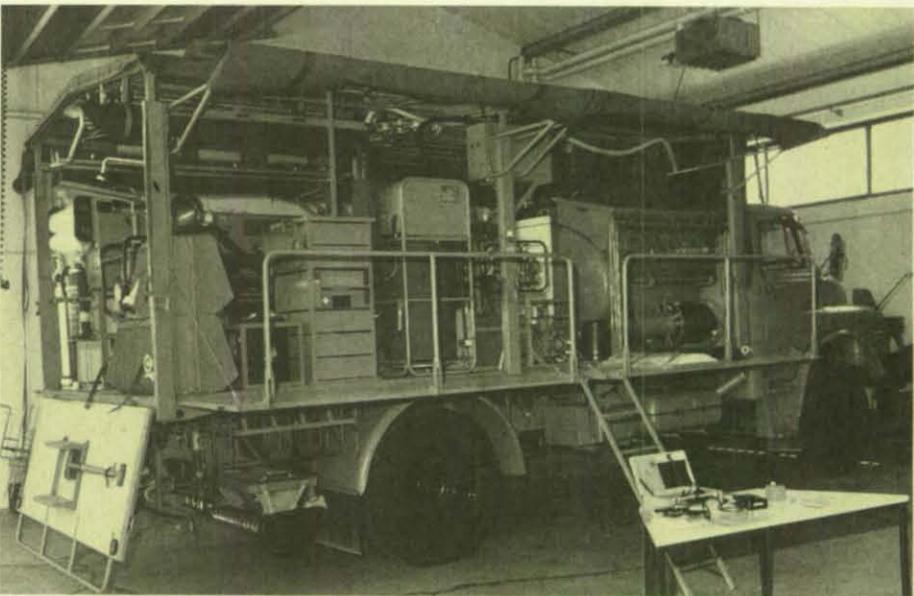
Um die äußeren Voraussetzungen für die Aus- und Fortbildung auf Landesebene zu verbessern und den



Dicht umlagert: Der Hubschrauber der Deutschen Rettungswacht.



Schulleiter Kuhn erläutert die Ausstattung des Bergungsdienstes.



Das Dekontaminations-Mehrzweckfahrzeug des ABC-Dienstes.

Anforderungen anzupassen, denen sich heute der Bevölkerungsschutz angesichts der vielfältigen Gefahren unserer Industriegesellschaft gegenüber sieht, habe das Bundesministerium des Innern ein umfassendes Modernisierungsprogramm für die vom Bund finanzierten Landesschulen aufgelegt.

Auch stelle der Aufbau des Bevölkerungsschutzes in den fünf neuen Bundesländern große Anforderungen an alle. In einem Fünfjahresprogramm sollen dort insgesamt 960 Einheiten aufgestellt werden. Die ersten Schritte im Ausbildungsbereich seien bereits getan. Anfang nächsten Jahres könne, so Beyer, die Ausbildung auf Landesebene für die Helfer im Bevölkerungsschutz der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sowie zunächst auch aus Sachsen und Thüringen in der ehemaligen Fachschule der Feuerwehr in Heyrothsberge anlaufen.

Angesichts der großen Herausforderungen auf nationaler und internationaler Ebene erhofft sich der Ministerialdirigent, daß von der Katastrophenschutzschule in Neuhausen „auch künftig wesentliche Anstöße für die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes ausgehen werden.“

Ausbildung hat sich gewandelt

Mit Jahresbeginn 1966 wurde die „Landesschule für den Zivilschutz-

dienst in Baden-Württemberg“ mit Dienstsitz in Stuttgart-Bad Cannstatt ins Leben gerufen. Die Schulung der Helfer konnte damals nur dezentral an insgesamt sechs verschiedenen Liegenschaften im Land durchgeführt werden. Eine erste Konzentration erfolgte Ende 1968 mit der Verlagerung der Ausbildung nach Ruit, einem heutigen Stadtteil von Ostfildern. Den entscheidenden Durchbruch bedeutete aber die Anmietung und der spätere Erwerb durch den Bund des ehemaligen Novizenheims der Jesuiten in Neuhausen, das im Mai 1977 vom damaligen Landesinnenminister Karl Schiess als zentrale Ausbildungsstätte für den Katastrophenschutz in Baden-Württemberg seiner neuen Bestimmung übergeben werden konnte.

Umfangreiche Sanierungs- und Neubaumaßnahmen wurden 1982 begonnen. Sie konnten Mitte 1988 abgeschlossen werden, so daß sich die Katastrophenschutzschule mit einem modernen „Gesicht“ präsentierte: eingerichtet nach den neuesten Erkenntnissen und zweckdienlich ausgestattet. Von September 1989 bis Januar 1991 waren vorübergehend zwischen 60 und 180 Aus- und Übersiedler in Teilbereichen des Hauses untergebracht. „In dieser Zeit war der Schulbetrieb nur in beschränktem Umfang möglich“, erläuterte Schulleiter Hans-Jürgen Kuhn. Im Februar diesen Jahres konnte aber der Lehrgangsbetrieb wieder in vollem Umfang aufgenommen werden.

Weil bestimmte Gefahren nicht an den Grenzen haltmachen, so der Schulleiter, müsse der Katastro-

phenschutz in einer neuen Dimension gesehen werden. Die Ausbildung selbst habe sich im Laufe der Zeit gewandelt. Es seien neue Aufgaben für den Katastrophenschutz im technischen Einsatzbereich hinzugekommen. Die Tätigkeit an der Schule überschreibt er mit dem Motto: „Lehren-Lernen-Begegnen“. Ausbildung unterliege einem fließenden Prozeß, dem man auch im Lehrbereich dynamisch begegnen müsse. Er versicherte, man werde auch in Zukunft alles tun, um den kommenden Herausforderungen gerecht zu werden. Die Aufgaben des Katastrophenschutzes ließen sich aber nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Hilfsorganisationen erfüllen, meinte Kuhn.

Das Angebot der Schule

Das Lehrgangsangebot der Schule sieht jährlich rund 120 Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für folgende Zielgruppen vor:

- Mitglieder von Katastrophenschutzstäben sowie Führungspersonal von Einsatzleitungen,
- Führer und Unterführer von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes,
- Helfer und Unterführer mit besonderen Funktionen wie Atemschutzgeräteträger, Sprenghelfer, Feldköche und Maschinisten sowie:
- Seminare und Sonderveranstaltungen, wie beispielsweise für Leitende Notärzte, Veterinäre etc.

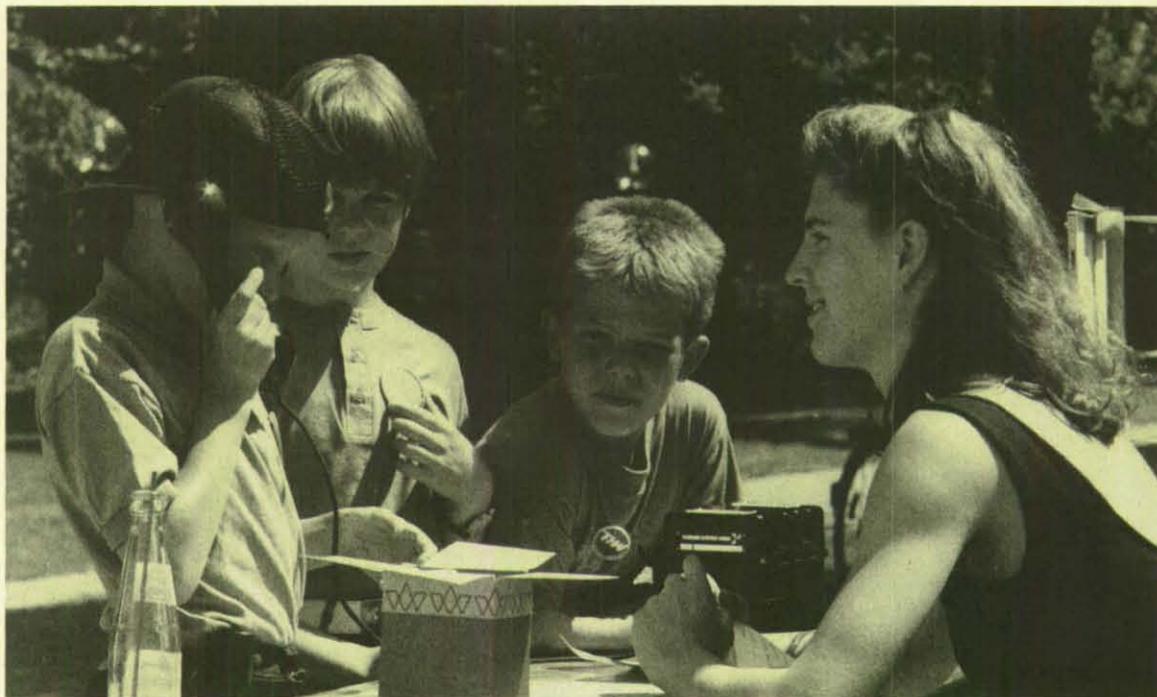
Im Laufe eines Jahres werden dabei durchschnittlich 2000 Helfer in ein- oder zweiwöchigen Lehrgängen geschult. Zur Zeit sind 30 Bedienstete im Ausbildungs- und Verwaltungsbereich tätig. Es können an der Katastrophenschutzschule etwa 80 Lehrgangsteilnehmer in zeitgemäß ausgestatteten Ein- und Zwei-Bett-Zimmern untergebracht werden.

Insgesamt fünf Unterrichtsräume mit neuester Medientechnik und ein Planspielraum stehen zur Verfügung. Sonderveranstaltungen und Schulungen des Führungspersonals im Katastrophenschutz werden in besonderen Taktikhörsälen durchgeführt. Der Einsatz der Lehrkräfte erfolgt fachdienstübergreifend in den Bereichen ABC-Dienst, Atemschutz, Bergungsdienst, Betreuungsdienst, Fernmeldedienst, Führungsdienst,



An die Rettungshunde werden hohe Anforderungen gestellt.

Der Kinderparcours macht den Jüngsten sichtlich Spaß.
(Fotos: KSL [3], Holz)



Krafftahwesen, Sanitätsdienst und Versorgungsdienst.

Gefahrenabwehr in Theorie und Praxis

Atemschutz-Geräteträger werden an einer modern gestalteten Atemschutzübungsanlage für ihre Aufgaben qualifiziert. Gewöhnungsübungen erfolgen dabei an besonderen Einrichtungen wie Schlaghammer, Endlosleiter, Laufband und Fahrradergometer. Anhand von Industrie- und Tankübungsanlagen sowie einer Lauf- und Kriechstrecke, die vernebelt und beheizt werden kann, werden die Lehrgangsteilnehmer praxisnah geschult. Mit Infrarotkameras und einer Videoanlage kann die Übungstätigkeit ausgewertet werden, die aus einer Leitstelle geräte- und sicherheitstechnisch zentral überwacht und gesteuert wird.

Bei der praktischen Ausbildung im Fernmeldedienst besteht die Möglichkeit, eine im Lehrsaalbereich eingebaute Funk- und Fernsprechübungsanlage mit Fernmeldezentrale einzusetzen. Die besondere Ausgestaltung der Trümmerstrecke berücksichtigt das gesamte Spektrum möglicher Gebäudeschäden sowie möglicher Schäden an Versorgungsleitungen. Der technische Bereich mit Fahrzeughalle, Werkstatt, Wasch- und Übungshalle ergänzt die Ausbildungsmöglichkeiten. Die Schule verfügt derzeit über

eine Grundausrüstung von 20 Fahrzeugen der verschiedenen Fachdienste.

Darüber hinaus ist Schulleiter Kuhn aber auch der Meinung, daß man zu bestimmten Ausbildungsgängen vor Ort gehen müsse. So wird beispielsweise die Stabsausbildung an Ort und Stelle unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und zugeschnitten auf Ereignisse, die dort stattgefunden haben oder stattfinden könnten, durchgeführt. „Wir werden beispielsweise demnächst im Zollern-Alb-Kreis das Erdbeben noch einmal aufbereiten, das sich dort vor einigen Jahren ereignete. In anderen Bereichen sind dies kern-technische Unfälle, Hochwasser oder dergleichen“, erklärt er. Bezogen auf den jeweiligen Einzelfall wird das Programm gestaltet, dem grundsätzlich ein theoretischer Teil vorangestellt ist, bevor es in die Praxis geht.

Katastrophenschutz live erleben

Zwei Tage später stand die Katastrophenschutzschule erneut im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Das 25jährige Bestehen war Anlaß für sie, die Bevölkerung einen weitreichenden Blick hinter die Kulissen werfen zu lassen. Dazu fand auf dem Gelände der Schule ein „Tag der offenen Tür“ statt, den bei strahlen-

dem Wetter Hunderte von Besuchern zur Information nutzten.

Neben Führungen durch den Ausbildungsbereich wurde dem Publikum eine Fahrzeug- und Geräteschau der verschiedenen Fachdienste zu den Schwerpunktthemen Brandschutz-, Bergungs-, Instandsetzungs- und Fernmeldedienst sowie Atemschutz/ABC-Dienst, Versorgungs- und Betreuungsdienst geboten. Die Polizei und der Bundesverband für den Selbstschutz waren mit Informationsständen vertreten.

Auf großes Interesse stießen die vielfältigen Vorführungen, beispielsweise das Ablöschen in Brand geratener Bekleidung, das Löschen von Kleinbränden oder das Aufspüren verschütteter Personen durch Rettungshunde. Präsentiert wurde auch die Herz-Lungen-Wiederbelebung, Bergung und Rettung aus Höhen sowie die Trinkwasseraufbereitung. Für die Jüngsten hatte man sich ein anspruchsvolles Kinderprogramm ausgedacht, bei dem verschiedene Stationen eines Parcours durchlaufen werden mußten. Eine der Hauptattraktionen war der Rettungshubschrauber der Deutschen Rettungsflugwacht, dessen Pilot Thomas Kirchner sich des Andrangs kaum erwehren konnte.

Es war an diesem Tag deutlich zu spüren, daß die Worte des Neuhauser Bürgermeisters Werner Präg zutreffend sind: „Das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Katastrophenschutzschule ist hervorragend. Beide sind für einander da.“ - hz

„Ab nach Kassel“

Nordhessische Metropole fünf Tage im Zeichen der Feuerwehr

Spannung kommt in der Zuschauerrunde auf, wenn der Personenkraftwagen - am großen Feuerwehrkran in luftiger Höhe schwebend - ausgeklinkt wird: Ein dumpfer Aufschlag, berstendes Metall und splitterndes Glas beenden den nur Sekundenbruchteile dauernden freien Fall. Einen Augenblick bleibt das Fahrzeug auf seiner Frontseite stehen, dann fällt es langsam und völlig demoliert auf seine Räder zurück. Schon sind Martinshörner zu hören, die Feuerwehr erscheint am Ort des Geschehens, um „eingeklemmte Personen“ aus dem Autowrack zu befreien.

Einsatzübungen wie diese Demonstration eines Frontalaufpralls bei rund 60 Stundenkilometern mit anschließendem Rettungseinsatz waren nur ein Teil des großangelegten Programms, das sich den Besuchern rund um das Jubiläum „100 Jahre Berufsfeuerwehr Kassel“ bot. Fünf Tage lang drehte sich Mitte Mai auf dem Kasseler Messegelände an der Fulda alles um die Feuerwehr. Ob Vorführungen, Ausstellungen, Oldtimer-Show oder das Kinder- und Jugendprogramm - es war für jeden etwas dabei.

„Persönlicher Einsatz im Mittelpunkt“

„Ich hoffe, daß das Jubiläum zu einem Fest für die ganze Stadt wird“, betonte Oberbürgermeister Wolfram Bremeier anlässlich der Eröffnungsfeier. Er sprach seine Hochachtung vor der Arbeit der Feuerwehrleute aus, deren persönlicher Einsatz trotz fortschreitender technischer Entwicklung stets im Mittelpunkt stehe. Die offizielle Eröffnung der Jubiläumsveranstaltungen übernahm der

hessische Innenminister Dr. Herbert Günther. Zu den Leistungen der Kasseler Feuerwehr, zu der neben der Berufsfeuerwehr sieben Löschgruppen der Freiwilligen Feuerwehr gehören, stellte er fest: „Sie haben im vergangenen Jahr 752 Brände gelöscht und bei fast 2400 Notarzt- und Rettungseinsätzen den Menschen dieser Stadt geholfen. Das ist in Ihrem Jubiläumsjahr eine Bilanz,

die Sie mit Stolz und Selbstbewußtsein vorweisen können.“

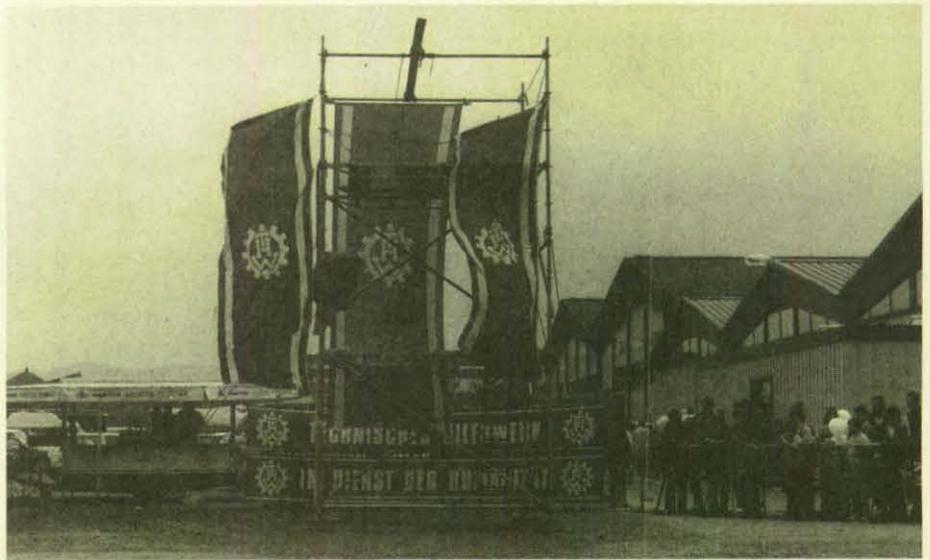
Beim Festkommers am Abend nutzte Kassels ehemaliger Bürgermeister und jetziger hessischer Ministerpräsident, Hans Eichel, die Gelegenheit, in seiner Heimatstadt die Berufsfeuerwehr und stellvertretend deren Leiter, Branddirektor Franz Disse, zum Jubiläum zu beglückwünschen.

Noch hängt er am Haken: Der Pkw vor dem freien Fall. Die unten stehenden abgedeckten Fahrzeuge haben den „Absturz“ schon hinter sich.



In die Riege der Gratulanten reihte sich auch der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, ein. Er wünschte den Verantwortlichen, daß die Parole „Ab nach Kassel“ in den kommenden fünf Tagen für alle an der Feuerwehr Interessierten in nah und fern ganz besondere Bedeutung haben möge.

In seiner Festrede ging der Leiter der Berufsfeuerwehr Hamburg, Manfred Gebhardt, auf die Anforderungen und Aufgaben einer modernen Feuerwehr ein. Trotz der chronischen Finanzknappheit der Städte und Kommunen müsse eine optimale personelle und technische Ausstattung der Feuerwehr sichergestellt werden, betonte der Oberbranddirektor.



Auch das Technische Hilfswerk zeigt beim Feuerwehrjubiläum Flagge.

BVS-Medaille als Dank

Eine besondere Auszeichnung wurde Branddirektor Disse zuteil: Er erhielt aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Werner Hachen die BVS-Medaille für gute Zusammenarbeit. Hachen würdigte damit das Engagement von Franz Disse für den Brand- und Katastrophenschutz, insbesondere die knapp 20jährige gute Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Kassel.

Neben der vielfältigen Unterstützung des BVS bei Selbstschutzwochen ist es nicht zuletzt Branddirektor Disse zu verdanken, daß in Kassel sechs Selbstschutzberater ausgebildet werden konnten. Darüber hinaus arbeitet die Feuerwehr Kassel eng mit dem BVS bei der Ausbildung der ABC-Züge der Stadt zusammen.



Der Oldtimer-Löschzug, bestehend aus einst in Kassel gebauten Henschel-Fahrzeugen, ist ein Glanzstück der Fahrzeugausstellung.

Publikumswirksame Vorführungen

War der Besucherandrang am Eröffnungstag noch eher schwach, konnten sich die Veranstalter an den folgenden Tagen über Besuchermangel nicht beklagen. Größter Zuschauermagnet war dabei eindeutig das Freigelände, auf dem im Stundentakt diverse Vorführungen stattfanden. Neben dem eingangs geschilderten Rettungseinsatz nach einem Autounfall konnten hier realitätsnah dargestellte Einsätze der Feuerwehr aus nächster Nähe verfolgt werden. Mit aufschlußreichen



Wettkämpfe für Schulklassen gehören auch zum Kinder- und Jugendprogramm.



Die Mini-Löschfahrzeuge lassen die Herzen der Kinder höher schlagen.



Am THW-Stand wird Holzbearbeitung demonstriert.

Einblicken in den Ablauf eines Löschangriffs oder einer Rettungsaktion gewann der Zuschauer dabei wichtige Erkenntnisse zum Verhalten in Notfällen.

Da wurde die Wirkung einer Fettexplosion und ihre Verhinderung ebenso demonstriert wie die korrekte Alarmierung der Feuerwehr oder das richtige Verhalten im Brandfall. Demonstrationen des Technischen Hilfswerks, der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes ergänzten die Vorfürhungen der Feuerwehr. Stets half eine fachlich einwandfreie Kommentierung dem Zuschauer, das nicht immer leicht durchschaubare Geschehen zu verstehen.

Fahrzeugtechnik immer interessant

Mit Kran- und Räumfahrzeugen wies die Bundeswehr in der benachbarten Fahrzeugausstellung auf ihre Möglichkeiten hin, im Katastrophenfall helfend tätig zu werden. Funk- und Sanitätsfahrzeuge sowie Fahrzeuge zum Brückenbau und zur Schadstoffmessung ergänzten das Bild von der Vielfalt des Hilfeleistungspotentials. In ähnlicher Form präsentierte sich der Bundesgrenzschutz.

Auf reges Interesse stieß auch die Oldtimerausstellung, die aus einigen Dutzend Fahrzeugveteranen bestand. Im Mittelpunkt dabei: Die Fahrzeuge aus den 50er und 60er Jahren wie der Henschel-Löschzug oder die Fahrzeuge auf Krupp-Fahrgestell. Ob Löschfahrzeug, Drehleiter oder Kranwagen – die liebevoll restaurierten Oldtimer versetzten die jungen Besucher in Staunen, während die älteren bei der Betrachtung eines Opel-Blitz, eines Hanomag

oder eines Borgwards gelegentlich in Erinnerungen versanken.

Eine Fahrzeugausstellung besonderer Art präsentierte sich in einem anderen Teil des Freigeländes, wo eine „Kinderfeuerwehr“ auf großes Echo bei den kleinen Besuchern stieß. Hier hatten sie Gelegenheit, einmal selbst in auf Kindergröße zugeschnittenen Fahrzeugen eine „Einsatzfahrt“ und einen „Löschangriff“ zu erleben. Ein Schwerpunkt beim Kinder- und Jugendprogramm



Welches Kind würde hier nicht gerne Platz nehmen?

In der Fachausstellung wird auch Schutzkleidung für Einsatzkräfte vorgestellt. (Fotos: Claes)



lag in der Brandschutzerziehung, vermittelt beispielsweise per Kasperletheater für die Kleinen oder Quiz für die Größeren.

Breitgefächerter Überblick

Das Unterhaltungsangebot für Kinder und Jugendliche bescherte manchen Eltern die Muse für einen Besuch der ideellen Ausstellung. Beim Rundgang boten sich ihnen Einblicke in die unterschiedlichsten Bereiche. So präsentierte sich die Landesfeuerwehrschule Hessen ebenso wie die Jugendfeuerwehr, informierten Polizei, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz über ihre Tätigkeit.

Auch die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen waren hier vertreten: An ihren Ständen boten Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst einen breitgefächerten Überblick über die Palette ihres Wirkens. Unübersehbar in der Hallenmitte der Stand und die Fahrzeuge des Technischen Hilfswerks, wo der Besucher unter anderem THW-Jugendlichen bei der Herstellung von Spielplatzgeräten zusehen konnte.

Hunderte von Einsatzfahrzeugen – wenn auch in verkleinerter Form –

gab es schließlich an den Ständen mehrerer Modellbauvereine zu bewundern. Bis ins Detail stimmende Dioramen ließen fast vergessen, vor einer Modellwelt zu stehen. Hier waren es besonders die Kinder, die sich an den Scheiben vor den mit zuckenden Blaulichtern umgebenen „Brandobjekten“ und „Unfallstellen“ die Nasen plattdrückten.

Kommerzielle Ausstellung

Ein Kernstück der Veranstaltungsreihe zum Feuerwehrjubiläum war eine überregionale Fachausstellung für Brandschutz, Rettungswesen, Katastrophenschutz und Umweltschutz. Unter dem Titel „Schützende Technik und Feuerwehr“ stellten 83 Aussteller auf 7000 Quadratmetern Ausstellungsfläche ihre Produkte aus. Neben Facheinkäufern und -besuchern konnte sich hier auch das Publikum über technische Neuheiten und Weiterentwicklungen von Systemen, Fahrzeugen, Geräten und persönlicher Ausrüstung informieren.

Ob Einsatzbekleidung für die Feuerwehr, Meldeanlagen oder Schläuche, Beleuchtungsgerät oder Krankenfahrzeuge, Sirenen oder Funkgeräte, Rettungsgeräte oder Notfallkoffer – ein Teil dessen, was „Schützende Technik und Feuerwehr“ beinhaltet, war in Kassel dabei. Mehrere alte Feuerwehrspritzen und andere Exponate aus den Beständen des

Deutschen Feuerwehrmuseums in Fulda sollten zur Abrundung der kommerziellen Ausstellung beitragen.

130 Gruppen im Festzug

Blaue Uniformen und rote Autos bestimmten am letzten Tag der Jubiläumsfeier das Stadtbild: Imposanter Schlußpunkt der Veranstaltungsreihe war der Festzug durch die Kasseler Innenstadt. Tausende Zuschauer säumten die Straßen, als die 130 Festzugsgruppen – mit Oberbürgermeister Bremeier und Feuerwehrchef Disse an der Spitze – unter dem Motto „Feuerwehr einst und heute“ die technische Entwicklung der Feuerwehr demonstrierten. Mit dabei Delegationen fast aller Feuerwehren Nordhessens, aber auch Gruppen aus den benachbarten Bundesländern.

Mit der Auflösung des Festzuges kam nach fünf langen, von Aktivitäten bestimmten Tagen schließlich das Ende der Jubiläumsfeier. Was bleibt, ist die Erinnerung an ein ungewöhnliches Feuerwehrjubiläum, mit dem die Besucher zufrieden sein konnten. Ein Jubiläum, dessen Vorbereitung und Durchführung sicher großer Anstrengung bedurfte, die sich letztlich aber als Sympathiewerbung für die Gemeinschaftsaufgabe Feuerwehr ausgezahlt haben dürften.

- cl -

Wertvolle Erkenntnisse für die Zukunft

Rund 425 Helfer im Einsatz – Unterschiedliche Schadenslagen an vier Einsatzstellen

Eine großangelegte Katastrophenschutzübung des Landkreises Darmstadt-Dieburg mit unterschiedlichen Schadenslagen an vier Einsatzstellen hatte zum Ziel, die Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutzführungsorganisation (Stab HVB, TEL) sowie der Fernmeldezentrale HVB und den Ausbildungsstand der Katastrophenschutzeinheiten des Landkreises zu überprüfen.

Nach der Übungslage waren Helfer des Katastrophenschutzes bereits seit Mitternacht im Einsatz, um Sturmschäden zu beseitigen. Bei der Zentralen Leitstelle Dieburg liefen fortlaufend Meldungen über weitere Sturmschäden im Landkreis ein. Um 7.37 Uhr zeigte die Brandmeldeanlage einer Firma in Münster in der Leitstelle ein Feuer an. Die ausgerückte Feuerwehr Münster meldete einen sich schnell ausbreitenden Brand in einer Lagerhalle und forderte Unterstützung an. Gemäß Alarmplan alarmierte die Leitstelle die Hauptstützpunktfeuerwehr Dieburg und beorderte sie zur Schadensstelle.

Um 8.14 Uhr meldete die Bahnaufsicht Groß-Bieberau im Bahnhofsbereich ein Zugunglück. Die Leitstelle alarmierte die Feuerwehren Groß-Bieberau und Reinheim sowie die Technische Einsatzleitung Darmstadt-Dieburg. Die Meldung der Feuerwehr vom Einsatzort ließ erkennen, daß es sich bei dem Eisenbahnunglück um ein großes Schadensereignis mit zahlreichen Verletzten handelt. Aufgrund der angespannten Schadenslage im Landkreis löste der Landrat um 8.32 Uhr Katastrophenalarm aus. Nach kurzer Zeit war die Katastrophenschutzleitung in der



Feuerwehrmänner bekämpfen den „Lagerhausbrand“ in Münster.



Die Schadensstelle in Groß-Bieberau.



In einem großen Wohnwagen ist die Technische Einsatzleitung in Groß-Bieberau untergebracht.

Zentralen Leitstelle einsatzbereit und nahm ihre Arbeit auf.

Eine Übungsleitung befand sich im benachbarten Hauptstützpunkt der Feuerwehr Dieburg. Sie gab fortlaufend verschiedene Schadenslagen durch, auf die der Stab HVB zu reagieren hatte.

Alarm für die KatS-Einheiten

Unmittelbar nach der Feststellung des Katastrophenfalles wurden Ein-

heiten des Brandschutzes-, Sanitäts-, Bergungs- und ABC-Dienstes alarmiert. Die einzelnen Züge meldeten ihre Einsatzbereitschaft beim Stab und wurden den verschiedenen Schadensgebieten zugeordnet.

Um 9.15 Uhr erhielt die Leitfunkstelle Hessen-Süd die Notrufmeldung, daß eine Pappel auf die Gasstation einer Firma gefallen war und Gas ausströmt. Bereits bei der Anfahrt meldete die Leitfunkstelle der alarmierten Feuerwehr Alsbach, daß sich inzwischen eine Explosion auf dem Firmengelände ereignet hat. Aufgrund der umfangreichen Schadenslage forderte die Einsatzleitung

in Alsbach Katastrophenschutz-einheiten zur Unterstützung an.

„Brand in einem Hochregallager in Weiterstadt“, meldete die Leitfunkstelle Hessen-Süd um 14 Uhr der Katastrophenschutzleitung in Dieburg. Der Stab HVB beorderte zur Unterstützung der Feuerwehr Weiterstadt einen weiteren Löschzug an den Brandort.

Verbesserungen notwendig

Insgesamt 425 Helfer waren bei dieser Großübung an den verschiedenen Schadensstellen eingesetzt. Die Auswertung der Übung zeigte Schwachstellen auf, die es in Zukunft zu beseitigen gilt. Insbesondere zeigte sich, daß die personelle Besetzung des Stabes HVB nicht ausreichend ist. Künftig muß hier weiteres Hilfspersonal eingeplant werden. Auch waren Anlaufschwierigkeiten bei der Katastrophenschutzleitung zu beobachten, da einige Stabsmitglieder erstmals an einer derartigen Übung teilnahmen und die letzte Übung des Stabes HVB 13 Jahre zurückliegt. Die Verantwortlichen bei der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg sehen es als dringend erforderlich an, Stabsmitglieder, die eine Ausbildung an der Katastrophenschutzschule des Landes oder des Bundes noch nicht absolviert haben, baldigst an einem entsprechenden Lehrgang teilnehmen zu lassen. Notwendig sind auch eine Verstärkung der Ausbildung der Helfer in der Fernmeldezentrale und der Sprechfunker sowie eine Aufstockung der Führungsmittel Fernschreiber, Fernsprecher und Telefax. Die Erkenntnisse werden in die zur Zeit laufende Planung eines Katastrophenschutzentrums des Landkreises Darmstadt-Dieburg einfließen.



In Weiterstadt versorgen Sanitätshelfer die „Verletzten“.

Nachrichten aus Bremen

Bremen

Am 5. Juni 1991 wurde für die Beschäftigten des Fernmeldeamtes 2 Bremen eine Informationsveranstaltung des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost (KatS-DBP) durchgeführt. Zweck dieser Veranstaltung war es, einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den KatS-DBP vorzustellen und zum anderen Mitglieder für diesen Dienst zu werben.

Der KatS-DBP dient der Personalfürsorge. Seine vorrangige Aufgabe ist, in Notfällen Leben und Gesundheit der in den Diensträumen und auf den Dienstgrundstücken anwesenden Personen zu schützen. Hierfür ist der KatS-DBP ausgerüstet und seine Helfer ausgebildet. Dabei kommen den eigenen Kräften die schnelle Verfügbarkeit am Einsatzort und die Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten zugute.

Ein Arbeitskreis bereitete für den 5. Juni eine Geräteausstellung der Bergungs- und Brandschutzgruppe sowie einer Sanitätsstaffel vor. Parallel wurden zwei Zugübungen mit allen Teileinheiten ausgearbeitet. Hierzu wurde auch ein Löschfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr Seesenthom mit eingesetzt. Gruppenübungen und Filme rundeten das Programm ab.

Die BVS-Landesstelle Bremen zeigte den „Postlern“ einmal, wie die Ausbildung der KatS-Kräfte aussieht. Der BVS bildet seit Jahren die Helfer des KatS-DBP bis hin zum Zugführer in den BVS-Landesschulen aus.

Als Gäste konnten die KatS-Helfer neben den Bezirksbeauftragten für den Brand- und Katastrophenschutz der OPD



Außerhalb des „Gefahrenbereichs“ wird der „Verletzte“ auf eine Trage gelagert. (Foto: Kardel)

Bremen auch Vertreter von Feuerwehr, Polizei und KatS-Organisationen sowie die Presse begrüßen.

Für alle Beteiligten konnte am Nachmittag festgestellt werden, daß diese Veranstaltung ein voller Erfolg war. Für die freiwillige Mitarbeit in den KatS-Einheiten des FA 2 Bremen konnten mehrere Beschäftigte überzeugt werden.

Quer durch Niedersachsen

Meppen

Das Treffen der Helfervertreter des Bundesverbandes für den Selbstschutz aus dem Landesstellenbereich Niedersachsen fand in Meppen/Kreis Emsland statt. Landeshelfervertreter Wolfgang-Peter Paul (Lüneburg) und der für den Dienststellenbereich Osna-

brück zuständige Helfervertreter Manfred van den Hooven begrüßten die aus zehn Städten des Bundeslandes angereisten Helfervertreter. Weitere Gäste der Zusammenkunft waren der Helfervertreter bei der Bundeshauptstelle des BVS, Jürgen Grabke (Itzehoe), der Dienststellenleiter der BVS-Dienststelle Osnabrück, Werner Köster, und von der Landesstelle Niedersachsen in Hannover als Vertreter des Landesstellenleiters Dr. Wolfgang Schmidt.

Die Helfervertretung versteht sich als „Personalvertretung“ im ehrenamtlichen Bereich des BVS. Tagungsthemen waren die Neukonzeption des BVS, Ausbildung, Fortbildung, Frauenarbeit, Haushaltsrecht, Information und Aufklärung der Bevölkerung.

Aus dem Dienststellenbereich Osnabrück berichtete Manfred van den Hooven über die BVS-Arbeit. So wurden 1990 rund 81 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 1260 Teilnehmern durchgeführt, außerdem gab es 124 Fortbildungslehrgänge mit über 1500 Teilnehmern.

Mittelpunkt des zweiten Tages war ein Empfang im Rathaus durch den Bürger-



Das Kaminzimmer des Rathauses in Meppen als Kulisse für ein Erinnerungsfoto, in der Mitte (mit Amtskette) Bürgermeister Mevenkamp, links daneben Landeshelfervertreter Paul. (Foto: Paul)

meister der Stadt Meppen, Wilhelm Mevenkamp. Dabei waren auch der stv. Stadtdirektor Schlupper sowie der für Selbstschutz-Angelegenheiten bei der Stadt zuständige Amtmann Hagen. Landeshelfervertreter Paul bedankte sich im Namen der Helfervertretung für den Empfang und betonte dabei, daß damit der Stellenwert zum Ausdruck komme, den die Stadt dem Selbstschutz beimesse.

Positiv und konstruktiv bezeichnete auch Bundeshelfervertreter Grabke die BVS-Arbeit in Niedersachsen und dankte der Stadt Meppen für die Unterstützung. Zur Erinnerung an die BVS-Tagung und den Rathausempfang überreichte er an Bürgermeister Mevenkamp die BVS-Ehrenplakette. Dienststellenhelfervertreter van den Hooven würdigte bei der Gelegenheit das Engagement von Amtmann Hagen für den Selbstschutz.

Bürgermeister Mevenkamp hatte nach der Begrüßung einen Überblick über die Stadtentwicklung gegeben bis hin zu dem jetzt modernen und für den Fremdenverkehr attraktiven Stadtbild. Gute Wünsche sagte er für den weiteren Tagungsverlauf.

Schwanewede

Zum zehntenmal feierten Schwandewedes Bürger in diesem Jahr ihr Dorffest. Keine offizielle Veranstaltung der Gemeinde, sondern eine Aktion zur Selbstdarstellung örtlicher Vereine, Verbände, Gruppen unterschiedlichster Art, musikalisch umrahmt von verschiedenen Musikgruppen. Als Schirmherr fungierte, wie in vergangenen Jahren, Ortsbürgermeister Dr. Jargon.

Zum viertenmal war auch die BVS-Dienststelle Cuxhaven mit einem Sicherheitswettbewerb vertreten. Ihre Zulassung verdankt sie ihrem hier ansässigen Beauftragten für den Landkreis Osterholz, Hans-O. Thiel.

Unter Mitwirkung der Ortsfeuerwehr, den Ortsverbänden

des Deutschen Roten Kreuzes und der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft konnten insgesamt 21 Besucher bzw. Gäste des Dorffestes zum Mitmachen gewonnen werden.

Insgesamt neun Stationen waren zu bewältigen, nach Meinung mehrerer Teilnehmer durchaus Anlaß, das Thema „Selbstschutz“ in Zukunft mit anderen Augen zu sehen. Mit Preisen, Urkunden und der Teilnahmeplakette ausgezeichnet, verließen die Akteure den Platz.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Erkrath

Dr. Theodor Blank, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, und Heinz Schemken, Bundestagsabgeordneter und Bürgermeister von Velbert im Kreis Mettmann, informierten sich in der Selbstschutz-Beratungsstelle Erkrath über die neue Informations- und Aufklärungsarbeit des BVS. So stellte Dienststellenleiterin Marion Westerweg neben verschiedenen Quizvarianten eine Hilfeleistungskette vor, bei der einer geschminkten Verletztendarstellerin von ihren „Familienangehörigen“ richtig geholfen wurde.

Blank und Schemken diskutierten mit den BVS-Mitarbeitern auch eigene Erfahrungen bei Notfällen und boten ihre Unterstützung an, die in heutiger Zeit nach wie vor wichtige Motivation zu eigenverantwortlicher Vorsorge, Selbst- und Nachbarschaftshilfe zu fördern.

Beide Politiker betonten, daß der Staat der Pflicht zum Schutze der Bevölkerung schon aus Fürsorgegründen nachkommen müsse. Da der Zivilschutz und der Selbstschutz zudem großen Nutzen bei friedensmäßigen Unglücksfällen aufweisen, wäre



Informieren sich auch über die Verletztenversorgung: MdB Dr. Blank (3. von links) und MdB Schemken (rechts daneben). (Foto: Hahn)

eine Auflösung des Bundesverbandes für den Selbstschutz unverantwortlich.

Bielefeld

Mit Erfolg beteiligte sich die BVS-Dienststelle Herford an der 25. WISA in Bielefeld-Sennestadt. Auf dieser Verbraucherausstellung, die unter der Schirmherrschaft der NRW-Wohnungsbauministerin Ilse Brusis stand, präsentierte der BVS die ganze Palette seiner Aufgaben. Zahlreiche Besucher von den insgesamt 224000 Gästen auf dieser größten nordrhein-westfälischen Fachmesse interessierten sich nicht nur für Informationen des BVS, sondern insbesondere für die praktischen Vorführungen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang.

Jülich

Der Bundesverband für den Selbstschutz müsse seine bis-

herige erfolgreiche Arbeit fortsetzen können, verlangten namhafte Politiker aus Bonn und Düsseldorf, die anlässlich der 12. Rheinlandschau in Jülich auch den Ausstellungsstand des BVS besuchten. Dabei mahnte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Dr. Reinhard Göhner, auch die Politiker vor Ort, sich um den Erhalt des BVS zu bemühen. Sonst, so die Befürchtung des Bonner Gastes, dürften sich die Verantwortlichen in den Kommunen nicht wundern, wenn sie eines Tages den Selbstschutz in eigener Regie und zu Lasten der Gemeindefinanzen betreiben müßten.

Positiv zum BVS äußerten sich auch der frühere Regierungssprecher und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, Friedhelm Ost, und der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, Bernd Neumann, sowie weitere Bundes- und Landtagsabgeordnete, Bürgermeister und Hauptgemeindebeamte.



MdB Vogt ist sichtlich erfreut über die ihm von BVS-Dienststellenleiter Jansen (rechts) überreichte BVS-Medaille, links der frühere Regierungssprecher Friedhelm Ost.



Auch Bernd Neumann, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, trägt sich in Jülich in das Gästebuch des BVS ein. (Fotos: Petersen)

BVS-Dienststellenleiter Edgar E. Jansen nutzte den Besuch des örtlichen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Vogt aus Düren, um ihm in Anerkennung der langjährigen Unterstützung der Selbstschutzarbeit die BVS-Medaille zu überreichen.

Leichlingen

Für den Fortbestand des Bundesverbandes für den Selbstschutz hat sich der nordrheinwestfälische CDU-Generalsekretär Herbert Reul (MdL) aus Leichlingen in einem Gespräch mit BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann und dem Dienststellen-

leiter von Leverkusen, Jochem Weck, ausgesprochen. Er nahm damit Stellung zu einem gegensätzlichen Beschluß der Innenministerkonferenz vom Mai dieses Jahres. „Das geänderte Ost-West-Verhältnis und die Erfolge bei den Abrüstungsverhandlungen sowie die Entspannungspolitik der Bundesregierung haben die jetzigen Aufgaben des Zivilschutzes sicherlich in Frage gestellt“, räumte der Landtagsabgeordnete ein. „Aber damit muß nicht auch der Verband aufgelöst werden; auf ihn warten neue Aufgaben. Er muß weg vom Bunkerbau und sich mehr dem Bereich des Katastrophenschutzes zuwenden“, fügte er hinzu.

Nach den Worten von Reul muß die Ausbildung der Bevölkerung im praktischen Selbstschutz weitergeführt werden. „Die Angst vor technischen und Naturkatastrophen ist in der Bevölkerung unverändert hoch. Gerade hier können sich die Erfahrungen des BVS als äußerst wertvoll erweisen“, zitierte Reul Ergebnisse von Meinungsumfragen.

Einig waren sich die Gesprächspartner darüber, daß über eine mögliche Organi-

sationsreform des BVS im Zusammenhang mit einer Neukonzeption des Zivilschutzes nachzudenken sei.

Düren

Aktuelle Fragen des Zivil- und Selbstschutzes erörterte Landrat Klaus Lennartz (MdB) mit Vertretern des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Lennartz wies darauf hin, daß die veränderte weltpolitische Lage und die Vereinigung Deutschlands ein neues sicherheitspolitisches Denken erforderlich machen. Am Ende einer solchen Überlegung müsse eine deutliche Reduzierung des verteidigungspolitischen Potentials stehen. Hierzu gehöre ohne Zweifel auch die Zivilverteidigung und der Zivilschutz.

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann betonte, daß bei der geplanten Organisationsänderung des Zivil- und Selbstschutzes nicht der Doppelnutzen gefährdet werden dürfe. BVS-Dienststellenleiter Edgar E. Jansen machte dies an verschiedenen Beispielen im Erftkreis deutlich. So sind Lehrgänge und Infor-



Generalsekretär Reul (Mitte) spricht mit BVS-Landesstellenleiter Eykmann (links) und Dienststellenleiter Weck über Fragen des Zivilschutzes.



Gesprächsrunde in Düren (von links): BVS-Dienststellenleiter Jansen, Landrat Lennartz, Landesstellenleiter Eykmann und Helfervertreter Freimuth.

mationsveranstaltungen des BVS insbesondere wegen ihrer friedensmäßigen Bedeutung gefragt. Der Helfervertreter der BVS-Dienststelle Düren, Woldemar Freimuth, berichtete, daß im vergangenen Jahr im Bereich der Dienststelle Düren über 350 Veranstaltungen zur Selbsthilfe der Bevölkerung durchgeführt worden sind.

Landrat Lennartz forderte eine aufgabengerechte Neuorganisation des Zivilschutzes, die den heutigen Anforderungen entsprechen müsse. So müsse überlegt werden, daß die verschiedenen Bundeseinrichtungen, die auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes tätig sind, ihre Arbeiten besser aufeinander abstimmen. Auch die Zusammenlegung verschiedener Bundesbehörden, z. B. THW und BVS, sei zu erwägen.

Nachdrücklich lehnte Lennartz eine ersatzlose Auflösung des BVS ab, solange nicht sichergestellt sei, daß andere Einrichtungen diese Aufgabe übernehmen könnten. Lennartz: „Es darf kein Vakuum in diesem so wichtigen Bereich der Selbsthilfe eintreten. Andererseits darf der Bund auch nicht zu Lasten der Gemeinden Einsparungen vornehmen. Die Gemeinden sind heute nicht in der Lage, zusätzliche Aufgaben des Zivil- und Selbstschutzes zu übernehmen. Hier ist der Bund gefordert.“

Körtlinghausen

Drei langjährige Mitarbeiter des BVS sind in der BVS-Schule Körtlinghausen in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet worden. Am Rande eines Medien-Seminars nutzten Landesstellenleiter Peter Eykmann und die Dienststellenleiter die Gelegenheit, ihren scheidenden Kollegen die besten Wünsche mit auf den Weg zu geben. Peter Eykmann verband die Überreichung der Urkunde des BVS mit einer Würdigung der beruflichen Verdienste von Erich Janke (Aachen), Ewald Schledde (Körtlinghausen) und Karl-Heinz Nagel (Köln).

Erich Janke, der bereits 1963 als „Ehrenamtlicher“ zum damaligen Bundesluftschutzverband kam, habe seine Aufgaben stets aus innerem Antrieb erfüllt, lobte Eykmann den langjährigen Aachener Dienststellenleiter. Janke, der sich auch als Vertrauensmann der Schwerbehinderten im Lande engagierte, konnte in seiner BVS-Laufbahn große Erfahrungen sammeln. Wichtige Stationen in diesem beruflichen Lebensabschnitt: Leverkusen, Paderborn und schließlich die Übernahme der Dienststelle Aachen 1970.

Ewald Schledde, bis zuletzt noch Mitglied des Hauptpersonalrates, gehörte, wie Eykmann formulierte, zu den „Stillen im Lande“. Dies kam

der beruflichen Effektivität und dem vielfältigen Umgang mit den Kollegen, insbesondere bei der Arbeit in der BVS-Schule zugute. Schledde war zuverlässig, fachlich auf der Höhe, und, so Eykmann, stets ein Garant für Arbeit von höchster Präzision in Sachen Selbstschutz.

Karl-Heinz Nagel, der Dienstälteste der drei, stieß bereits 1962 als Sachbearbeiter bei der Kreisstelle Köln zum BLSV beziehungsweise BVS. Euskirchen, Düren und wiederholt Köln waren dann wichtige Stationen in der BVS-Laufbahn von Karl-Heinz Nagel.

Wie Eykmann ließen es sich anlässlich der kleinen Abschiedsrunde auch die Kolle-

ginnen und Kollegen nicht nehmen, Erich Janke, Ewald Schledde und Karl-Heinz Nagel Dank für gute Zusammenarbeit zu sagen.

*

Die Panzerbrigade 20 aus Iserlohn nahm im Juni mit 15 Teilnehmern an einer Informationstagung „Bevölkerungsschutz“ in der BVS-Schule Körtlinghausen teil. Interessante Diskussionen ergaben sich bereits bei der Einführung zum Thema „Zivilmilitärische Zusammenarbeit aus heutiger Sicht“. Oberst Burchard wies nachdrücklich auf die Wichtigkeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz und seine Aufgaben hin. „Auch die Bundeswehr ist keine Einrichtung, um einen Krieg vorzubereiten, sondern dient der Verteidigung. Daher bedarf es auch einer staatlichen Einrichtung zum Schutz der Zivilbevölkerung.“

Die Darstellung der Aufgaben und Ziele des BVS sowie Erläuterungen zum Selbstschutz im Wandel der Zeit, die durch den Leiter der Dienststelle Recklinghausen, Bienbeck, vorgestellt wurden, stießen ebenfalls auf reges Interesse.

Der zweite Tag war praktischen Vorführungen auf dem



BVS-Landesstellenleiter Eykmann verabschiedet Erich Janke, Ewald Schledde und Karl-Heinz Nagel (von links) in den Ruhestand.



Die Bundeswehr-Gäste stellen sich mit BVS-Lehrerin Brüggemann und Dienststellenleiterin Venten (rechts) zum Erinnerungsfoto. (Foto: Venten)

Übungsgelände gewidmet, in denen sich Frau Brüggemann, Lehrerin der Schule, mit den Bereichen Brandschutz und Bergung beschäftigte. Alle Tagungsteilnehmer zeigten große Begeisterung, vor allem wenn sie sich selbst an der Praxis beteiligen konnten. Erstaunen wurde immer wieder hervorgerufen, wenn mit wenigen Handgriffen, geringem Materialaufwand und in kürzester Zeit Hilfe geleistet werden konnte.

Aufgaben und Angebot der BVS-Dienststellen wurden dann am Freitag durch die zuständige Leiterin der Dienststelle Hagen, Frau Venten, dargestellt. Schon im Ver-

lauf der ersten Stunde meldeten die Teilnehmer Bedarf an weiteren Veranstaltungen an der BVS-Schule sowie auf Ortsebene.

Oberst Burchard bedankte sich für das umfangreiche und interessante Tagungsangebot und überreichte ein Wappen der Panzerbrigade 20/Iserlohn. Außerdem sagte er eine weitere Zusammenarbeit für die Zukunft zu.

*

Der Hauptpersonalrat des BVS verabschiedete im Rahmen seiner Sitzung in Darmstadt Ewald Schledde, der aus

Altersgründen aus dem hauptamtlichen Dienst ausscheidet. BVS-Direktor Schuch überreichte in einer kleinen Feierstunde ein Abschiedsgeschenk und bedankte sich für die geleistete Arbeit. Ewald Schledde war an der BVS-Schule Körtlinghausen als Kraftfahrer tätig und wegen seiner stets hilfreichen Art bei seinen Kolleginnen und Kollegen, auch über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus, sehr beliebt. Als Personalratsmitglied vertrat Ewald Schledde vehement die Interessen der Beschäftigten der Schulen. Die Mitglieder des Hauptpersonalrates wünschten ihm für die Zukunft Glück

und Zufriedenheit. Anstelle von Ewald Schledde wird Hans-Jürgen Kern von der BVS-Landesstelle Hessen den Platz im Hauptpersonalrat einnehmen.

Hessenspiegel

Lorsch

Der hessische Ministerpräsident Hans Eichel besuchte anlässlich der Eröffnung des 31. Hessentages in Lorsch auch den Stand des BVS. Dort wurde er von BVS-Dienststellenleiter Willy Roth und Fachgebietsleiter Frank Hennig begrüßt.

Zur Demonstration von Selbstschutz war Ministerpräsident Eichel gerne bereit, sich unter Anwesenheit zahlreicher Pressefotografen in den Messehallen unter den geöffneten BVS-Regenschirm zu stellen.

Im Anschluß an diese „Selbstschutz-Demonstration“ trug er sich, zusammen mit dem Bürgermeister der Stadt Lorsch, Lothar Brunnengräber, und dem Hessentagspaar, in das Gästebuch des BVS ein.



Verabschiedung in Darmstadt (von links): BVS-Direktor Schuch, Ewald Schledde und der Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Dieter Nierhoff.



„Selbstschutz-Demonstration“ unter dem geöffneten Schirm: Ministerpräsident Hans Eichel. (Foto: Kern)

Koblenz

Unter dem Motto „Wer hilft im Notfall?“ stand das Katastrophenschutz-Meeting auf dem Rheinland-Pfalz-Tag in Montabaur. Zum ersten Mal präsentierten sich Katastrophenschutzeinheiten und der BVS auf einem zentralen Platz unter einem gemeinsamen Thema.

Auf der Eichwiese im Zentrum der Stadt präsentierten sich die Helfer in Sachen Brandschutz, Technische Hilfe, Sanitätsdienst und Selbstschutz. Alle stellten ihre Arbeit den Menschen vor, für die sie täglich zur Stelle sind, wenn schnelle Hilfe gebraucht wird.

Nicht nur ihre Geräte und Fahrzeuge stellten die Organisationen vor, sondern demonstrierten auch abwechselnd im Halbstundentakt, wie sie damit umgehen und welche Gefahrenlagen sie damit beherrschen können. Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, DRK, DLRG, JUH, ASB und der BVS zeigten eindrucksvoll ihre Leistungskraft.

Der BVS zeigte, wie sich jeder Bürger mit einfachen Handgriffen selber helfen kann, wenn es brennt oder Personen aus einem verqualmten Gebäude transportiert werden müssen. Die brennende Brandpuppe bewies wieder einmal mehr ihre Anziehungskraft.

Beim diesjährigen Rheinland-Pfalz-Tag stellte sich der BVS Koblenz neben dem üblichen Info-Stand sowie Filmwagen und Glücksrad mit einem außergewöhnlichen Blickfang vor: Nach langwierigen Bemühungen war es der Dienststelle Koblenz gelungen, einen Kindergurtschlitten zur Demonstration zu bekommen.

Der Kindergurtschlitten erwies sich als der Renner. Jede Demonstration wurde von zahlreichen Zuschauern beachtet. Die Gurtspflicht der Erwachsenen wird, bedingt



Der Gurtschlitten ist der Hauptanziehungspunkt des BVS-Standes.

durch gesetzliche Vorschriften, inzwischen weitgehendst beachtet. Bei der Mitnahme von Kindern im Auto muß man leider sehr oft von einem unbegreiflichen Leichtsinn sprechen, denn viele Kinder sind im Auto ungesichert. Die Vorführungen mit dem Kindergurtschlitten zeigten allen Zuschauern sehr deutlich, daß auch bei einer geringen Geschwindigkeit, die Aufprallwucht enorm ist. Der Gurtschlitten prallt „nur“ mit einer Geschwindigkeit von zwölf km/h auf. Jeder konnte sehen, daß Angurten Sicherheit bedeutet.

Nach jeder Demonstration wurden die Zuschauer und Besucher auf die vielfältigen Angebote des BVS aufmerksam gemacht. Am Glücksrad konnte jeder interessierte Besucher Fragen aus der Selbstschutzthematik beantworten.

Besonders groß war die Freude aller Mitarbeiter, daß Ministerpräsident Rudolf Scharping vom Leiter der Dienststelle, Herbert Neuland, am BVS-Stand begrüßt werden konnte. Der Ministerpräsident war in Begleitung von Innenminister Zuber, Landrat Peter Paul Weinert und Bür-

germeister Dr. Paul-Josef Pössel-Dölken. Dienststellenleiter Neuland nahm die Gelegenheit wahr, den Ehrengästen das kostenlose Informations- und Ausbildungsangebot des BVS vorzustellen.

Sobernheim

Der „Tag der offenen Tür“ der Freiwilligen Feuerwehr ist für die Sobernheimer Bevölkerung alljährlich ein Wochenende voller Attraktionen, bei dem der BVS nicht fehlen darf. In diesem Jahr hatte sich die BVS-Dienststelle Mainz etwas Besonderes ausgedacht: Auf einem Parcours konnten die Besucher ihr Wissen in Sachen Vorsorge und Hilfe in Notfällen testen.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nutzten diese Chance und versuchten, durch gute Ergebnisse einen der Preise zu gewinnen. Noch größer war jedoch die Zahl der Zuschauer. Vielleicht haben einige davon den Mut, im nächsten Jahr ihr Können unter Beweis zu stellen. Denn schon jetzt steht fest: Auch 1992 ist der BVS beim Feuerwehrfest in Sobernheim wieder dabei.



Ministerpräsident Scharping (unter der THW-Fahne) wird von Dienststellenleiter Neuland (mit Mikrofon) am BVS-Stand begrüßt.

Erste THW-Ortsverbände im Osten gegründet

Die beiden ersten THW-Ortsverbände in den neuen Bundesländern sind gegründet. Zu den Gründungsfeiern in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) und Erfurt (Thüringen) kamen am 29. Juni 1991 viele prominente Gäste aus Ost und West.

Die Bürger im Osten sind zur Eigeninitiative bereit, wie die Halberstädter zeigten. Sie gründeten schon im Frühjahr 1990 die „Vereinigung der Helfer und Förderer des Katastrophenschutzes e. V.“ mit rund 150 Mitgliedern. Der Vereinigung ist es zu verdanken, daß Ausstattung und qualifiziertes Personal des bisherigen Gefahrenabwehrsystems weitgehend zusammengehalten werden konnten. Ebenso läßt sich auf die Arbeit der Vereinigung zurückführen, daß nun in Halberstadt mit 82 THW-Helfern der erste THW-Ortsverband in einem neuen Bundesland gegründet werden konnte, wie Direktor Gerd Jürgen Henkel auf der Gründungsfeier betonte.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Eduard Lintner, zeigte in der Festrede die Bedeutung des THW in den alten Bundesländern auf und schilderte den Werdegang des THW-Ostverbandes Halberstadt. Er begrüßte ausdrücklich, daß sich die Innenminister und -senatoren der Länder im Mai mit überwältigender Mehrheit für den Aufbau des THW in den neuen Bundesländern ausgesprochen haben.

Der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt wies darauf hin, daß in den letzten Jahren zwar die Kriegsgefahr für Deutschland entscheidend vermindert worden sei, das



Die Gründung des ersten THW-Ortsverbandes in einem neuen Bundesland ist vollzogen: Staatssekretär Lintner übergibt das Unterkunftsschild an Ortsbeauftragten Bartholomeus.

zivile Gefahrenpotential aber stetig zunehme. Die daraus möglichen Schadensereignisse könnten leicht die Kapazitäten der Länder überfordern, weshalb auf die Mithilfe des Bundes nicht zu verzichten sei. Für ihn könne nur ein ganzheitliches Konzept für alle Schadenslagen Ziel der Entwicklung sein.

Manfred Gallwitz, Leitender Ministerialrat beim Niedersächsischen Innenministerium, erklärte, die Niedersachsen hätten nach der Wende versucht, ihren Nachbarn das Bild eines an den rechtsstaatlichen Strukturen der freiheitlichen Demokratie orientierten Katastrophenschutzsystems zu vermitteln. In seinen Augen sei die Gründung des

THW-Ortsverbandes „ein Beitrag zur Selbstfindung eines jungen Bundeslandes und zum Aufwachen eines gesunden Selbstbewußtseins aus dem Gefühl der Gleichrangigkeit.“

In Erfurt hatte am Abend die zweite Gründungsfeier in dem gerade renovierten Festsaal des historischen Rathauses einen besonders schönen Rahmen. Der Präsident der THW-Helfervereinigung, Johannes Gerster (MdB), dankte hier den mehr als zwei Millionen Helferinnen und Helfern aller Hilfsorganisationen, die derzeit in den alten Bundesländern Dienst am Nächsten leisten. Er unterstrich, daß es sich bei der Mitarbeit im THW um eine freiwillige Mit-

wirkung handle und nicht um eine erzwungene Arbeitsleistung im Zivilschutz.

Genau diesen Strukturwandel betrachtete Staatssekretär Dr. Michael Lippert, Vertreter des Thüringer Innenministeriums, näher. Die Landesregierung, so Lippert, unternehme gewaltige Anstrengungen, um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, und begrüße ausdrücklich die Einbeziehung Thüringens in die Organisation des THW. Nach dem Abbau der militärisch-zentralistischen Organisationsform des Zivil- und Katastrophenschutzes betreibe sie jetzt dessen Neugestaltung nach den Bestimmungen des Grundgesetzes. Der Entwurf eines Katastrophenschutzgesetzes



Gäste des Festakts in Erfurt (von links): THW-OB Mainz, Heinz Peter Claas; Vertreter des Präsidenten der IHK Erfurt, Manfred Lessel; THW-LB Rheinland-Pfalz, Dr. Friedrich C. Dölbor; Ministerialrat Dr. Konrad Ammermüller; Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, beide Bundesministerium des Innern.



THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel führt den Ortsbeauftragten für Erfurt, Norbert Guhn, in sein Amt ein.

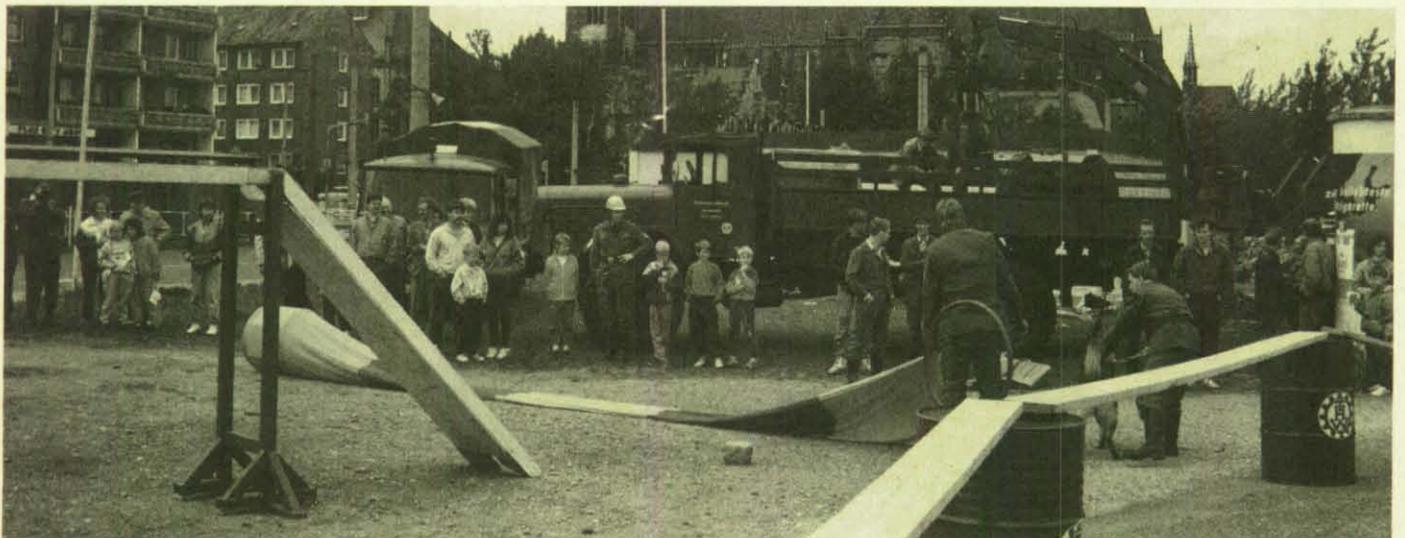
sei bereits fertiggestellt, ebenso wie die Planung eines Rettungsleitstellensystems, aus dem auch die Standortvorschläge für THW-Ortsverbände in Thüringen resultierten. Das ehrenamtliche Engagement im Katastrophenschutz, so Staatssekretär Dr. Lippert weiter, sei ein wichtiges Element zum Aufbau einer mittelständisch fundierten Gesellschaft.

Der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Walter Zuber, bekundete seine Freude darüber, daß für den Entwurf des Katastrophenschutzgesetzes von Thüringen das Pendant seines Bundeslandes als Muster herangezogen worden

war. Die einheitliche Regelung der gesamten Gefahrenabwehr einschließlich des Gesundheitsbereichs in einem Regelwerk sei einleuchtender als eine künstliche Trennung der Abwehr von alltäglichen und Katastrophengefahren, wo doch die Übergänge meist fließend seien.

An den THW-Ortsverband Erfurt lag bereits bei seiner Gründung das erste Hilfersuchen vor. Erbeten wird ein Transport von Hilfsgütern für Betroffene der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Alle 22 Erfurter THW-Helfer sind bereit, aktiv mitzuwirken.

Alexander Glass



Mit einer Fahrzeug- und Geräteschau sowie Vorführungen der Rettungshundestaffel stellt sich das THW in seinem neuen Wirkungsbereich vor.

(Fotos: Hilberath)



Zustimmung für Ausstellungs- gruppe

Barmstedt. Einen Beitrag im Rahmen der Ausstellungen und Vorführungen beim 11. Bundeswettkampf in Mainz leisteten sieben THW-Helfer vom THW-OV Barmstedt. Als vollen Erfolg konnte die Ausstellungsgruppe ihren ersten bundesweiten Auftritt verbuchen.

Nach einer neunstündigen und 694 Kilometer langen Fahrt kam die siebenköpfige Ausstellungsgruppe mit ihrem „rollenden Museum“ in Mainz an. Gegen 17 Uhr konnte sie dem rheinland-pfälzischen Sachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit, Wolfgang Fleischer, melden: „Das Museumszelt ist eingerichtet.“

Am Wettkampftag, dem 1. Juni öffnete die Ausstellungsgruppe pünktlich um 10 Uhr die Planen des Museumszeltes. Wieder einmal bestätigten viele begeisterte Besucher, daß sich die Mühe gelohnt hatte. Neben aktuellen THW-Informationen wurden historische Dinge wie Bekleidung, Kopfbedeckungen, Zeitungen, Abzeichen, Modelle, Kleingerät, Plakate, Ausbildungsunterlagen und noch so manche Rarität gezeigt. Einige Besucher sagten ihre Unterstützung zu und versprachen spontan, einige Exponate zuzusenden.

Neben vielen Gästen besuchte auch THW-Direktor Gerd-Jürgen Henkel zusammen mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiter und dem rheinland-pfälzischen Innenminister Walter Zuber sowie dem Landesbeauftragten Helmut Meier das Museumszelt. Gerne ließen sich die Gäste die THW-Ausstellungsstücke erläutern. Auch nahmen sie die Gelegenheit wahr, sich in das Gästebuch einzutragen. „Allen an dieser Ausstellung

Beteiligten möchte ich auf diesem Wege meinen Dank und meine Anerkennung für eine gelungene Ausstellung übermitteln! Weiter so! Ihr Direktor der BA THW Gerd Jürgen Henkel“, war nur einer von zahlreichen Einträgen im Gästebuch. R. O. F.

THW als Publikumsmagnet

Lübeck. Die Messe „Handel und Hanse“, auf der Handwerk, Industrie, Handel und

Dienstleistung ausstellen, ist seit langer Zeit ein Begriff in der Hansestadt Lübeck. Auch in diesem Jahr, in der 17. und 18. Kalenderwoche, war sie wiederum ein Publikums-magnet.

Die diesjährige Messe wies eine Besonderheit auf, denn Rainer Mahn als Ortsbeauftragtem des THW-OV Lübeck II war es gelungen, für die besten Messtage einen Platz auf dem Freigelände für das THW zu reservieren. An den Sonn- und Feiertagen konnte sich das THW Lübeck der Öffentlichkeit präsentieren.

Mit der tatkräftigen Unterstützung vieler Helfer wurden

sowohl Informationsschriften und Werbematerial verteilt als auch Gerät vorgeführt. Zum Einsatz kamen unter anderem Hebekissen, Motorsäge, Trennschleifer und Schneidbrenner. Für besonderes Aufsehen sorgte ein Helfer, der mit Schutzanzug und Preßluftatmer auf das Publikum zuging.

Trotz des Dauerregens zogen die Vorführungen vieler Besucher an. Bei so manchem wurde Interesse für das Technische Hilfswerk geweckt, weshalb die Ausstellung als Erfolg gewertet werden kann.

P. S.

Einblick ins THW

Husum. Im Rahmen einer Projektwoche vom 27. bis 29. Mai an der „Adolf-Brütt-Schule“ durften Schüler und Schülerinnen den Tätigkeitsbereich der THW-Jugend und des THW kennenlernen.

In den drei Tagen waren sie unter anderem zu Besuch bei der Kreisretungsleitstelle und nahmen danach die Feldfern-sprechvermittlung des TEL-Fahrzeuges in Betrieb. Einer der Höhepunkte war es, gemeinsam ein Floß zu bauen und es auch zusammen mit der THW-Jugend auszuprobieren. Es funktionierte hervorragend, auch wenn die Füße der Mannschaft nicht trocken blieben. A. J.



Lübeck: Der „Marsmensch“ des THW erregt besonders bei den Kindern Aufmerksamkeit. (Foto: Stahl)



Mit dem selbstgebauten Floß haben die Husumer Schülerinnen und Schüler viel Spaß auf dem Wasser.

(Foto: Adler)



Stationen einer Rußlandfahrt

Bremen. Aus dem Tagebuch eines Bremer THW-Helfers:

Freitag, 17. Mai 1991: Um 7.45 Uhr fahren wir zum THW-OV Delmenhorst. Dort treffen sich alle Konvoiteilnehmer aus Bremen und Niedersachsen. Um 9 Uhr fahren wir mit einem Versorgungsfahrzeug und fünf THW-Zügen, einem Fahrzeug des DRK und einem Kombi der Stadt Delmenhorst los. Geladen haben wir Kindernahrung, Medikamente, medizinische Geräte, Bekleidung, Stofftiere für einen Kindergarten und Bücher für die Hochschule für den Zielort Borisoglebsk, 650 km südöstlich von Moskau gelegen. Erstes Etappenziel ist Frankfurt/Oder, dort treffen wir um 18.20 Uhr ein. Hier, in einer ehemaligen NVA-Kaserne, die nun von der Bundeswehr verwaltet wird, werden unsere Kfz betankt, dann werden die Zimmer bezogen.

Samstag, 18. Mai: 6 Uhr Abmarsch zur polnischen Grenze mit Polizeieskorte. Nach 25 Minuten sind alle Formalitäten erledigt und der Konvoi kann das zweite Etappenziel Brest/UdSSR anfahren. Um 19.30 Uhr erreichen wir die polnisch-russische Grenze. Die Grenzformalitäten ziehen sich bis 20.20 Uhr hin. Mittlerweile ist der THW-Werkstattwagen vom Stützpunkt Brest zur Grenze gekommen. Der Gerätehandwerker geleitet uns zum Stützpunkt. Hier werden um 22.30 Uhr die Fahrzeuge aufgetankt und abgestellt. Dann geht es mit dem THW-Kombi des Stützpunktleiters zum Hotel.

Sonntag, 19. Mai: 9.30 Uhr Marschzusammenstellung und um 10 Uhr Abmarsch nach Minsk, unserem dritten Etappenziel. Während des ersten technischen Halts wer-

den uns unsere russischen Begleiter, die den Konvoi bis zum Zielort begleiten, vorge stellt. Es sind der stellvertretende Bürgermeister, ein Polizist, der Dolmetscher und der Fahrer. Gegen 16.30 Uhr erreichen wir Minsk. Wir fahren in die Innenstadt zum Intourist-Hotel. Da hier keine Zimmer frei sind, fahren wir, geführt von einem Taxi, zu einem Hotel an den Stadtrand.

Montag, 20. Mai: Abfahrt um 6 Uhr. Wir fahren Richtung Moskau. Die Straße ist vierspurig ausgebaut und führt kilometerlang geradeaus. Unser viertes Etappenziel Moskau erreichen wir um 18.15 Uhr. Eine halbe Stunde später erreichen wir unser Hotel. Unser Einsatzleiter geht mit dem Dolmetscher zur Rezeption, um die Formalitäten zu erledigen. Dieses dauert bis um 20 Uhr.

Dienstag, 21. Mai: Um 6 Uhr Abmarsch vom Hotel, wir suchen die nächste Tankstelle. Um 9 Uhr fahren wir zu unserem Zielort Borisoglebsk von der Tankstelle los. Um 19.30 Uhr kommen wir in Borisoglebsk, einer 70000 Einwohner zählenden Stadt, nach 2984 km vom Ablaufpunkt Delmenhorst an. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister checken wir um 20.15 Uhr in das Hotel ein.

Mittwoch, 22. Mai: Um 8 Uhr treffen wir uns alle vorm Hotel und sprechen miteinander über die letzten Tage und was uns hier wohl alles erwartet. Gegen 9.30 Uhr Frühstück, danach haben wir bis 11 Uhr Zeit, einen Stadtrundgang zu machen. Gegen 11 Uhr soll der Zoll aus Woronesch, 200 km westlich gelegen, kommen und die Zollformalitäten erledigen. Um 11.45 Uhr kommt dann ein Zöllner und entfernt die Zollplomben. Wir fahren um 12 Uhr zum großen Krankenhaus. Um 16 Uhr sind alle Züge entladen und stehen wieder hinter dem Rathaus. Es soll ein Tankwagen kommen, der unsere Fahrzeuge mit Diesel betankt. Wir warten bis 18.30 Uhr, der Tankwagen ist

noch nicht gekommen. Wir gehen in das Hotel zurück, wo es um 22 Uhr Abendbrot gibt.

Donnerstag, 23. Mai: Um 8 Uhr versammeln wir uns alle an den Zügen. Jetzt sollte eigentlich der versprochene Tankwagen mit dem Diesel hier sein. Wir kochen erstmal Kaffee und warten. Um 10.50 Uhr ist der Tankwagen eingetroffen und die Fahrzeuge werden betankt. Um 11.30 Uhr werden wir vom Bürgermeister verabschiedet. Gegen 14.55 Uhr Abmarsch nach Woronesch, wo wir die Zollstempel in unsere Papiere bekommen sollen. Gegen 19 Uhr treffen wir in Woronesch ein, nachdem wir die 200 km Fahrt auf einer abenteuerlichen Straße ohne Schäden überstanden haben. Um 20.30 Uhr kommt der Einsatzleiter ohne Stempel zurück. Wir gehen in ein Hotel und bekommen ohne langes Warten Hotelzimmer.

Freitag, 24. Mai: Die Züge müssen um 7 Uhr vom bewachten Parkplatz runter sein. Wieder ist der Einsatzleiter beim Zoll. Erst nachdem er mit der Deutschen Botschaft droht, bekommen wir endlich die notwendigen Stempel, damit wir ungehindert die UdSSR verlassen können. Gegen 10.30 Uhr fahren wir Richtung Moskau. Um 22 Uhr erreichen wir Moskau und unser Hotel.

Samstag, 25. Mai: 7 Uhr Tanken. Um 7.45 Uhr sind alle Fahrzeuge betankt und die Fahrt nach Minsk geht los. Um 20.15 Uhr endlich Minsk, eine Stunde später endlich Abendbrot.

Sonntag, 26. Mai: Um 9 Uhr fahren wir zum Tanken, werden aber abgewiesen, weil man unser Scheckheft für Diesel nicht anerkennt. Wir wollen versuchen, mit dem restlichen Treibstoff und mit den Reservekanistern bis Brest durchzufahren. Um 12 Uhr kommt uns ein THW-Konvoi entgegen. Wie wir erfahren, sind es Berliner, die in den Raum Kiew fahren.

Wir erreichen um 15.30 Uhr Brest und den THW-Stützpunkt dort. Man ist überrascht, weil die Stützpunktleiter noch nicht mit uns gerechnet hatten. Dennoch klappt alles schnell und zufriedenstellend.

Montag, 27. Mai: Um 6.45 Uhr fahren wir zur Grenze und passieren sie um 7.30 Uhr. Gegen 20.30 Uhr erreichen wir die polnisch-deutsche Grenze. Um 21 Uhr sind wir wieder in der Bundeswehrkaserne in Frankfurt/Oder.

Dienstag, 28. Mai: Um 9.10 Uhr Abmarsch nach Berlin, wo wir uns telefonisch angemeldet haben und um eine Übernachtung bitten, weil wir einen Ruhetag benötigen. Dieses wird auch prompt erfüllt. Um 11.45 Uhr erreichen wir Berlin, dort holt uns der Bezirksbeauftragte des THW-BV Reinickendorf ab und lotst uns quer durch Berlin zur Unterkunft. Dort sind schon Feldbetten aufgestellt, so daß wir um 15.30 Uhr zur Stadtbesichtigung aufbrechen können.

Mittwoch, 29. Mai: Der letzte gemeinsame Tag der THW-Mannschaft. Wir frühstücken gemeinsam und fahren um 9.40 Uhr los. An der Raststätte Grundbergsee verabschieden wir Bremer uns von den niedersächsischen Kollegen und treffen nachmittags nach 6063 gefahrenen Kilometern in Bremen ein. J. K.

Fernmeldeübung HEROS '91 – eine Chronologie

Bremen. Der Fachberater Fernmeldedienst im THW-Ortsverband Bremen-Neustadt, Jürgen Kardel, wurde vom THW-Landesbeauftragten für Bremen, Günther Hildebrandt, beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Haupt-

sachgebiet Ausbildung des Landesverbandes eine Fernmeldeübung anzulegen und durchzuführen.

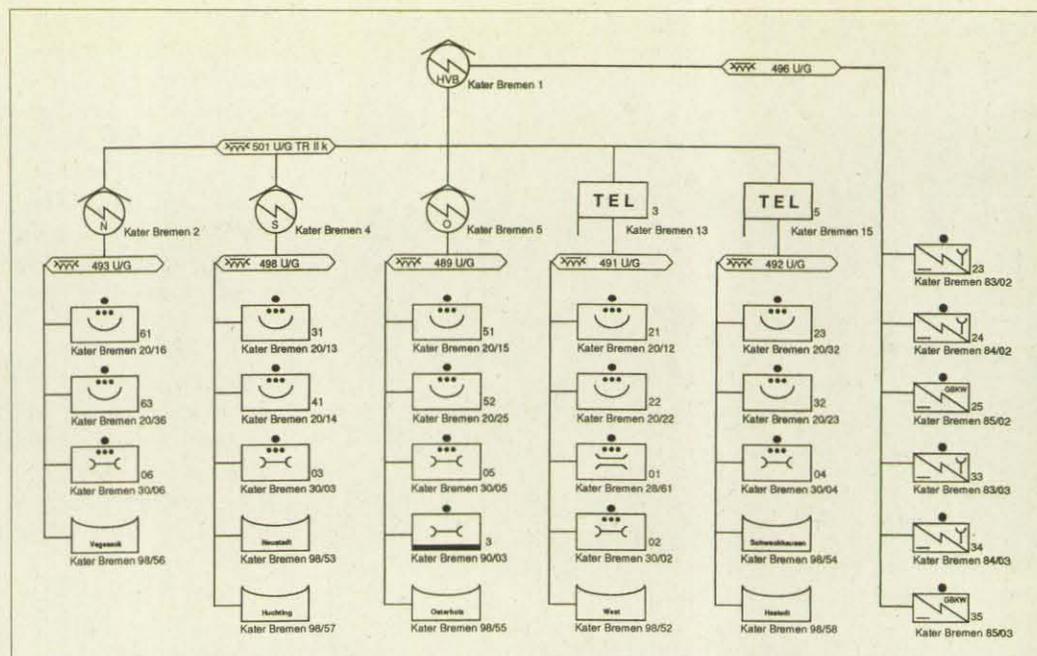
Der Übungszweck sollte u. a. sein:

- Aus- und Fortbildung der Benutzer von Sprechfunkgeräten für den Einsatz,
- Überprüfung der Einsatzbereitschaft und des Einsatzwerts der fernmeldetechnischen Führungsmittel,
- Einrichten und Betreiben von Sprechfunkbetriebsstellen und Sprechfunkstellen,
- Überwachung des Sprechfunkverkehrs auf Einhaltung der Bestimmungen der PDv 810/Dv 810 (KatS-Dv 810),
- Führung des Fernmeldeinsatzes.

Nach Erhalt dieses Auftrages setzte sich Jürgen Kardel mit dem Sachbearbeiter Ausbildung, Manfred Paletta, und dem Zugführer des 4. Fernmeldezuges (FmZ), Fred Kramer, zusammen, um erste Überlegungen anzustellen. Es wurde festgelegt, daß alle Einheiten und Einrichtungen des THW-Landesverbandes in der Stadtgemeinde Bremen teilnehmen sollten, die über ein Funkgerät verfügten. Weiterhin wurde beschlossen, daß sich die Übung, geteilt in zwei Übungsphasen, über einen ganzen Tag erstrecken sollte. In der ersten Übungsphase sollte eine schulmäßige Sprechfunkbetriebsübung mit aktiver Funküberwachung, in der zweiten Phase eine Sprechfunkbetriebsübung mit passiver Überwachung durchgeführt werden.

Die Übungsleitung für die FmÜb HEROS '91, die daraufhin gebildet wurde, setzte sich aus fünf Personen zusammen: Übungsleiter (ÜbLtr) Jürgen Kardel, Leiter Leitungsdienst (LdLtgDi) Fred Kramer, Leiter Funküberwachung (LdFuÜw) Michael Peters, Leiter Versorgung (LdVers) Manfred Paletta und Leiter Presse/Information (LdPresse) Peter Lohmann.

Der ÜbLtr erarbeitete nun einen Ablaufplan zur Vorbereitung der Übung, der alle



HEROS '91: Taktische Fernmeldeskizze Sprechfunk.

durchzuführenden Arbeiten erfaßte, u. a. waren dies:

- Festlegung des Übungsrahmens
- Lage
- Gedachter Verlauf mit Zeitplan
- Erkunden der Relaisstellen, der Aufbauplätze
- Funkausleuchtung
- Anforderung der Sprechfunkkanäle beim Innensentator
- Vorbereiten der Übungsnachrichten
- Befehle erarbeiten und ausgeben

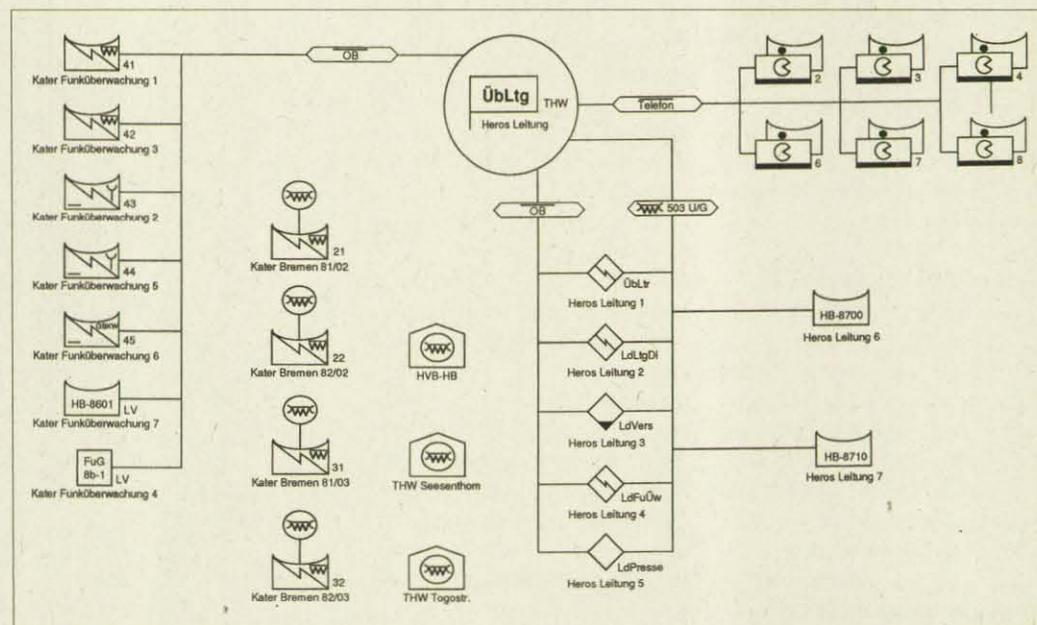
- Schiedsrichter- und Leitungsdienst
- Kosten
- Auswertung der Übung

Nachdem feststand, daß 46 Sprechfunkstellen an der Übung teilnehmen, wurden die taktische Gliederung und die Sprechfunkverkehrskreise erstellt.

Der 4. FmZ erhielt den Auftrag, als Leitungsdienst während der HEROS '91-Übung die ÜbLtg zu unterstützen. Im September/Okttober 1990 wurden im gesamten Gebiet der Stadt Bremen die

Aufbauplätze für die Relais- und Sprechfunkstellen einschließlich einer Funkausleuchtung erkundet. Parallel dazu wurden 1400 Nachrichten auf Nachrichtenvordrucke für die Übungsteilnehmer vorbereitet, welche am Übungstag abgesetzt werden sollten.

Ein Computer fertigte die X-Zeitpläne. Dann wurde für jede Sprechfunkstelle ein X-Zeitplan mit Art der Nachricht, Dringlichkeitsstufe und Empfänger erstellt. Die Befehle für den Fernmeldeinsatz, Zeitplan, Lage komplettierten die Unterlagen, welche



HEROS '91: Taktische Fernmeldeskizze Leitungsdienst.



Übungsleiter Jürgen Kardel hat die Fäden in der Hand. (Foto: Kardel)

drei Tage vor Übungsbeginn an die Übungsteilnehmer ausgegeben wurden. Der LdVers setzte für die Versorgung aller sechs Verpflegungsstrüps des THW Bremen ein.

Am Freitag abend vor Übungsbeginn mußte der Leitungsdienst die Befehlsstelle der Übungsleitung fernmeldegemäß ausstatten. Das hieß für den 4. FmZ:

- für die FuÜw sieben Funkplätze einrichten,
- für die ÜbLtg einen Funkplatz einrichten,
- eine Fernsprechvermittlung aufbauen,
- zwei Standardtelefonanschlüsse verlängern und auf den Amtszusatz auflegen,
- sieben OB-Fernsprechan schlüsse zu den Funküberwachungsplätzen einrichten und auf die Fernsprechvermittlung auflegen,
- bei der ÜbLtg drei OB-Fernsprechan schlüsse einrichten und auf die Fernsprechvermittlung auflegen,
- eine Relaisstelle im THW-Landesverband einrichten.

Am Samstag, dem 13. April 1991, war es soweit. Morgens um 6.30 Uhr trafen sich im THW-Ortsverband Bremen-Neustadt die ÜbLtg und der Leitungsdienst. Hier war der Sitz der Übungsleitung. Ab 7.30 Uhr kamen die ersten Stärkemeldungen der teilnehmenden Einheiten/Einrichtungen über Draht.

Um 8.15 Uhr sollte die Fernmeldeübung HEROS '91 beginnen. Auf den meisten Sprechfunkverkehrskreisen gelang das auch. Trotz einiger Geräteausfälle, die die Anzahl der Sprechfunkteilnehmer in den einzelnen Kreisen dezimierte, lief der Verkehr ab 9.30 Uhr zufriedenstellend.

Um 10.30 Uhr kam der Landesbeauftragte für Bremen, Günther Hildebrandt, um sich über den Ablauf der Übung zu informieren. Gegen 11.00 Uhr trafen weitere Gäste ein, Vertreter vom Senator für Inneres, von der Feuerwehr Bremen, von der Bereitschaftspolizei Bremen, der Hauptsachgebietsleiter Ausbildung vom THW-LV Nordrhein-Westfalen, einige Ortsbeauftragte des Bremer THW sowie Pressevertreter.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Landesbeauftragten gab der ÜbLtr einen Überblick über die Fernmeldeübung. Es wurden die Probleme, die der Sprechfunkverkehr mit sich bringt, kurz diskutiert. Der Vertreter aus dem Innenressort bat um eine Auswertung der Übung insbesondere über die Probleme im Sprechfunk.

Am Nachmittag begann die zweite Phase, bei der die FuÜw nur noch passive Aufgaben wahrzunehmen hatte. Sie hörte den Sprechfunkverkehr ab und trug die Fehler in vorbereitete Listen ein. Gegen 16.45 Uhr kam dann der Auf-

trag an alle: „Übungsunterbrechung! Fahren Sie gemäß Einsatzbefehl zur ÜbLtg und geben dort Ihre Unterlagen ab“, was von allen befolgt wurde. Bei der ÜbLtg mußte dann noch ein Fragebogen ausgefüllt werden, der der Übungsleitung nach Auswertung zur Meinungsbildung diente.

Trotz der Pannen war die Übung für alle lehrreich. Vom überwiegenden Teil der 153 Teilnehmer war zu vernehmen, daß solche Übungen öfter durchgeführt werden müßten.

J. K.

trung des Landesbeauftragten mit den Hauptsachgebietsleitern, den Bezirksbeauftragten und Stellvertretern ein ausführliches Informationsgespräch statt. Senator Hackmann berichtete den Führungskräften von der letzten Innenministerkonferenz und bezeichnete das THW als unverzichtbaren Bestandteil für den Katastrophenschutz in der Hansestadt.

Die ehrenamtlichen Führungskräfte bemängelten, wie schon in den vergangenen Jahren, die zu wenigen „echten“ Einsätze. Es wurden konstruktive Vorschläge gemacht, wie dieses Problem verbessert werden könnte. Der Innen senator versprach, in den verschiedenen Gremien seinen Einfluß geltend zu machen, um die Anzahl der Einsätze für das THW zu erhöhen.

Im übrigen dankte der Innen senator den ehrenamtlichen Helfern für die vielfältige Hilfe zum Wohle der Hansestadt. LB Trautvetter dankte dem Senator für die umfassende Information und sprach die Hoffnung aus, daß einmal im Jahr ein solches Gespräch stattfinden könne.

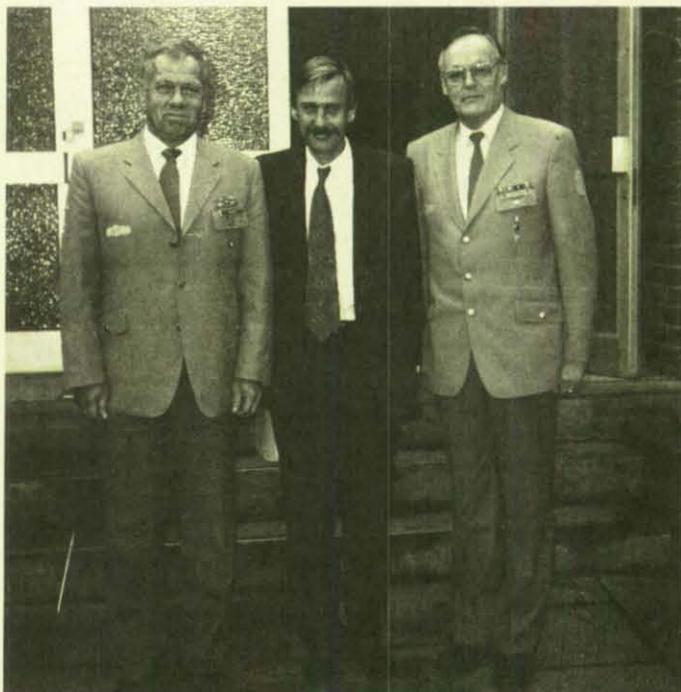
A. K.

Hamburg



Innensenator besucht THW-Landesverband

Hamburg. Der Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Werner Hackmann, besuchte kürzlich das THW. Im Bezirksverband Hamburg-Nord fand unter der Lei-



Innensenator Hackmann (Mitte) ist in den Reihen des Hamburger THW stets gerne gesehen. (Foto: Krüger)

Generalkonsul dankt THW-Helfern

Hamburg. Der Generalkonsul der UdSSR, Dr. W. I. Kusnezow, dankte allen Hamburger THW-Helfern, die in den vergangenen Monaten Hilfsgüter in die Sowjetunion gebracht haben.

Fast 100000 Kilometer wurden bei mehreren Transporten mit Lebensmitteln, medizinischen Geräten und anderen Hilfsgütern nach Smolensk und Leningrad zurückgelegt. Auch im Inland wurden Hilfsgüter vom Hamburger Hafen in einem Konvoi von 20 Fahrzeugen zum Flughafen Köln/Bonn transportiert.



Generalkonsul Dr. Kusnezow dankt den THW-Helfern für ihr Engagement. (Foto: Krüger)

Der Generalkonsul dankte in seiner Ansprache den Helfern für die gezeigte Solidarität und Hilfe. Er wies besonders auf die vielen Zeichen der Versöhnung zwischen der Sowjetunion und Deutschland hin.

Anschließend zeichnete Landesbeauftragter Günter Trautvetter die THW-Helfer mit dem THW-Abzeichen für Auslandseinsätze aus. Ein zwangloser Gedankenaustausch zwischen dem Generalkonsul und den Rußlandfahrern beschloß die Veranstaltung. A.K.

D-Brückenbau-Übung

Hamburg. Vom 26. bis 27. April 1991 führte der BV Hamburg-Altona eine Brückenbauübung durch. Es sollte eine D-Brücke in einer Länge von 12,24 m gebaut werden. Die Brücke war ausgerüstet mit der Flachfahrbahn F45 und hatte die Bauart einstöckig, zweiwandig mit 3. Gurt. In dieser Bauart liegt die Grenzspannweite der Brücke bei 24,48 m.

Bei der Übung wurden Helfer aus vier verschiedenen Einheiten eingesetzt, nämlich aus den Bergungszügen 12/42, 12/44, der Brückenbaugruppe 02 und dem leichten Bergungstrupp. Die Gesamtleitung lag beim Zugführer des Zuges 12/42.

Am Freitag abend begann ein Teil der Brückenbaugruppe, die Baustelle zu vermessen und die ersten Pallungen für den Brückenbau einzurichten. Gegen 20.30 Uhr traf der Rest der Mannschaft im Brückenlager ein und begann die Baustelle einzurichten, insbesondere die Ausleuchtung für die Nachtstunden vorzunehmen. Gegen 23.00 Uhr waren alle Vorbereitungen getroffen, so daß nach dem warmen Essen der Aufbau der Brücke begann. Dieser wurde in Wechselschicht durchgeführt, infolgedessen

begab sich die eine Hälfte der Mannschaft zur Nachtruhe.

Die Helfer wurden in drei Trupps eingeteilt. Zwei Trupps übernahmen jeweils die Montage einer Brückenwandung. Der dritte Trupp war für den Materialtransport zuständig, d. h. für den Antransport der Kleinteile wie Schrauben und kleinere Brückenteile. Zusätzlich war seine Aufgabe, die großen Teile wie Fahrbahnplatten, Dreiecke etc. an den Kran anzuschlagen und diesen beim Einbau der Teile zu dirigieren. In dieser Mannschaftsaufteilung wurde bis Samstag nachmittag gearbeitet, so daß die Brücke gegen 15.30 Uhr komplett montiert war.

In diesem Zusammenhang muß angeführt werden, daß ein Großteil der Helfer bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht an der D-Brücke gearbeitet hatte und somit angeleitet werden mußte von Helfern aus der Brückenbaugruppe, die diese Arbeit schon häufiger gemacht hatten.

Der Abbau der Brücke wurde am folgenden Samstag durchgeführt, wobei die gesamte Brücke binnen sechs Stunden demontiert und komplett wieder eingelagert wurde.

Abschließend läßt sich sagen, daß diese Übung in jeder Beziehung als Erfolg anzusehen ist, da nicht nur das Übungsziel, der Bau der D-

Brücke, erreicht wurde, sondern darüber hinaus alle Helfer sehr motiviert gearbeitet haben. Weiterhin erhielt eine Reihe von Helfern eine gute Einweisung in den D-Brückenbau. Für die Brückenbauer ergaben sich durch die Übung wertvolle Erkenntnisse über Kräftebedarf und Bauzeiten einer D-Brücke, die im Einsatzfall eine große Hilfe sein dürfte. St. W.

Niedersachsen



THW Niedersachsen an der Spitze

Cloppenburg. Einen großartigen Erfolg konnte der Landesverband Niedersachsen beim Bundeswettkampf des Technischen Hilfswerks am Samstag, dem 1. Juni 1991, in Mainz verbuchen.

Die Instandsetzungsspezialisten vom THW-Ortsverband Cloppenburg, Überraschungssieger des Landeswettkampfes 1990, überflügelten dabei sogar ihre Bergungskamera-



Landesbeauftragter Trautvetter begrüßt die Brückenbaugruppe.

(Foto: Krüger)



Nach erfolgreichem Wettkampf stellt sich der Instandsetzungszug aus Cloppenburg zum Siegerfoto.

(Foto: Wrede)

den und BWK-Teilnehmer der vergangenen Jahre. Unter der Leitung von Zugführer Bernhard Thyen und Zugtruppführer Klaus Lau boten sie bei der Bewältigung der gestellten Aufgaben nach einer angenehmen Naturkatastrophe sowohl im praktisch-technischen als auch im führungstaktischen Bereich die überzeugendste Leistung. Mit einem Durchschnitt von 89 % wurden sie Bundessieger von elf angetretenen Mannschaften mit insgesamt 275 Helfern.

Auch bei der Siegerehrung spielte Niedersachsen eine „tragende Rolle“, denn den Siegerpokal übergab mit dem Ausdruck seiner besonderen Freude als Vertreter der Bundesregierung Kanzleramtsminister Rudolf Seiters aus Papenburg. R. B.

das THW Niedersachsen beim 11. Tag der Niedersachsen in Rinteln den vielen tausend kleinen und großen Besuchern vor. Unter der Leitung des Kreisbeauftragten Horst Krause, Stadthagen, und seines Stellvertreters Friedrich Kühnemund, Rinteln, waren an allen Tagen über 150 Helfer mit diversen Geräten und Fahrzeugen im Einsatz.

Im Anschluß an den Darstellungsbereich der Feuerwehr Rinteln und einer gemeinsam genutzten Aktionsfläche leitete das Technische Hilfswerk seinen Ausstellungsbereich mit einem sieben Meter hohen

Gerüstturm ein, von dem aus Bergungsübungen mit dem Rollgliss durchgeführt wurden. Auf der gemeinsamen Aktionsfläche gab die Rettungshundestaffel aus Ronnenberg vielbeachtete Proben ihres derzeitigen Leistungsstandes bei Mut-, Gehorsams- und Geschicklichkeitsvorführungen der jungen Tiere ab.

Im weiteren Darstellungsbereich waren Teileinheiten der Bergungszüge aus Bückeburg, Stadthagen und Rinteln mit einem vielfältigen Programm, wie zum Beispiel Seilbahnbetrieb und Hebekissendemonstrationen, vertreten. Beson-

dere Beachtung fanden Abseilübungen von Helfern mit dem Rollgliss von der Weserbrücke in THW-Mehrzweckboote.

Am Sonntag sorgte der THW-Spielmanszug aus Salzgitter zunächst beim traditionellen Trachtenumzug und später u. a. auf der Pontonfähre für die musikalische Unterhaltung der Besucher.

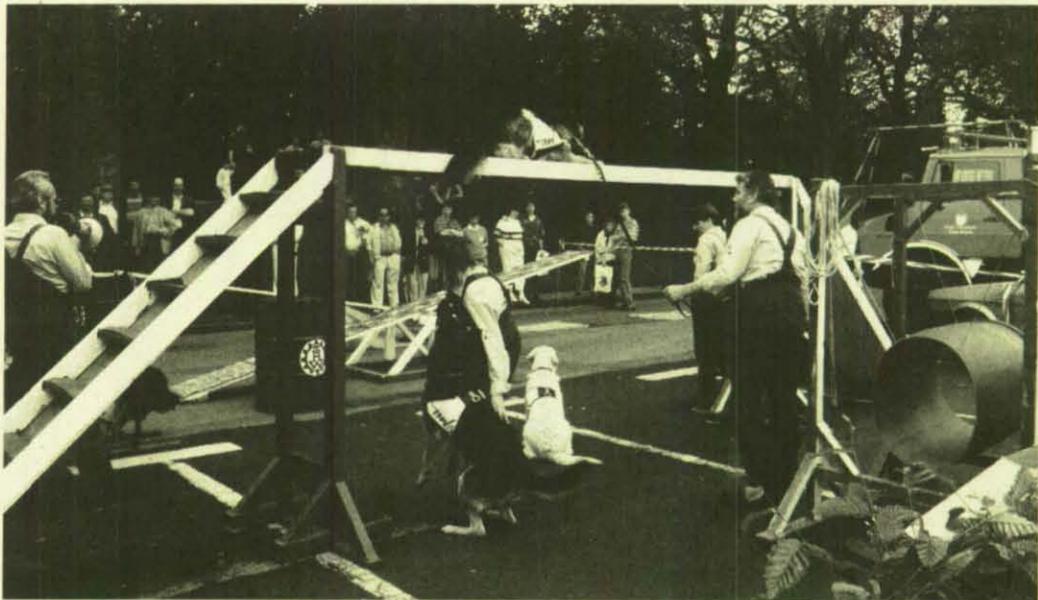
Die Weser bot sich besonders an, um den Wasserdienst des THW – dargestellt vom Ortsverband Hameln unter der Leitung von Rudolf Hepp – als Schwerpunkt in die Ausstellungsaktivitäten einzubeziehen. So verkehrte eine 4-t-Pontonfähre vom Anleger zum gegenüberliegenden Ufer, fuhren die wendigen Mehrzweckboote, und es wurden Schlauchboote für Paddeltouren bereitgehalten.

Einen Übergang zwischen zwei Parkplätzen belegte die THW-Jugendgruppe aus Springe, die einen Einblick in ihr Ausbildungs- und Arbeitsprogramm gewährte und eine Reihe von Kinderattraktionen vorbereitet hatte. Ein Zelt mit einer umfangreichen Fahrzeugmodellschau sowie vielen Miniatur-Schadensdarstellungen weckte bei kleinen und großen Besuchern gleichermaßen Interesse.

Den Abschluß des THW-Darstellungsbereiches bildeten der Instandsetzungs- und Fernmeldedienst, betreut von

Erstmals Rettungshunde im Programm

Rinteln. Unter maßgeblicher Beteiligung des THW-Ortsverbandes Rinteln und Mitwirkung weiterer neun Ortsverbände von Stadthagen bis Wilhelmshaven stellte sich



Das Programm der Rettungshundestaffel aus Ronnenberg kommt bei den Zuschauern gut an.

den Ortsverbänden Rinteln, Langenhagen und Lehrte. Während ersterer ihr Einsatzspektrum bei Reparaturdarstellungen von Wasser-, Gas- und Elektroleitungen vorstellten und dabei auch Mitmachaktionen anboten, sorgten letztere für die funk- und fernmeldetechnische Verbindung der eingesetzten THW-Führungskräfte.

Das technisch aufwendigste Exponat schließlich war wie bereits 1990 in Stade der Kran „Störtebeker“ aus Wilhelmshaven. Sein Ausleger trug einen über der Weserbrücke hängenden Würfel mit THW-Logo, der die Aufmerksamkeit der Brückenpassanten zu diesem Darstellungsbereich lenken sollte und dies auch weithin sichtbar tat. Daß darüber hinaus eine Einsatzgruppe für technische Hilfeleistungen aller Art rund um die Uhr bereitstand, war wie bei den vorherigen Tagen der Niedersachsen auch in Rinteln selbstverständlich.

180000 Besucher erlebten in Rinteln wieder eine von insgesamt 8000 Aktiven vorbereitete und durchgeführte,



Die Pontonfähre des THW-OV Hameln übernimmt den Übersetzverkehr über die Weser.

rundum gelungene Mammutveranstaltung. Sachgebietsleiter Bormann, Geschäftsführer Peter Ziech sowie die vielen ehrenamtlichen Führungskräfte und Helfer nebst hauptamtlichen Mitarbeitern freuten sich über den gewünschten Erfolg mit geschätzten 30000 Besuchern und Passanten. Das Tüpfelchen auf dem i bildete ein Dreiminutenbericht im NDR-3-Fernsehen, bei dem die Hundestaffel das besondere Interesse der Journalisten fand. R. B.

Baden-Württemberg



Drei Tage im Einsatz

Mühlacker. Mit Helfern und Fahrzeugen hat das THW die Vorbereitung der Kurdenhilfe tatkräftig unterstützt. Aufgabe war es, Zelte, Decken, Feldbetten und Schlafsäcke von Dresden nach Darmstadt zu transportieren. Die Bestände waren von der Volksarmee der ehemaligen DDR übernommen worden und sollen so einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden.

Im Verbund mit Helfern und Fahrzeugen von acht anderen Ortsverbänden, die unterwegs zum Konvoi stießen, wurde dieser Einsatz bewältigt. Die Fahrstrecke führte über Pforzheim, Hohenlohe und Hof, wo man die einstige deutsch-deutsche Grenze überquerte. Am Abend in Ottendorf bei Dresden angekommen, wurde im Arbeiterwohnheim des einstigen „VEB Sachsenglas“ für eine kurze Nacht Quartier bezogen. Die Beladung der Fahrzeuge erfolgte in Ockrilla, nahe Dresden, auf einem ehemaligen Kasernengelände, das heute dem Bundesministerium des Innern unterstellt ist. Dort lagerten die zukünftigen Hilfsgüter in vielen hunderten Meter langen Hallen.

Nach einigen Stunden Arbeit

waren die zur Verfügung stehenden 153 Kubikmeter Laderaum mit rund 25 Tonnen Hilfsgütern angefüllt und die Weiterfahrt konnte angetreten werden. Die Helfer wechselten sich auf der Strecke nach Darmstadt turnusmäßig ab. Dabei waren sie wegen der Schlaglöcher über die robusten THW-Fahrzeuge froh.

Nachdem am Abend das Domizil des Darmstädter THW-Ortsverbandes erreicht war, konnten sich die Fahrer guten Gewissens zur Nachtruhe begeben, denn zur Entladung der Hilfsgüter standen Darmstädter Helfer bereit. Hier wurden alle mitgebrachten Teile zusammengesetzt und auf ihre Funktionstüchtigkeit hin überprüft. Schadhafte Teile wurden repariert oder aussortiert. Ist das bei Schlafsäcken noch einfach, steigerte sich der Aufwand bei Zelten erheblich. So mußten auch rund 400 Luftmatratzen aufgeblasen und auf Dichtheit geprüft werden.

Als dann beim Umladen aus augenscheinlich intakten Decken Mäuse hervorpurzelten, war jedem klar, daß die Materialüberprüfung ihren Sinn hat. Denn bei strömendem Regen kann ein kurdischer Flüchtling für Zelte, in die von deutschen Mäusen Lecks genagt wurden, wohl keine allzu große Dankbarkeit empfinden. Aus den überprüften Materialbeständen wurden Kontingente zusammengestellt und an die Ortsverbände verteilt, deren Helfer im Kata-



„Schatzsuche“ mit elektronischer Unterstützung – den Kindern und Jugendlichen macht es Spaß. (Fotos: Bormann)

strophengebiet zum Einsatz kommen, damit sich diese mit dem Gerät vertraut machen können.

Während es für die Darmstädter Helfer, die noch einen weiteren Konvoi aus Berlin erwarteten, den es zu entladen galt, nur eine kurze Ruhepause gab, konnten die Fahrer aus Süddeutschland am nächsten Morgen mit geleerten Ladeflächen die Heimreise antreten. Die Unterkunft konnte schließlich am Nachmittag des dritten Einsatztages, nach über 1200 Kilometern, angesteuert werden. M. W.



Mehr als 1000 Kilometer waren die THW-Helfer mit ihren Fahrzeugen unterwegs.

Warndienst



Zu Gast im Warnamt III

Per Hubschrauber traf am 9. Juli 1991 eine hochrangige Regierungsdelegation der Vereinigten Arabischen Emirate im Warnamt III in Rodenberg/Deister ein. Zum Zwecke des Erfahrungsaustausches über Zivil- und Katastrophenschutz besuchte diese Delegation unter Leitung des Generaldirektors für Zivilverteidi-

gung, Humaid Ali Saif, die Bundesrepublik Deutschland vom 5. bis 11. Juli 1991. Im Warnamt III stand neben der Einweisung in das zur Zeit gültige Warnkonzept und einer Besichtigung der technischen Ausstattung des Bunkers vor allem die Information über WADIS und WARI auf dem Programm.

Das Warndienst-Informationssystem (WADIS) mit seinen bundesweit 2000 Meßstellen zur Überwachung der

Radioaktivität in der Umwelt und eine Einführung in die Funktionsweise des neuen Rundfunkwarnsystems (WARI) bildeten die Schwerpunkte der dargestellten Aufgabenbereiche der Warnämter. Abgerundet wurde der Besuch durch die Vorstellung des nuklidspezifischen Meßfahrzeuges.

Die arabischen Gäste zeigten sich beeindruckt von der Aufgabenvielfalt und der technischen Ausstattung des Warnamtes. Ein Tatbestand der durch die Vergleichsmöglichkeiten der Besucher mit anderen europäischen Ländern besonders erfreulich stimmt.

Hans-Georg Dusch, und dem Leiter des Warnamtes VII, Dipl.-Ing. Gerd Hardt, empfangen. Als Vertreter der Abteilung Warndienst nahmen Regierungsdirektor Jürgen Schulz sowie der Leiter der WD-Verbindungsstelle 72, Dieter Grimm, an diesem Informationsbesuch teil.

Nach der Begrüßung referierte der Leiter des Warnamtes VII über die Aufgaben und die Organisation des Warndienstes. Ein besonderes Interesse der Gäste betraf die Aufgaben des Warndienstes im Rahmen des Strahlenschutzvorsorgegesetzes. Im Anschluß an das Referat wurde Generalmajor Koppe und Oberst Ohlhoff einige der Arbeitsweisen des Warndienstes „vor Ort“ gezeigt. Eine Vorführung des nuklidspezifischen Meßfahrzeuges durfte dabei ebensowenig fehlen wie eine Demonstration des Warndienst-Informationssystems mit der zugehörigen Software. Der Abschluß des für beide Seiten interessanten Besuches bildete ein gemeinsames, durch die Küche des Warnamtes VII zubereitetes Arbeitsessen. Hier fand sich Gelegenheit, in guter Atmosphäre



Die Gäste aus den Vereinigten Arabischen Emiraten zeigen sich von der Technik des Warnamtes beeindruckt. (Foto: Dierding)

Besuch von der Bundeswehr

Am 10. April 1991 besuchte der Kommandeur der 2. Luftwaffendivision, Generalmajor Koppe, in Begleitung des Kommandeurs der Radarführungsabteilung 21, Oberst Ohlhoff, das Warnamt VII in Weinsheim. Hier wurden die Offiziere vom Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz,



Erinnerungsfoto im Warnamt VII (von rechts): Präsident Dusch, Warnamtleiter Hardt, Generalmajor Koppe, Leiter WD-Verbindungsstelle 72 Grimm, Oberst Ohlhoff und Regierungsdirektor Schulz. (Foto: Hardt)

noch offene Fragen zu beantworten und gemeinsam interessierende Belange der Verteidigung im allgemeinen wie die der zivilen Verteidigung – mit den vielen Fachgebieten – im besonderen zu erörtern.

Drei Jubilare geehrt

Ein seltenes Jubiläum konnte der langjährige Leiter der WDLMSt 91 in Ansbach-Claffheim, Hans-Helmut Walter, feiern. Er wurde durch den Abteilungsleiter Warndienst, LBD Dr. August-Jürgen Mas-

ke, für 30jährige ununterbrochene Mitarbeit im Warndienst geehrt.

Hans-Helmut Walter verpflichtete sich im Jahre 1960 bei der sich damals noch im Aufbau befindlichen Zivilschutzeinrichtung des Bundes zur freiwilligen Mitarbeit. Als Angehöriger eines nicht wehrpflichtigen Geburtsjahrganges lagen seiner Verpflichtung rein ideelle und humanitäre Aspekte zugrunde. Durch seinen Einsatz trug er als ehrenamtlicher Mitarbeiter viel zum Aufbau sowie zur Ausbildung ganzer Helfergenerationen bei. Zugleich mit dieser Ehrung nahm Hans-Helmut Walter auch – infolge Errei-

chens der Altersgrenze – seinen Abschied vom Warndienst.

Ebenso wurden der Auswerteleiter bei der WDLMSt 91, Ernst König, als Nachfolger von Walter in der Funktion des Leiters der WDLMSt sowie Gerhard Steinbauer M.i.b.F. (Gehilfe Einsatzleiter Organisation und Sozialbetreuer) für 25jährige Mitarbeit im WD ausgezeichnet.

Abteilungsleiter Dr. Maske überbrachte den Jubilaren seinen besonderen Dank und Anerkennung für den langjährigen beispielhaften Einsatz und betonte die Vorbildfunktion einer derartigen langjährigen Mitarbeit.



Glückwünsche für drei Jubilare (von rechts): Ernst König, Hans-Helmut Walter, Gerhard Steinbauer, Abteilungsleiter Dr. Maske und Warnamtleiter Frank. (Foto: Herzog)

Nachruf

Vor einigen Monaten verstarb der ehemalige WD-Verbindungsleiter

Reinhold Cernhoff

im Alter von 68 Jahren. Cernhoff wurde am 5. 3. 1923 in Ostpreußen geboren. Nach dem Abitur meldete er sich 1940 als Kriegsfreiwilliger zur Luftwaffe. Nach Rekrutenzeit und Ausbildung zum Flieger erfolgte der Einsatz als Jagdbomberpilot.

Bei Kriegsende, im Rang eines Oberleutnants, verließ Cernhoff Deutschland und kam über Spanien nach Chile. In den sechziger Jahren erfolgte die Rückkehr nach Deutschland.

Nach Beschäftigung als Geschäftsführer bewarb er sich 1969 beim Bundesamt für Zivilschutz als Verbindungsleiter. Nach der Einweisung und Ausbildung im Warnamt V begann er seine Verbindungsführertätigkeit am 1. 7. 1970 in der Warndienstverbindungsstelle 51 in Goch. 1988, nach 18jähriger Tätigkeit, schied er als Pensionär aus dem Berufsleben aus.

Alle, die Reinhold Cernhoff kannten, verstehen das frühe Ableben nicht – ist er doch sportlich fit und mit vielen Ideen für seine Zeit des Ruhestandes aus dem aktiven Dienst ausgeschieden.

Reinhold Cernhoff bleibt vielen unvergessen.



Humanitäre Hilfe des DRK im Mittleren Osten

Die Unruhen im Norden des Iraks hatten Ende März/Anfang April zur Folge, daß nach Angaben der Vereinten Nationen ca. 1,5 Millionen kurdische Bewohner des Irak in die Nachbarländer Iran und Türkei flüchteten. Die Flüchtlingswelle bewegte das DRK in Abstimmung mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, der Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, dem Türkischen und Iranischen Roten Halbmond, Anfang April eine großangelegte Hilfsaktion einzuleiten.

Türkei

Seit dem 6. April 1991 wurden mit Hilfe des Koordinierungstabes im Auswärtigen Amt durch Flugzeuge der Bundeswehr oder gecharterte Maschinen über 30 Hilfsflüge durchgeführt, mit denen Material im Wert von über 15 Millionen DM in die Türkei geflogen wurden.

Der Schwerpunkt der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes lag in der Betreuung von drei größeren und mehreren kleineren Flüchtlingslagern in unmittelbarer Nähe der türkisch-irakischen Grenze. In diesen Lagern lebten insgesamt ca. 200000 Menschen. Die Betreuung umfaßte die Aufbereitung und Ausgabe von Trinkwasser und die Verteilung von Hilfsgütern sowie die medizinische Versorgung.

In den ersten zwei Wochen stellten drei mobile medical teams, bestehend aus zwei Ärzten, drei Krankenschwestern und Bergwachthelfern eine erste medizinische Minimalversorgung her, die schon

bald durch Notambulatorien ergänzt wurde. Der Gesundheitszustand und die große Zahl der Flüchtlinge erforderte jedoch schon bald die Verlegung eines kompletten Feldlazarettes mit 210 Betten in das Einsatzgebiet. Neun schwerverletzte Flüchtlinge wurden bis zum 22. 5. 1991 durch Maschinen der Bundeswehr oder eigene Ambulanzflüge zur Behandlung in die Bundesrepublik geflogen. Ihre Rückführung wird entsprechend ihrem Gesundheitszustand vom DRK organisiert.

Insgesamt zehn Trinkwasseraufbereitungsanlagen produzierten zuletzt 250000 Liter Trinkwasser am Tag, das teilweise in Spezialtanks per Hubschrauber in die Flüchtlingslager gebracht wurde. Anfang April herrschten im

Einsatzgebiet noch winterliche Temperaturen vor, so daß warme Kleidung, Schlafsäcke und Zelte zu den vordringlich benötigten Gütern gehörten und entsprechend beschafft und verteilt wurden. Der örtliche Einkauf und die Verteilung von Lebensmitteln erfolgte in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in Ankara.

In Spitzenzeiten waren über 240 Helferinnen und Helfer in den Lagern vor Ort tätig. Eine Aufschlüsselung der 221 Einsatzkräfte vom 26. 4. 1991 nach Funktionen mag hierzu als veranschaulichung dienen: 16 Personen Einsatzleitung und Verwaltung, 20 Ärzte, 58 Krankenschwestern und -pfleger, MTA, PTA, 32 Fahrer, 23 Helfer für die Trinkwasseraufbereitung, 48 Kräfte Berg-

wacht für Hilfsgüterverteilung und Verladedienst, 8 Techniker, Funker, 16 Köche, Verpflegungshelfer.

Alle 19 Landesverbände des DRK und der Verband der Schwesternschaften haben den Einsatz durch Gestellung von Helfern unterstützt. Medizinische Fachkräfte wurden auf dem freien Markt geworben. Hervorzuheben ist die enge und gute Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und den verschiedenen Hilfsorganisationen vor Ort wie ASB, MHD, THW, ADRA und Österreichisches Rotes Kreuz, deren Einsatz das DRK koordinierte. Ende Mai beendete das DRK seinen Türkeieinsatz aufgrund der Rückwanderung der Kurden in die geschützten Zonen des Iraks.



Zwei Kreuze, die sich gut ergänzen.



Frischgemüse und Obst werden per Bundeswehruhubschrauber in die Lager geflogen. (Fotos: Hamburg)

Iran

Die Arbeit des DRK im Iran ist auf die Beschaffung und Zuführung von Hilfsgütern gemäß Anforderung des IKRK konzentriert. Seit dem 18. April wurden durch Flugzeuge der Bundeswehr, der Canadian Air Force und gecharterte Maschinen in über 20 Flügen Hilfsgüter im Wert von knapp 15 Millionen Mark in den Iran geflogen. Die Verteilung erfolgte durch Vertreter des IKRK.

In der Aufbauphase der Flüchtlingslager war das DRK seit dem 6. 4. mit zwei Aufbauteams – bestehend jeweils aus einem Leiter, einem Elektriker, einem Klempner – auf Ersuchen des IKRK für vier Wochen im Nordwest-Iran tätig. Vom 2. bis 25. Mai war das DRK durch einen Verbindungsmann im Iran vertreten, der die Koordination mit Bundeswehr, IKRK und anderen Hilfsorganisationen sowie die Übergabe der Hilfsgüter sicherstellte.

Im Iran vollzieht sich, bedingt durch eine offenbar noch unsichere Situation im Nordwest-Irak, der Rückfluß der ursprünglich eine Million Flüchtlinge eher langsam. Zudem wird von den inter-

nationalen Organisationen erwartet, daß mindestens 150000 Flüchtlinge im Iran verbleiben wollen. Das IKRK zieht sich Schritt für Schritt aus der Flüchtlingsbetreuung zugunsten der Liga zurück. Das DRK hat dem Iranischen Roten Halbmond sechs Trinkwasseraufbereitungsanlagen zur Verfügung gestellt, ein DRK-Techniker weist Helfer der iranischen Schwestergesellschaft in den Betrieb dieser Anlagen ein.

Irak

Die Hilfeleistungen des DRK im Irak beschränken sich zur Zeit auf die Bereitstellung von Hilfsgütern für das IKRK. Im Mai fanden zwei Hilfsflüge nach Amman statt, das IKRK besorgte den Weitertransport nach Bagdad. Der Wert der beschafften Hilfsgüter und Lebensmittel beläuft sich bisher auf über zehn Millionen DM. Unabhängig von diesen Maßnahmen ist das DRK im Auftrag des IKRK seit Anfang April mit je vier Helfern in Bagdad und Basra im Bereich der Trinkwasseraufbereitung tätig.

Die Unruhen im Norden des Irak haben zu erheblichen

Zerstörungen der Infrastruktur geführt, so daß Hilfsmaßnahmen für die rückkehrenden Flüchtlinge wie medizinische Betreuung, Errichtung von Unterkünften, Trinkwasseraufbereitung und Lebensmittelversorgung notwendig erscheinen. Das DRK prüft zur Zeit die Bedingungen, unter denen eine Arbeit in der Schutzzone im Norden des Irak möglich ist.

Für die Kurdenhilfe in der Türkei wurden vom DRK bis zum Berichtszeitpunkt knapp 35 Millionen DM eingesetzt. Weitere 35 Mio. DM stehen für die Rotkreuzhilfe im Iran (20 Mio.) und Irak (15 Mio.) zur Verfügung. Die bisherigen Hilfsmaßnahmen des DRK wurden überwiegend vom Auswärtigen Amt und von der EG unterstützt.

Horst F. Hamburg

Beitrag zur Kurdenhilfe

Einen großen finanziellen Beitrag zur Kurdenhilfe leistete die schleswig-holsteinische Landesregierung. Sie stellte dem DRK-Landesverband Schleswig-Holstein 650000 Mark für die Kurdenhilfe zur Verfügung. Der Landesverband beschaffte davon vier mobile Trinkwasseraufbereitungsanlagen mit den notwendigen Mineralien und Salzen für den Einsatz für ein halbes Jahr sowie zwei Thermowagen für den Transport von Blutkonserven. Die Wasseraufbereitungsanlagen sind in VW-Bussen eingebaut und

verfügen über eine eigene Kraftanlage, so daß der Einsatz weiterer Geräte entbehrlich ist. Rund 24000 Liter Trinkwasser können pro Stunde mit den Anlagen aufbereitet werden.

Präsident Dr. Hartwig Schlegelberger überreichte am 13. Juni 1991 dem DRK-Einsatzleiter Jürgen Weyand und Volkmar Schön die Schlüssel für die Fahrzeuge, die anschließend gleich zum Flughafen transportiert und in die Türkei geflogen wurden.

Margitta Zimmermann



Präsident Dr. Schlegelberger (Mitte) bei der Schlüsselübergabe an Jürgen Weyand (rechts) und Volkmar Schön. (Foto: Zimmermann)

Der ASB in den neuen Bundesländern

Ein Wiederbeginn schon vor der Wiedervereinigung

Wenn hier „Wiederbeginn“ steht, so dürfen wir in Erinnerung rufen, daß der Arbeiter-Samariter-Bund vor 1933 in ganz Deutschland vertreten war. Die Nationalsozialisten hatten ihn damals verboten mit der nicht nachvollziehbaren Begründung, er sei eine politische Organisation. Während sich der ASB nach dem 2. Weltkrieg in der Bundesrepublik schnell wieder etablieren konnte, blieb ihm die soziale Tätigkeit in der DDR verwehrt. Erst mit der Maueröffnung kam die Möglichkeit, dort wieder anzufangen, wo vor 1933 die Mehrheit,

nämlich 63 Prozent aller deutschen ASB-Ortsverbände, aktiv war.

Der Aufbau der neuen ASB-Ortsverbände begann schon Ende 1989 in der damaligen DDR und intensivierte sich nach der Wirtschafts- und Währungsunion. Das Wirken des ASB war offensichtlich noch aus Vorkriegszeiten in guter Erinnerung geblieben – sozial engagierte Bürger aus vielen Orten meldeten sich für Neu- und Wiedergründungen des ASB.

Mit Starthilfen vom Kölner Bundesverband, der organisatorisch beriet und Fahrzeuge

für Rettungsdienst, Krankentransport und Mobile Soziale Dienste beschaffte, ging der Aufbau zügig vonstatten. Früh entstanden Patenschaften von Ortsverbänden aus dem Westen, die ihren Kollegen in den neuen Bundesländern nach wie vor mit Rat und Tat zur Seite stehen, um aus der eigenen Erfahrung heraus konkrete Planungs- und Organisationshilfen vor Ort zu geben. Aus diesen Verbindungen von Ortsverband West zu Ortsverband Ost haben sich auch Freundschaften entwickelt – ein schöner Nebeneffekt.

Tagungen und Seminare zu

speziellen Arbeitsfeldern beim Bundesverband ergänzen und vertiefen das Informationsangebot für die jungen Landes- und Ortsverbände. Die Umstellungen auf die völlig anderen westlichen Strukturen in Gesundheitswesen und freier Wohlfahrtspflege ist naturgemäß nur mit viel Engagement und Lernwillen zu bewältigen. Beides haben die Samariter der neuen Bundesländer bewiesen, denn in den fünf östlichen ASB-Landesverbänden sind derzeit insgesamt 80 Ortsverbände aktiv.

... Zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Rettungsdienst in Stralsund

„Der ASB war der Strohhalm, an den wir uns klammern konnten.“ Das sagt ein Mann, der es eigentlich gewohnt ist, selbst Hilfe zu leisten, nicht Hilfe zu bekommen. Dr. Peter Maqué, Notarzt und Leiter der „Schnellen Medizinischen Hilfe“ (SMH) in Stralsund, kehrt gerade von einem Einsatz zurück. Eine junge Frau hatte wegen familiärer Probleme 110 Schlaftabletten in sich hineingestopft – sie konnte gerade noch gerettet werden. So etwas geht auch dem stattlichen Mann, dem erfahrenen Notarzt, nahe... Doch nach einer Tasse Kaffee und einem Joghurt hat er wieder – bis zum nächsten Einsatz – den Kopf frei für sein Ehrenamt. Dr. Peter Maqué ist nämlich Vorsitzen-



Eine Fußgängerin ist vom Auto erfaßt worden: ASB-Notarzt Norbert Mathes, der vom gerade diensthabenden Fahrer, dem Rotkreuzsanitäter Peter Beginski, zum Einsatzort gebracht wird, stellt mehrere Knochenbrüche und Platzwunden fest. Rettungssanitäter Michael Arndt und Oberschwester Marina Genz übernehmen im ASB-Rettungswagen gemeinsam mit dem Notarzt die Versorgung der Schwerverletzten und bringen sie ins Kreiskrankenhaus.



An der Ostseeküste im Einsatz – die junge ASB-Mannschaft in Stralsund: Oberschwester Marina Genz, Schwester Irene Haufe, die Rettungsanitäter Michael Arndt und Ulf Schwitendorf sowie Notarzt Norbert Mathes.

(Fotos: Brock)

der des ASB-Ortsverbandes Stralsund.

Erstmals hat er den Arbeiter-Samariter-Bund bei einer Notfallmediziner-Tagung in Brandenburg kennengelernt. Kurz darauf, am 13. Juli 1990, gründete er – gemeinsam mit den meisten SMH-Angestellten – den ASB-Ortsverband der Hansestadt Stralsund. „Wir sahen darin die Chance, ein Äquivalent zum Roten Kreuz zu schaffen“, erklärt Maqué, der in der ehemaligen DDR als Notarzt immer aufs Rote Kreuz angewiesen war: Das Rote Kreuz war verpflichtet, für das staatliche, medizinische Personal der SMH-Stationen Krankenwagen, die allerdings vom Staat gestellt waren, und Fahrer zur Verfügung zu stellen. „Von dieser Abhängigkeit wollten wir weg, und gleichzeitig wollten wir aber auch das bewährte SMH-System erhalten, bei dem immer eigene, hauptamtliche Notärzte im Einsatz sind.“

Mit Hilfe des ASB, so glaubt Peter Maqué, ist ihnen das gelungen. Nach anfänglichen Reibereien klappt sogar die Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz wieder ganz gut – beide Hilfsorganisationen teilen sich das ehemalige Stralsunder Stasi-Gebäude und wechseln sich bei der Bereitstellung des Notarzt-

Einsatz-Fahrzeugs (NEF) und des Fahrdienstes für niedergelassene Ärzte alle 24 Stunden ab.

Innerhalb nur weniger Monate entwickelte sich der ASB, der schon einmal von 1923 bis zum Verbot 1933 in der Küstenstadt an der Ostsee tätig war, zu einem ansehnlichen Ortsverband. Mit Hilfe des Bundesverbandes, der Unterstützung von Samaritern aus Bad Oldeslohe und aus Kiel und mit Fördergeldern der Bundesregierung bauten die Stralsunder Samariter ihren Rettungsdienst auf.

Noch finanziert sich der Rettungsdienst in Stralsund über-

wiegend aus Zuschußgeldern der Stadt. Peter Maqué und sein Notarztkollege Norbert Mathes, der stellvertretender ASB-Vorsitzender ist, werden noch vom Krankenhaus bezahlt – doch das soll sich alles bald ändern. Die Verhandlungen mit den Krankenkassen laufen auf Hochtouren.

Bis Ende 1991 läuft noch die Übergangsregelung, die die Gehälter für die sieben städtischen, im Rettungsdienst eingesetzten Krankenschwestern und für die neun ASB-Rettungsanitäter garantiert. Vier weitere ASB-Rettungsanitäter werden bereits eingearbeitet: Im 30000 Einwohner

... zum Beispiel Sachsen-Anhalt

Rettungsschule in Magdeburg

In der ehemaligen DDR war alles genau geregelt – so auch der Rettungsdienst, der „Schnelle Medizinische Hilfe“ hieß: Fahrer mußten nur fahren können; um den Patient kümmerten sich ein stets mitfahrender Arzt und eine Krankenschwester oder ein Pfleger. Qualifizierte Rettungsanitäter gab es nicht. Jetzt, nach der Einigung, wird das zum Problem.

Einerseits kann an dem alten SMH-System, bei dem zu jedem Einsatz ein Arzt mitfuhr, nicht festgehalten werden, andererseits ist es auch unmöglich, die Fahrer einfach als Rettungsanitäter zu übernehmen. Dafür fehlt den Männern, die eine Facharbeiterausbildung abgeschlossen haben mußten, also beispielsweise Elektriker oder Karosseriebauer waren, schlicht die

zählenden Landkreis soll eine weitere ASB-Rettungswache eingerichtet werden, und in der Küstenstadt Stralsund (75000 Einwohner) werden künftig ASB, Feuerwehr und Rotes Kreuz je eine Rettungswache betreiben.

Der Rettungsdienst allein beschert den Stralsunder Samaritern, deren Ortsverband rund 100 Mitglieder zählt, eigentlich schon genug Arbeit – aber die ASBler engagieren sich auch im sozialen Bereich: Sie betreiben zwei Sozialstationen, fahren Behinderte, liefern „Essen auf Rädern“ aus und sind gerade dabei, ein Asylbewerberwohnheim mit 50 Plätzen einzurichten.

Dennoch, Angst, daß ihnen die Arbeit über den Kopf wachsen könnte, haben sie nicht. Im Gegenteil: „Früher mußten wir uns manches Mal bis zum ‚Gehtnichtmehr‘ abstrampeln, und unterm Strich ist dann doch nichts herausgekommen. Hier beim ASB jedoch kann man nützliche Arbeit leisten, deshalb engagiert man sich auch gerne“, erklärt die gelernte Elektroingenieurin Monika Dallmer, die nun beim ASB als Geschäftsführerin einen Arbeitsplatz gefunden hat. Ihr Vorsitzender bestätigt die Motivation der jungen Samariter-Truppe: „Die stehen alle wie eine Eins hinterm Samariter-Bund.“



Rettungssanitäter wollen sie werden, die Männer und Frauen, die sich in der Rettungsschule des ASB-Landesverbandes Sachsen-Anhalt von Regina Reinhold ausbilden lassen.

Bundesländern unter ASB-Regie.

Regina Reinhold, zehn Jahre lang leitende SMH-Schwester, erkannte schon bald nach der sich abzeichnenden Eini-gung den Ausbildungsbedarf und begann mit dem Aufbau der Schule. „Wir mußten uns von heute auf morgen auf eine neue Situation im Rettungs-dienst einstellen“, erklärt Frau Reinhold, die nun die neue ASB-Schule leitet und stolz darauf ist, daß die Schule schon jetzt ganz ohne Zuschüsse leben kann.

In der ehemaligen DDR mußten die SMH-Mitarbeiter und Fahrer nichts selbst entscheiden, weil ja stets ein Arzt dabei war. „Jetzt auf einmal Verantwortung zu übernehmen und eine Diagnose zu stellen, das fällt den Kursteilnehmern am schwersten“, berichtet Regina Reinhold.

Das Kursprogramm, das die Schule anbietet, entspricht dem 520-Stunden-Rettungs-sanitäter-Lehrgang, der auch in den alten Bundesländern üblich ist. Nach einem vier-wöchigen Grundlehrgang ste-

hen zwei einmonatige Prakti-ka, eines in der Klinik und eines in einer Rettungswache, auf dem Programm.

Anschließend müssen die Teilnehmer einen einwöchi-gen Abschlußlehrgang absolvieren. Haben sie alle Prüfungen, schriftliche und mündliche Theorietests und prakti-sche Übungen mit Erfolg bestanden, sind sie „Rettungs-sanitäter“ und dürfen als Besatzung in einem Rettungs-wagen mitfahren. Bricht je-mand die Ausbildung nach dem Grundlehrgang ab, gilt er

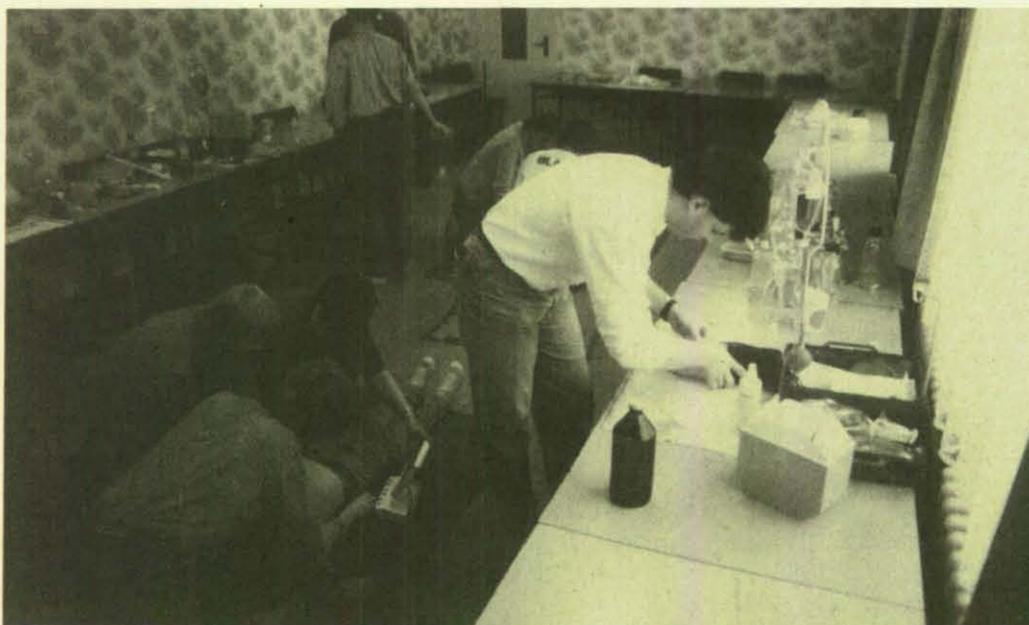
als Rettungshelfer und kann lediglich im Krankentransport eingesetzt werden.

Die Ausbildung, sagt Zahn-ärztin Elke Engel, eine von zwei festangestellten Lehr-kräften, sei ein „ganz schönes Powerprogramm“. Aber die allermeisten Teilnehmer hal-ten durch: Von den 97, die bis-her im Grundkurs angetreten sind, haben nur zwei die Prü-fung nicht bestanden, und von den 23 Abschluß-Absolventen ist nur einer durchgefallen. Regina Reinhold: „Unsere Kursteilnehmer sind alle hoch motiviert, weil für die aller-meisten von dieser Aus-bildung ihr Arbeitsplatz ab-hängt.“

Die Kosten (für den gesam-ten Lehrgang 1400 Mark) werden zum Großteil vom Arbeitsamt übernommen.

Der Bedarf an Schulungs-plätzen ist – zumal Ende 1992 die Übergangsregelung fürs SMH-Personal ausläuft – enorm. Mitte Mai hat deshalb die ASB-Rettungsschule ihre Kapazität im Grundlehrgang von 24 auf 48 Teilnehmer verdoppelt. Aufgenommen wer-den in der Schule – je nach Anmeldeeingang – alle, egal ob sie für den Arbeiter-Sama-riter-Bund oder für andere Hilfsorganisationen tätig wer-den wollen. Sogar aus den alten Bundesländern hat die Schule schon Anfragen vor-liegen. Für Bewerber, die bereits als SMH-Schwester oder Pfleger arbeiteten, ver-kürzt sich die Ausbildung: Sie müssen nur den Abschluß-lehrgang besuchen, aber sämt-liche Prüfungen bestehen.

Die Vorbereitung auf die Prüfungen und auf den späte-ren Berufsalltag will die Schulleiterin so praxisnah wie möglich gestalten. Deshalb müssen die Kursteilnehmer nicht nur an Puppen und Phantomen üben, sondern sich auch selbst Unfallszenarien ausdenken, die sie dann durchspielen. Als „Krönung“ des Ausbildungsprogramms versorgen die Schüler einen „verletzten“ Kollegen in einem Rettungswagen wäh-rend der Fahrt.



Nach dem achtstündigen Unterrichtstag steht Üben auf dem Programm: An Puppen und Phantomen lernen die Schüler in Magdeburg das richtige Wiederbeleben, Intubieren und Infusionen-Legen. (Fotos: Brock)

Jahresbericht 1990 gibt Auskunft in Wort und Bild

Soeben erschienen ist der Jahresbericht 1990 der Johanniter-Unfall-Hilfe. Er gibt in Daten und Fakten, Wort und Bild umfassend Auskunft über das Leistungsspektrum der Hilfsorganisation. Er berichtet über die Bewältigung der satzungsgemäßen Aufgaben der Johanniter genauso wie über die zahlreichen Auslandseinsätze, zum Beispiel in der Sowjetunion, in Mittelamerika oder im Iran.

Die vierzigseitige, vierfarbige Broschüre ist über die Bundesgeschäftsleitung der JUH in Bonn zu beziehen.

Andreas v. Block-Schlesier, Bundesgeschäftsführer der JUH, schreibt im neuen Jahresbericht: „Die Aufgaben, vor die wir uns im Jahr 1990 gestellt sahen, waren gewaltig: Es galt, Pionierarbeit in den neuen Bundesländern zu leisten. Mit großem Engagement hat die Johanniter-Unfall-Hilfe ihren Beitrag zur Neustrukturierung des Rettungsdienstes und zum Aufbau der Sozialen Dienste in den neuen Bundesländern geleistet. Dies war nur möglich durch die vorbildliche Zusammenarbeit unserer westdeutschen Patenverbände mit den neugewonnenen Helferinnen und Helfern.“

So sehr uns im Jahr 1990 die Aufbauarbeit im eigenen Land in Anspruch nahm, die Not anderer Völker ist darüber nicht in Vergessenheit geraten. Fast täglich berichten die Medien über Katastrophen und Konflikte auf der ganzen Welt. Das Ausmaß des Leids übersteigt nicht nur unser Vorstellungsvermögen, sondern

auch unsere Möglichkeiten zu helfen: Hilfe können wir leisten, wo uns verlässliche Partner im Lande und bei der Verteilung der Hilfsmaßnahmen und bei der Auswahl der Bedürftigen zur Seite stehen. Es kommt darauf an, die Not zu lindern, aber auch die Spendengelder dem vorgegebenen Zweck zuzuführen.

Aber auch verbandspolitisch kamen wir 1990 ein Stück voran: Die Auslandsarbeit ist Bestandteil des Leistungs-



Andreas von Block-Schlesier, Bundesgeschäftsführer der JUH



Jahresbericht 1990

Eine ergiebige Informationsquelle: Der Jahresbericht der Johanniter-Unfall-Hilfe.

spektrums der JUH und satzungsgemäße Aufgabe. Im Herbst beschloß die Delegiertenversammlung, das oberste Beschlußgremium der Johanniter, diese wichtige Ergänzung. In die Satzung eingefügt wurden auch die seit Jahren wahrgenommenen, aber nicht ausdrücklich genannten Aufgaben der JUH wie Ambulanzflug- und Auslandsrückholddienst, Bevölkerungsschutz, Soziale Dienste, Be-

trieb von und die Mitwirkung an Sozialstationen/Diakoniestationen sowie die stationäre und teilstationäre Altenpflege.

In der neuen Fassung der Satzung kommt nun zum Ausdruck, daß die Johanniter-Unfall-Hilfe ein Verband der Freien Wohlfahrtspflege ist. Dies sehen wir als wichtigen weiteren Baustein für die schwierige Arbeit unseres Verbandes auf dem Weg in das nächste Jahrhundert.“

KATASTROPHENSCHUTZ

Stichtag: 31.12.1990

Landesverband	Anerkannte Einheiten des Katastrophenschutzes																Anzahl der KS-Fahrzeuge										
	SZ (Bund)		SZ (Arzt)		SZ (Transp.)		Betreuungszug		Versorgungseinheit		Fernmeldeeinheit		ABC-Einheit		Führungseinheit		SZ (Land)		Sonstige		RTW/KTW	LKW	Küche	MKW	Hänger	Sonstige	
	EINH	HELF	EINH	HELF	EINH	HELF	EINH	HELF	EINH	HELF	EINH	HELF	EINH	HELF	EINH	HELF	EINH	HELF	EINH	HELF							
Ba-Wü	4	144	3	88	3	83	1	33	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	27	3	1	6	-	6
Bay	8	339	2	57	1	28	1	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	201	2	20	41	10	2	12	12	38
Bln	4	108	-	-	-	-	-	2	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	-	2	3	-	6	
HH	5	230	-	-	-	1	24	2	10	-	-	-	-	1	9	-	-	4	72	30	1	4	6	-	6		
Hess	6	251	-	-	5	126	1	18	2	10	1	25	-	-	1	10	1	21	1	18	29	9	3	12	3	8	
NDS/B	14	583	3	80	8	215	5	104	9	40	1	21	-	-	3	17	-	-	2	19	61	26	4	31	20	36	
NRW	12	562	7	206	8	218	7	128	18	134	2	30	4	130	5	33	14	380	13	113	91	20	14	55	11	36	
RP/S	1	50	1	28	1	53	1	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	30	11	5	2	3	4	4	
SH	3	119	2	43	4	86	4	86	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	16	25	3	3	6	5	5	
Summe	57	2.386	18	502	30	809	21	415	33	200	4	76	4	130	10	69	19	602	26	290	326	77	35	134	55	130	

Eine Vielzahl tabellarischer Übersichten gibt Einblick in die Struktur und die Aufgaben der JUH.

Immense Belastungen durch Erhöhung der Mineralölsteuer

Die drastische Erhöhung der Mineralölsteuer ab 1. Juli stellt die Johanniter-Unfall-Hilfe – wie die anderen Hilfsorganisationen auch – vor große Probleme. Darauf machte jetzt JUH-Präsident Wilhelm Graf v. Schwerin bei einer öffentlichen Veranstaltung in Donauwörth aufmerksam. Gerade die mobile Pflege und Betreuung werde mit einer hohen Zahl kleiner Kraftfahrzeuge durchgeführt, so beispielsweise die Behindertenfahrdienste oder „Essen auf Rädern“.

Erste Berechnungen für die JUH, für die dreieinhalbtausend Fahrzeuge im Einsatz sind, hätten ergeben, daß durch die Steuererhöhung auf die JUH Mehrkosten von 750000,- bis 1 Million DM pro Jahr zukämen. Eine mögliche Rückerstattung durch Kostenträger müsse noch ausgehandelt werden. Selbst wenn sie teilweise erfolge, könne dies nur rückwirkend geschehen – eine enorme finanzielle Belastung für die Hilfsorganisation.

Vor diesem Hintergrund appellierte der JUH-Präsident an die Bundesregierung: „Suchen Sie so schnell wie möglich nach einem gangbaren Weg, der die gemeinnützigen Organisationen vor zusätzlichen Kosten durch die Mineralölsteuer bewahrt, die zu Kostenerhöhungen im Gesundheitswesen führen müssen.“

Neue Seminare an der Bundesschule

Die Bundesschule in Butzbach-Nieder-Weisel bietet in diesem Jahr neue Seminare an. Eines davon ist das Seminar „Wir die Johanniter“. Es wird vorläufig zweimal im Jahr angeboten. Das erste Seminar lief im Februar und

erfreute sich gleich großer Nachfrage. Das Seminar mit 24 Teilnehmern stand unter der Leitung von Ausbildungsleiter Horst Wagner. Als Gastreferent konnte Dr. Dohnicht, ehemaliger Landesarzt Niedersachsen und langjähriges Mitglied der Johanniter-Unfall-Hilfe und Rechtsritter des Ordens, zum Thema „Die Johanniter-Unfall-Hilfe“ und „Die Johanniter-Unfall-Hilfe ein Werk des Ordens“, gewonnen werden.

Das Seminar hat das Ziel, insbesondere neue, aber auch interessierte ältere Mitarbeiter der Organisation, mit den vielschichtigen Aufgaben der JUH bekanntzumachen, ihnen einen Überblick über die Geschichte des Ordens und die Entstehung der JUH zu geben. Darüber hinaus sollen die Teilnehmer aber auch mit den jetzigen Strukturen und dem Aufbau der JUH vertraut werden. Letztendlich sollen die täglichen Probleme den Teilnehmern nahegebracht

„Ja, hallo? Hier ist die Grube Anna-Elisabeth. Wir haben einen Plattenabbruch während einer Führung gehabt. Mindestens vier Personen sind verletzt.“ Mit Lampen und Sanitätstaschen kommen mehrere Grubenführer einer Gruppe Bergwerksbesuchern zu Hilfe. Viele sind verletzt, andere rennen in wilder Panik davon. Die Beleuchtung ist ausgefallen und die großen Kammern der Gruben bleiben unbeleuchtet und dunkel. „Die machen ihre Sache wirklich sehr gut!“ Thorsten Riehle, Ausbildungsleiter der Ladenburger Johanniter-Unfall-Hilfe, ist zufrieden mit dem Ergebnis der Übung. Alle Verletzten wurden gut versorgt. Auch die, die in Panik davongerannt sind, haben die Bergwerkleer versorgt.

Für die Besucherführer der „Grube Anna-Elisabeth“ in Schriesheim, einer historischen Grube, in der bereits

werden, damit die Arbeit noch effektiver und wirkungsvoller werden kann. Identifikation, Verständnis, Toleranz und Durch- bzw. Weitblick, Grundvoraussetzungen für die JUH-Arbeit, werden in dem Seminar durch Aufklärung vermittelt.

Auch wenn das erste Seminar als Pilotseminar noch einige Ecken und Kanten aufwies, äußerten sich alle Teilnehmer positiv zu diesem neuen Seminarangebot.

Das zweite Seminar ist für die Zeit vom 12. bis 13. November 1991 geplant.

Begleitbuch zur TV-Serie setzt neue Maßstäbe

„Was man schwarz auf weiß hat, kann man getrost nach Hause tragen“, sagt ein altes Sprichwort. Nach diesem Motto haben die Johanniter

jetzt zu der Fernsehserie „Erste Hilfe rettet Leben“ ein entsprechendes Begleitbuch veröffentlicht.

Die JUH Nordrhein-Westfalen reagiert mit der Herausgabe dieses Nachschlagewerkes auf den bestehenden Mißstand bei der qualifizierten Ersthilfe. Aktuelle Statistiken zeigen, daß 90 Prozent aller Unfallopfer ohne ausreichende Erstversorgung bleiben. Eine beschämende Zahl für eine hochentwickelte Nation wie die Bundesrepublik.

Der Bevölkerung das nötige Wissen zu geben, am Unfallort schnell und vor allem richtig zu helfen, das war bei der Konzeption des Taschenbuches oberstes Ziel. Was die TV-Serie nur anreißen kann, wird hier anschaulich und praxisnah vertieft. Alles ist schnell auffindbar und übersichtlich gestaltet. Das Buch ist im vgs-Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich.

Erste-Hilfe-Lehrgang im Bergwerk



Die Übung im Bergwerksstollen läuft unter realitätsnahen Bedingungen ab.

vor 500 Jahren Silber und Vitriol abgebaut wurde und die seit 1988 als Besucherbergwerk geöffnet ist, bot sich eine einmalige Gelegenheit. Mit einem Team von Verletz-

tendarstellern und Schminnkern wurden zum Abschluß eines von den Johannitern durchgeführten Erste-Hilfe-Kurses Fallbeispiele realitätsnah nachgestellt.

Das anfängliche Unbehagen hat sich gelohnt

Gemeinsame Ausbildung von Gehörlosen und Hörenden ein Erfolg

Einige trauten wohl nicht ihren Augen, als sie zum letzten Wochenend-Ausbilderlehrgang in die Zentralen Schulungen nach Köln kamen: Mitten unter ihnen saßen Gehörlose, die das gleiche Ziel hatten, nämlich Ausbilder im Malteser-Hilfsdienst zu werden. Unbehagen gab es zunächst auf allen Seiten: Die Gehörlosen fühlten sich in der Menge Hörender sehr unwohl. Die Hörenden hatten ebenso Berührungängste. Nach den ersten Tastversuchen hat jeder schnell gemerkt, wie schwer es ist, sich dem anderen mitzuteilen: Die Gehörlosen mußten ihre Gesten viele Male wiederholen, genauso wie die Hörenden so deutlich sprechen mußten, daß man ihnen von den Lippen ablesen konnte; lange Sätze mußten aufgeteilt und viele Dinge wiederholt werden. Am ersten Abend wurde jedem klar, daß das „Miteinander“ sehr viel Kraft kostete. Viele für Hörende selbstverständliche Dinge waren nicht ganz einfach zu lösen, z. B.: Wie können gehörlose Teilnehmer geweckt werden? Mit einem Klopfen an der Tür war es da nicht getan.

An beiden Wochenenden wurde viel in Gruppen gearbeitet. Die Lehrgangsleitung verstand es, die Gruppe zwischen Hörenden und nicht Hörenden zwar regelmäßig aufzuteilen, aber dennoch immer wieder zusammenzuführen und zu einer Gruppe werden zu lassen (dies zeigte sich spätestens bei einem gemeinsamen Spieleabend).

Tips für die Ausbildung

Vieles konnten wir von den Gehörlosen lernen. Unter anderem erhielten wir auch eine Reihe von Ratschlägen, wie wir am geeignetsten Gehörlose in Erste Hilfe unterrichten können. Wir wissen, daß in vielen Gliederungen Gehörlose mit Hilfe von Dolmetschern ausgebildet werden. Hierbei sind einige Dinge zu beachten, die wir im folgenden nennen möchten, in der Hoffnung, daß diejenigen, die bislang mit einem Dolmetscher arbeiten, einige Hilfestellungen erhalten:

* Gehörlose Menschen sind teilweise von Kindesalter an auf die lautsprachebegleitenden Gebärden angewiesen. Mit Hilfe dieser Gebärden lassen sich jedoch nur einfache Sachverhalte ausdrücken. Komplexes logisches und „aufeinander aufbauendes“ Denken konnte so bei den meisten nicht gelernt werden. Daher sind für viele gehörlose Menschen komplexe Vorgänge (z. B.: Was hat der Herzschlag mit der Atmung zu tun? Wieso kann durch einen elektrischen Schlag ein Herzstillstand ausgelöst werden?) nur schwer zu verstehen. Längere oder kompliziert geschriebene Texte, hierzu zählen auch unsere Erste-Hilfe-Broschüren, können nicht verstanden werden. Da gehörlose Menschen auf andere Bildungsangebote nicht zurückgreifen können, haben sie einen großen „Nachholbedarf“

an Wissen. Dies alles hat zur Folge, daß eine Unterrichtung in Erster Hilfe in acht Doppelstunden nur schwer möglich sein wird. In der Gliederung Bonn, wo man auf dem Gebiet der Gehörlosenausbildung über einige Erfahrung verfügt, geht man von einem Bedarf von zwölf Doppelstunden aus.

* Eine Sitzordnung im Halbkreis und eine Teilnehmergruppe mit nicht mehr als 15 Personen ist zu wählen. Hierdurch kann gewährleistet werden, daß alle die Gebärden der anderen sehen können. Lesen die Gehörlosen von den Lippen des Ausbilders ab, ist streng darauf zu achten, daß nicht gleichzeitig erklärt und z. B. am Übungsphantom oder der Tafel gezeigt wird: Dies hätte zur Folge, daß der Ausbilder das Gesicht von der Gruppe abwendet und die Lippen nicht mehr gelesen werden könnten. Unserer Erfahrung nach ist dies eine der größten Schwierigkeiten, die der Ausbilder zu bewältigen hat.

* Die Arbeit mit einem Dolmetscher ist sehr zeitaufwendig und es besteht die Gefahr, daß sowohl die Lehrinhalte nicht richtig übermittelt als auch die Antworten und Fragen der Teilnehmer nicht richtig übersetzt werden. Somit können Mißverständnisse, Fehler und Lücken im Rahmen der Ausbildung nicht ausgeschlossen werden. Lernkontrollen sind nur schwer möglich.

* Einige Lehrinhalte können den Gehörlosen nicht gelehrt werden: Die Durchführung eines Notrufes ist Gehörlosen (es sei denn, sie verfügen über ein Schreibtelefon) nicht möglich. Ebenfalls kann bei „Feststellen der Atemfunktion“ nicht gehört werden, ob Atemgeräusche vorhanden sind.

* Nicht jeder Hörgeschädigte ist in der Lage, Luft durch die Stimmritzen im Kehlkopf zu blasen. Daher kann es erforderlich sein, vor dem Üben der Atemspende mit Hilfe des Aufblasens von Luftballons und des Ausblasens von Kerzen diese Fähigkeit zu trainieren.

Ausblick

Am Ende des Ausbilderlehrganges hatte jeder Teil sein Ziel erreicht: Nicht nur, daß jeder einen Ausbilderausweis erhielt, auch das menschliche Ziel, der gemeinsamen Teilnahme von Hörenden und Gehörlosen, an diesem Wochenende war gelungen. Das anfängliche Unbehagen hat sich gelohnt!

Wir wollen weitermachen! Die Erste-Hilfe-Ausbildung von gehörlosen Menschen ist wichtig. Sie haben genauso ein „Anrecht“ auf eine fundierte Erste-Hilfe-Ausbildung wie jeder andere Mitmensch auch. Auch sie benötigen die Bescheinigungen zum Erwerb des Führerscheins oder bei bestimmten Berufsausbildungen. Wir werden daher wieder gehörlose, hörgeschädigte und hörende Personen, die die lautsprachebegleitenden Gebärden beherrschen, einladen, sich gemeinsam mit anderen Ausbildungsanwärtern auf ihre Tätigkeit im Bereich der Ausbildung vorzubereiten.

Jörg Greis

Die schönsten Feuerwehrroldtimer am Bodensee

Tagebuch einer eindrucksvollen Rundfahrt

„Nostalgie in Rot“ war der passende Untertitel für ein Vorhaben, mit dem der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg Neuland betrat. Vom 8. bis 15. Juni 1991 fuhr 14 exklusive und höchst seltene Feuerwehrroldtimer um den Bodensee.

Juni 1990: Beim 26. Deutschen Feuerwehrtag in Friedrichshafen werden die Feuerwehren am „schwäbischen Meer“ von einer besonderen Gastfreundschaft beeindruckt. Vor allem beim großen Festzug zeigt sich einmal mehr die Attraktivität der Feuerwehrroldtimer.

August 1990: Der Tübinger Kreisbrandmeister Karl Hermann, er ist wohl „der“ Experte für Feuerwehrroldtimer, schlägt dem Geschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Willi Dongus, eine Rundfahrt mit historischen Feuerwehrfahrzeugen um den Bodensee vor.

September 1990: Mit Friedrichshafen sagt die erste Stadt am Bodensee ihre Unterstützung zu.

Oktober/November 1990: Eine Reihe von Städten um den Bodensee wird angeschrieben u. a. mit der Bitte, die Verpflegung und Übernachtung der Teilnehmer zu übernehmen.

Januar/Februar 1991: Die Besitzer von Feuerwehrfahrzeugen aus den 20er und 30er Jahren erhalten Einladungen zur Rundfahrt. Ein Teil der gastgebenden Städte wird besucht.

April 1991: Nach einer persönlichen Vorsprache bei der



Das älteste Fahrzeug, das an der Rundfahrt teilgenommen hat: Die Ahrens-Fox von 1916, die im Auto + Technikmuseum in Sinsheim steht. Sie wird auch „Rolls-Royce der Feuerwehrautos“ genannt. Vor der Motorhaube sitzt die Kolbenpumpe (3000 l/Min.) mit dem kugelförmigen Windkessel. In Europa beschaffte nur die Rotterdamer Feuerwehr die teuren Ahrens-Fox-Feuerwehrfahrzeuge. (Foto: Breuer)

Ortsfeuerwehr Lustenau gibt es auch dort eine Zusage, womit ein Aufenthalt in Vorarlberg gesichert ist.

27. Mai 1991: Die Liste der teilnehmenden Fahrzeuge kann nach vielen Rücksprachen abgeschlossen werden.

Radolfzell, 8. Juni 1991: Zwischen 10.00 und 11.00 Uhr treffen alle gemeldeten Fahrzeuge ein. Die Transportfahrzeuge fahren wieder zurück. Ab jetzt gilt es, die knapp 200 Kilometer lange Strecke mit eigener Kraft zurückzulegen. Als Abschluß der Einweihung von Radolfzells' neuer Fußgängerzone werden die Fahrzeuge ab 14.00 Uhr gezeigt. Zusammen mit zwei Musikkapellen locken die Hörner, Glocken, Wecker und Sirenen der Fahrzeuge viele Zuschauer an. Die

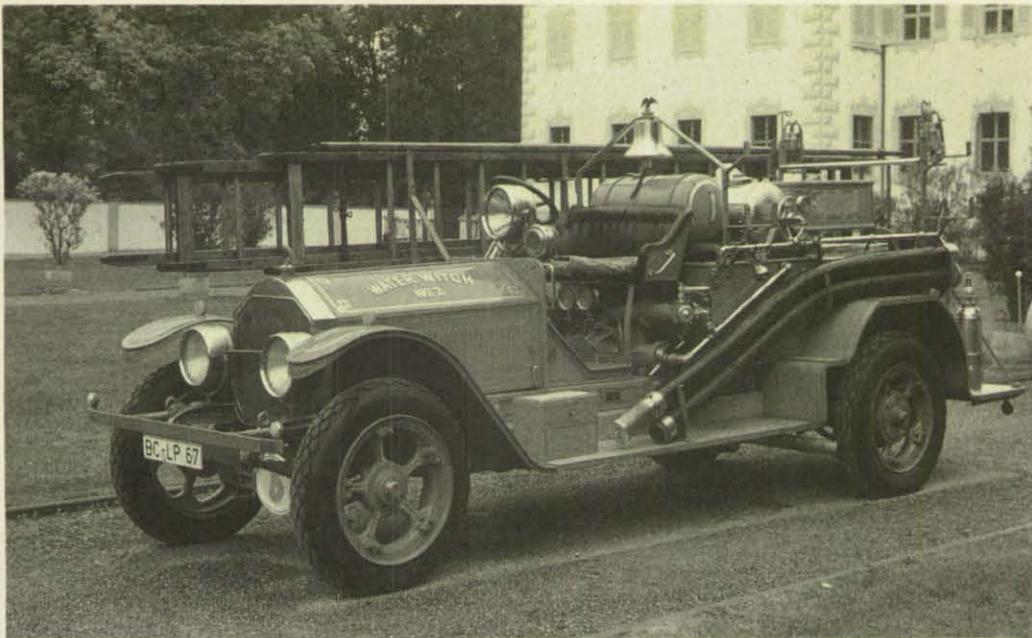
örtliche Zeitung nennt die Schau einen „Publikumsmagnet“.

Überlingen und Salem, Sonntag, 9. Juni 1991: Auf dem Weg ins Schloß Salem machen die Oldies Zwischenrast in Überlingen. „Nebenher“ wird die erste Panne behoben. Nach einer halben Stunde funktioniert in der „Fiat Autopompa“ aus Mantua die Elektrik wieder. Um 11.00 Uhr treffen die Fahrzeuge im Schloß Salem ein und werden einem interessierten Publikum vorgestellt. Darunter ist eine hochrangige ungarische Feuerwehrdelegation, der Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Karl Binai, der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Rolf Englerth,

Landesbranddirektor Heinz Schäfer, Landesfeuerweherschulleiter Ulrich Kortt und der Kreisbrandmeister des Bodenseekreises, Hermann Löhle. Im prächtigen Schloßhof von Salem zeigt sich die ganze Schönheit der Fahrzeuge. Das Salemer Feuerwehrmuseum ist eine interessante Bereicherung an diesem Tag.

Friedrichshafen, Montag, 9. Juni 1991: Beim ersten Tankstopp der Rundfahrt sind 334 Liter Benzin nötig, um den zum Teil enormen „Durst“ der Fahrzeuge zu stillen. Das Mittel zur Kühlerdichtung und das Ketten Spray (zwei Fahrzeuge haben Kettenantrieb) fallen nicht weiter ins Gewicht. Auf dem Adenauerplatz in Friedrichshafen bestaunen viele Besucher die Schau. Besonders demonstriert wird die technische Leistungsfähigkeit der Fahrzeuge durch die Magirus-Kraftfahrerspritze der Freiwilligen Feuerwehr Engen, die aus einem Brunnen saugt und damit ein B-Rohr speist. Die Nennpumpleistung von 800 Liter/Minute erreicht die Pumpe spielend. Für die italienischen Teilnehmer gibt es keine Sprachprobleme. Mühe-los können Dolmetscher gefunden werden, die den Corso zum Teil an mehrere Standorte begleiten.

Wasserburg, Dienstag, 10. Juni 1991: Volksfeststimmung kommt in Wasserburg auf. Bereits am Nachmittag füllen viele Besucher den Platz vor dem „Feuerhaus“, der am Abend überbelegt ist. Müde, aber zufrieden setzen sich die Fahrer nach 21.00 Uhr auf



Dieser American-LaFrance-Pumper einer Werkfeuerwehr aus Untersulmetingen stammt aus dem Jahre 1923. Es ist ein sogenanntes Drei-Funktionen-Fahrzeug (Pumpe-Löschmitteltank-Schläuche) und hat eine Rotationspumpe mit 2270 l/Min., einen Schnellangriffsschlauch 60 m und 365 m Schläuche in Buchten.

ihre Fahrzeuge und fahren sie in eine Halle. Die Abfahrt gerät zu einem regelrechten Festzug; Böllerschüsse sind das Finale eines großartigen Tages.

Lustenau, Mittwoch, 11. Juni 1991: Mit einem „schnellen Lotsen“ ist der Weg durch Lindau bis auf österreichisches Hoheitsgebiet kein Problem. Von der Polizei weitergeleitet, ist rasch Lustenau erreicht, wo viele Schulkinder die Kolonne begrüßen. Beim

einzigsten Aufenthalt in Österreich zeigt sich einmal mehr die völkerverbindende Idee der Feuerwehr. Fahrzeuge aus Italien, der Schweiz und Deutschland werben in Vorarlberg für die einzigartige humanitäre Idee des Helfens, Unterstützung erhalten sie dabei durch das österreichische Fernsehen, das aus Lustenau berichtet.

Romanshorn, Donnerstag, 12. Juni 1991: Als am Schweizer Zoll die Schwer-

verkehrsabgabe entrichtet ist, steht auf der Fahrt nach Romanshorn in Arbon eine Pause auf dem Plan. In Romanshorn stehen die Fahrzeuge vor dem Feuerwehrhaus. Neben dem Kommandanten läßt es sich der Präsident des Bodenseefeuerwehrebundes nicht nehmen, die Ausstellung zu besichtigen. Auch in Romanshorn können viele Schulklassen Interessantes zu den Fahrzeugen erfahren.

Mainau, Freitag, 13. Juni

1991: Leider ist es wegen einer Veranstaltung nicht möglich, die Fahrzeuge beim Schloß zu zeigen. Trotzdem können die Fahrer auf dem Parkplatz wiederum bei schönem Wetter mit vielen Besuchern Gespräche nicht nur über die gezeigten Fahrzeuge führen. Die Besatzungen erholen sich bei einem Rundgang auf der Insel von den doch erheblichen Strapazen der Rundfahrt. Noch am Abend fährt die Kolonne nach Kreuzlingen zurück, wo Geschäftsführer Willi Dongus den Teilnehmern den Dank des veranstaltenden Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg übermittelt. Er überreicht eine besonders angefertigte Erinnerungsplakette. Spätestens an diesem Abend wird deutlich, daß sich alle Teilnehmer während der Fahrt zu einer engen, kameradschaftlichen Gemeinschaft zusammengefunden haben.

Kreuzlingen, Samstag, 14. Juni 1991: Bei bestem Wetter präsentieren sich die 14 Oldtimer auf dem Platz bei der Klosterkirche. Alle haben den langen Weg um den See ohne nennenswerte Probleme geschafft – eine Meisterleistung von Fahrern und Maschinen. Beim letzten „Appell“ wird so etwas wie Wehmut über die zu Ende gehende Zeit spürbar. Das Abenteuer „Bodenseerundfahrt“ war für alle ein besonderes Erlebnis.

Der enorme Aufwand an Zeit und Mühen hat sich gelohnt. Etwa 40000 Besucher wurden vom „Vollgummi-Geschwader“ (Südkurier Konstanz) angelockt. Neben dem Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg profitieren von dem Erfolg ganz besonders die Feuerwehren der jeweils angefahrenen Orte rund um den See. Auf viel Interesse stieß die Rundfahrt bei den Medien. Neben der schreibenden Zunft berichtete der Rundfunk mehrmals.

Willi Dongus



Magirus Drehleiter DL 18 der Berufsfeuerwehr Stuttgart, die heute im Feuerwehrmuseum Winnenden im Rems-Murr-Kreis steht. Der dreiteilige Holzleitersatz für Handbetrieb war ursprünglich auf einem Anhänger und wurde 1938 auf das Magirus-Fahrgestell aufgebaut. (Foto: Stolz)

Mit freundlicher Nachdruckgenehmigung aus „Brandhilfe“.

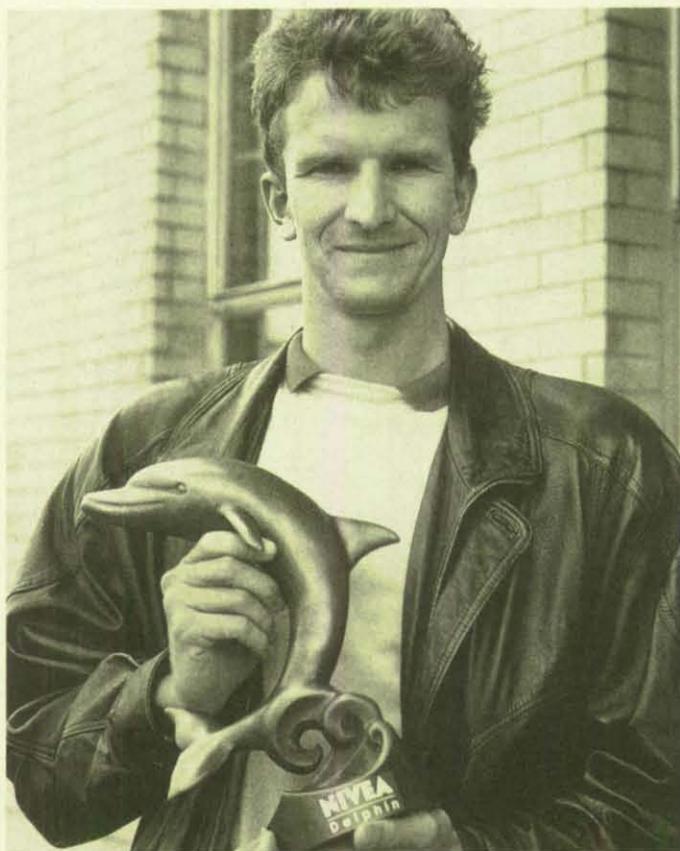
Einsatz für das Leben

Deutscher Wasserrettungspreis 1991 verliehen

Die Träger des Deutschen Wasserrettungspreises „Nivea-Delphin“ 1991 stehen fest. Eine paritätisch besetzte Jury entschied Ende April über die zahlreichen Einsendungen. Aus den Händen von Bundesgesundheitsministerin Gerda Hasselfeldt und Schwimm-Olympiasieger Michael Groß erhielten Renate Schwing, Rolf Galganeck und Ralf Jürgensen den Preis für DLRG-Mitglieder.

Den Brüdern Paul und Vadim Schock aus Schwanau im Schwarzwald wurde der Ehrenpreis für Nicht-DLRG-Mitglieder zuerkannt. Für ihre besonderen Leistungen im Wasserrettungsdienst bekam die Ortsgruppe Schönberg den Förderpreis.

Vom Stifter des Preises, dem Hamburger Unternehmen Beiersdorf, erhalten die Preisträger eine Bronzeskulptur und einen Geldbetrag in Höhe von 3000 Mark pro Kategorie.



Michael Groß präsentiert den Deutschen Wasserrettungspreis.

200 Meter unterhalb der Brücke sprangen die Brüder in das eiskalte Wasser und konnten die mittlerweile bewußtlose Erika an Land bringen. An Ort und Stelle begann Paul, das Kind wiederzubeleben. Als kurze Zeit später der diensthabende Arzt die weitere Behandlung übernahm, hatte die kleine Erika schon wieder zu atmen begonnen.

Deutscher Wasserrettungspreis: Renate Schwing, Rolf Galganeck und Ralf Jürgensen

Eigentlich waren sie im August 1990 nach Travemünde gekommen, um im Rahmen der Rescue '90 eine Medaille im Motorrettungsboot-Wettbewerb zu gewinnen. Die Besatzung hatte am 15. August 1990 gegen 10.30 Uhr eine Transferfahrt für den

Ehrenpreis für Paul und Vadim Schock

Die Brüder Paul (16) und Vadim (19) Schock stammen aus Dshetisaj in der Sowjetunion und leben heute im Schwarzwaldstädtchen Schwanau. Am 24. November des vergangenen Jahres hörten sie in ihrer damaligen Wohnung in Todtmoos Hilfe rufen und liefen sofort hinaus. Auf der Brücke über die Wehra, die wegen tagelanger heftiger Schneefälle reißend und eisig kalt war, stand eine Mutter und deutete auf ihre Tochter Erika, die hilflos in den Fluten trieb und zu ertrinken drohte.



Die Preisträger des Deutschen Wasserrettungspreises 1991 (von links): Rolf Galganeck, Renate Schwing und Ralf Jürgensen.

Wettkampf beendet, als Rolf Galganeck (OG Bocholt) Hilferufe eines Passanten hörte. Bootsführer Ralf Jürgensen und Rettungsschwimmerin Renate Schwering (OG Meppen) hatten gerade mit angelegten Rettungswesten das Boot betreten. Sofort starteten sie den Motor, „um zu gucken, was los ist“, erinnert sich Rolf Galganeck. Noch nicht ganz an der Mole angelangt, sahen sie eine Frau in Bauchlage, den Kopf unter Wasser, in der Ostsee treiben. Sie fuhren bis auf wenige Meter an die alte Frau heran. Rolf Galganeck sprang in das 16 Grad kalte Wasser, schwamm zu der Bewußlosen hin, drehte sie in die Rückenlage und transportierte sie mit dem Achselschleppgriff zum Rettungsboot. Dort angelangt, übergab er die Frau der Bootsbesatzung und unterstützte das Anbordbringen vom Wasser aus. Gemeinsam wurde die Frau an Land gebracht, wiederbelebt und anschließend in das naheliegende Krankenhaus transportiert.

Förderpreis für DLRG-Ortsgruppe Schönberg

Von April bis Oktober ist für sie Hauptsaison: Jahr für Jahr sorgen die Mitglieder der 1955 gegründeten Ortsgruppe Schönberg gemeinsam mit Wachgängern aus anderen Ortsgruppen dafür, daß der sechs Kilometer lange Strandabschnitt sicherer wird. Sechs Rettungsstationen, zwei Bootsstationen und vier Motorrettungsboote gehören zur Ausstattung der Ortsgruppe. 1200 Wachstunden haben sie allein während der Saison 1990 absolviert, und 371mal mußten die Mitglieder Hilfe leisten.

Die Ortsgruppe leistet eine vorbildliche Jugendarbeit, und die Zusammenarbeit mit der Kurverwaltung funktioniert reibungslos. Der Kurdirektor des Ostseebades Schönberg bezeichnete die Arbeit der Schönberger DLRG als „schlechthin unentbehrliche Stütze und Hilfe“.

„Im Notfall würde ich auch in eine Kläranlage springen“

Michael Groß engagiert sich für die Lebensretter der DLRG

Die DLRG hat einen Botschafter gefunden, eine Persönlichkeit, die wie keine andere im letzten Jahrzehnt Sportgeschichte geschrieben hat: Michael Groß, dreifacher Olympiasieger, fünfmal Weltmeister und 13facher europäischer Titelträger im Schwimmen, engagiert sich nun für die Ziele der DLRG. Das Patenkind des „Albatros“ ist der Deutsche Wasserrettungspreis.

Was nur wenige wissen: Seine ersten Schwimmversuche hat der Offenbacher bei der DLRG unternommen. Bereits mit vier Jahren „machte er den Freischwimmer“, und mit acht und einer Sondergenehmigung erwarb Michael Groß den Jugendschwimmschein. Nach dem Ende seiner aktiven Laufbahn kehrt der 13fache Weltrekordler zu den Lebensrettern zurück. In einem Interview sprach Michael Groß über seine Beweggründe, das Fazit

seiner Karriere und die Zukunft.

Frage: Wie sind Sie seinerzeit zur DLRG gekommen?

Michael Groß: Wie viele andere auch, über das Schwimmbad, Freunde und Bekannte.

Frage: Viele Eltern planen heute die Karriere ihrer talentierten Sprößlinge schon von Kindesbeinen an, Beispiel Eiskunstlauf und Tennis. Haben Sie damals schon an eine Schwimmkarriere gedacht, war sie vorprogrammiert?

Michael Groß: Nein, an professionelles Schwimmen habe ich damals überhaupt nicht gedacht. Ich habe gerne Fußball gespielt und Basketball - bei meiner Größe. Erst mit elf Jahren habe ich richtig mit dem Schwimmtraining begonnen. Meine Eltern haben mich auch nicht dahingedrängt. Eigentlich war das reiner Zufall.

Frage: Aber das Talent

Michael Groß gab es doch schon...?

Michael Groß: Bei den Jahrgangsmesterschaften 1976 hat es gerade zu 2. Plätzen gereicht, dann kam der Armbruch. Der eigentliche Durchbruch gelang erst 1979/80 mit 13 Jahren, als ich mich um 4 1/2 Sekunden verbesserte und schneller war als der Olympiasieger am gleichen Tag. Aber was heißt eigentlich Talent? Die anatomischen Voraussetzungen sind wichtig. Für das Delphinschwimmen und Freistil habe ich die ideale Größe, nicht aber fürs Brustschwimmen. Schwimmen ist technisch betrachtet eine der kompliziertesten Sportarten. Wenn ein Schwimmer in die Weltspitze will, muß er hart trainieren. 80 Prozent des Erfolgs sind Training.

Frage: Wie viele Schwimmkilometer haben Sie in Ihrer Karriere „gefressen“?

Michael Groß: Ich habe vor



Manuela Rousseau und Martin Jansen im Gespräch mit Michael Groß (links).

kurzem einmal versucht, alle zusammenzurechnen und bin auf 32000 km gekommen; fast einmal rund um die Erde.

Frage: Was hat Sie veranlaßt, sich für die DLRG einzusetzen?

Michael Groß: In erster Linie persönliche Gründe. Die DLRG hat einen humanitätsstiftenden Auftrag, und ich habe eine große Affinität zu diesem sinnvollen Handeln, das Leben retten heißt. Es ist für mich keine Frage, mich für die DLRG zu engagieren.

Frage: Der Deutsche Wasserrettungspreis ist nun Ihr Patenkind. Wie wollen Sie helfen?

Michael Groß: Einen nationalen Preis für Lebensrettungen hat es vorher nicht gegeben. Ich finde, daß Menschen, die andere uneigennützig und oft unter Lebensgefahr geret-

tet haben, ausgezeichnet werden müssen, weil sie es wirklich verdient haben. Eine Ehrung, über die die Medien berichten, trägt dazu bei, die Bereitschaft, den Willen zu helfen, bei den Menschen ins Bewußtsein zu rufen. Als Person des öffentlichen Lebens möchte ich gerne meinen Teil dazu beitragen. Ich will aber nicht nur die Preisträger ehren, sondern auch bei anderen Anlässen für das moralische Gebot zur Hilfeleistung werben und somit die DLRG in ihrer alltäglichen Arbeit unterstützen.

Frage: Würden Sie im Notfall retten können?

Michael Groß: Ich bin zwar kein professioneller Retter, aber wenn es nötig ist, springe ich auch in eine Klärgrube.

Frage: Was bedeutet Humanität für Sie persönlich?

Michael Groß: Das ist ein weitgefaßter Begriff. Als Geisteswissenschaftler setze ich mich damit intensiv auseinander. Aus philosophischer Sicht ist Humanität ein ethisch-moralisches Grundprinzip. Für mich ist sie Lebensprinzip, das sich im Alltag bewährt, das man anwendet. Für mich ist Humanität, menschliches und menschenwürdiges Verhalten von großer Bedeutung. Ich begreife sie aber nicht als Nächstenliebe etwa im religiösen Sinne, sondern vielmehr als Gebot, mit persönlicher Freiheit verantwortungsbewußt umzugehen. Freiheit schließt für mich die Bereitschaft zu helfen ein. Leider ist es aber so, daß man nicht überall sein kann, wo Humanität in Frage gestellt ist.

Frage: Zu welchem Ergeb-

nis kommen Sie, wenn Sie auf Ihre Karriere zurückblicken? Was bleibt unter dem Strich?

Michael Groß: Die Siege, Medaillen, Erfolge sind natürlich schön, aber nicht das Wichtigste. Für mich zählen die Begegnungen mit den vielen anderen Menschen mehr, die ich kennengelernt habe. Diese Begegnungen mit anderen Menschen schärfen das Bewußtsein für allgemeine Werte, die für uns alle gelten. Meine Reisen haben mir auch die Einsicht gegeben, die Welt als Einheit in ihrer ganzen Vielfalt zu begreifen.

Frage: Was macht Michael Groß nach seiner Karriere?

Michael Groß: Ich habe eine Menge Pläne. Zur Zeit schreibe ich an meiner Promotion und arbeite als freier Journalist für das Fernsehen und eine Frankfurter Agentur.

Neuer Landesverbandspräsident der DLRG in Hessen

Peter Enders tritt Nachfolge von Günter Walter an

Auf der Landestagung der hessischen DLRG in Darmstadt stellte Günter Walter nach 15jähriger ununterbrochener Tätigkeit sein Amt als Präsident zur Verfügung. Walter trat bereits als Zwölfjähriger in die DLRG ein, die ihn bis heute nicht mehr los ließ! Zuviel wäre es, die vielen Ämter in seiner 50jährigen aktiven Mitgliedschaft in der DLRG aufzuzählen. Die Krönung und Bestätigung seiner Fähigkeiten erhielt er 1976, als er an die Spitze des Landesverbandes gewählt wurde. Ein Landesverband, der zu diesem Zeitpunkt in finanziellen Schwierigkeiten steckte. Auch die Organisationsstruktur war in sich zerrissen.

Die DLRG mußte sich im Zeitalter der Rationalisierung

und der Modernisierung im Rettungsdienst im Management umstellen. Aus einer lockeren, auf kameradschaftlicher Basis entstandenen DLRG-Gemeinschaft mußte eine straff geführte Organisation aufgebaut werden. Günter Walter hatte dazu das nötige Selbstvertrauen, das nötige Fachwissen und das gewisse Fingerspitzengefühl. Er kannte alle Schwächen und Stärken der DLRG. So konnte er auch bis in die Gliederungen hinein mit Rat und Tat helfen.

Sein Steckenpferd war der Katastrophenschutz, an dem er seit den 60er Jahren unermüdlich arbeitet. Wenn Hessen heute von vielen Bundesländern um sein Katastrophenschutzgesetz beneidet wird, dann kann die DLRG

Hessen mit Solz sagen, daß Günter Walter seine Erfahrungen und Ideen einbringen konnte.

Günter Walter verstand es, zu begeistern. Nicht nur die Helfer in der DLRG, sondern auch die Politiker aller Fraktionen konnte er von der Notwendigkeit der DLRG für die Bevölkerung überzeugen.

Günter Walter erhielt in den letzten Jahren viele Auszeichnungen und Ehrungen. Die nächste Auszeichnung, das große Bundesverdienstkreuz am Bande, erhielt er auf dem Landtag aus der Hand von Innenminister Dr. Günther. Der Innenminister würdigte in diesem Zusammenhang die ehrenamtliche Arbeit der DLRG.

Der neue Landesverbands-

präsident Peter Enders ist kein neues Gesicht im Landesvorstand. Seit neun Jahren ist er Technischer Leiter. In diesen Jahren verstand er es, die Technik in den 22 hessischen Bezirken mit ihren 222 Ortsgruppen zu koordinieren.

Neben den Vorstandswahlen wurde auch der Haushaltsplan für 1991 gebilligt. Er umfaßt einen Etat von 1042840 DM. In diesem Zusammenhang erhielt Willibald Görg ein besonderes Lob für seine hervorragende Kassenführung.

Martin Otter

Dr. med. vet. Rainer Vogel, Hannover, und Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, Braunschweig

Neustrukturierung der Fachdienste des Katastrophenschutzes – Beispiel: Veterinärdienst

Gedanken der ARKAT Niedersachsen zu einem aktuellen Thema

Die Ereignisse von Tschernobyl und die damit verbundenen Notwendigkeit der Untersuchung der Belastung von Lebensmitteln hat gezeigt, daß die Aufgaben der Ernährungssicherstellung und Gesunderhaltung der Bevölkerung grundsätzlich nicht überholt sind. So können radioaktive Zwischenfälle, weiträumig wirkende Che-

mieunfälle sowie Epidemien bakteriologischer (biologischer) Herkunft auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden, die die Tierwelt, Lebens- und Futtermittel sowie die Böden und das Trinkwasser bedrohen. Beispielsweise müssen bei Umweltkatastrophen täglich gegebenenfalls Tausende von Proben bei Fleisch, Milch,

Gemüse und anderen Lebensmitteln vorgenommen werden.

Im Rahmen der bisherigen Struktur der Fachdienste können derartige Aufgaben von den 75 in kommunaler Regie aufgestellten Veterinärzügen nur zum Teil wahrgenommen werden. Bei der Aufstellung von Veterinärzügen im erweiterten Katastrophenschutz lag

seinerzeit die Konzeption der ehemaligen Schlachtkompanien der Deutschen Wehrmacht zugrunde. Danach sollte ein Veterinärzug gemäß STAN (Stärke- und Ausstattungsnachweisung) in der Lage sein, Katastrophenschutzaufgaben in einem Gebiet mit rund 50 000 Großtieren und 250 000 Menschen zu erfüllen.

		$1/4/11 = 16$		<h3>Veterinärzug</h3>		VZ					
						STAN-Nr.071 Stand: Mai 1984					
01	1	Sprechfunkgerätesatz									
	3					ZTrKW	ZFü	Kf3	Krad	Kf4	
02	2	Schlacht- u. Untersuchungsgruppe									
	4					LKW 1,5t	GrFü	Kf3	FTW	TrFü	Kf2
03	2	Tier- Dekon- u. Transportgruppe									
	4					TwKW30	GrFü	Kf2	TiTW	TrFü	Kf2
	6										

Bild 1

Aufgaben des Veterinärzuges sind dabei:

- Bergen, Untersuchen, Behandeln von Tieren und tierischen Lebensmitteln
- Dekontaminieren von Tieren und Lebensmitteln
- Schlachten von Tieren
- Transport von Tieren und Tierkörpern bzw. -teilen zur Beseitigung oder Schlachtung
- Unterstützung der Veterinärbehörden

Der Veterinärzug gliedert sich hierzu in einen Zugtrupp, eine Schlacht- und Untersuchungsgruppe sowie eine Tier-Dekontaminations- und Transportgruppe (Bild 1).

Aus heutiger Sicht bedürfen die genannten Aufgaben des Veterinärzuges jedoch einer anderen Gewichtung und sollten deshalb zu einer entsprechenden Reform der STAN (Stärke- und Ausstattungsnachweisung) führen.

1. Zugtrupp

Zugführer sollte nach wie vor ein Tierarzt sein. In der Praxis sind überwiegend nur beamtete Tierärzte anzutreffen. Seltener zu motivieren sind praktizierende Tierärzte. Das war seinerzeit wohl auch der Grund, die Positionen des stellvertretenden Zugführers entfallen zu lassen. Allerdings wäre es sinnvoll, für organisatorische Aufgaben zur Entlastung des Zugführers einen Zugtruppführer vorzusehen.

2. Schlacht- und Untersuchungsgruppe

Hier erscheint es sinnvoll, sich nur noch auf die Aufgaben des Tötens von Tieren bei Seuchenbekämpfungsmaßnahmen und das Schlach-

ten bei Bedarf zu konzentrieren (Schlachtgruppe).

3. Tier-, Dekontaminations- und Transportgruppe

Konzentration auf die Aufgabe, die zur Schlachtung oder Notschlachtung vorgesehenen Tiere der Schlachtstätte oder verendete bzw. getötete Tiere der Tierkörperbeseitigung zuzuführen (Transportgruppe).

4. Umweltgruppe

Daneben sollte eine mobile Umweltgruppe (Arbeitstitel) aufgestellt werden, um bei Bedarf zur Unterstützung bei Probenentnahmen (z. B. Messung der Strahlenbelastung

von Lebensmitteln) zur Verfügung zu stehen (Bild 2).

Veränderte Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft und neue gesetzliche Grundlagen (Lebensmittelgesetz, EG-Vorschriften für Fleisch und -untersuchung) bedingen zwangsläufig eine intensive Lebensmittelüberwachung, um auch beim Auftreten von Schadensereignissen die Ernährung und Gesunderhaltung der Bevölkerung sicherzustellen.

Beispielsweise stehen im Land Niedersachsen zur Zeit nur vier Veterinäruntersuchungsämter und zwei Chemische Untersuchungsämter für die Untersuchung von Lebensmitteln zur Verfügung. In den vier Regierungsbezirken des Landes wurden nach dem Ereignis von Tschernobyl jeweils eine Untersuchungsstelle zur Messung der radioaktiven Belastung von Lebensmitteln eingerichtet.

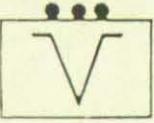
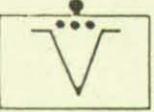
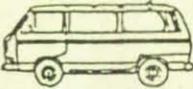
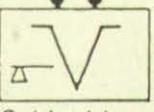
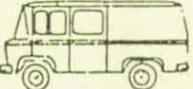
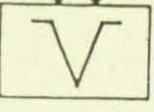
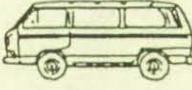
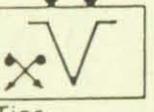
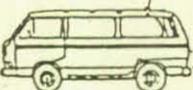
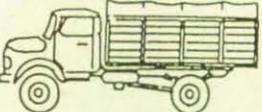
		Veterinärzug		VZ	
				STAN-Nr.071	
		$1/6/13=20$		Stand:	
 Zugtrupp	1 1 2 4	Sprechfunkgerätesatz 	  		
 Schlachtgruppe	1 3 4		 		
 Umweltgruppe	1 2 4 6	Sprechfunkgerätesatz  	 		 
 Tier-Transportgruppe	1 2 4 6	 	 		 

Bild 2

Nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG) liegen Programme zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt im Rahmen eines Routineprogrammes vor. Dieses wird nach der Feststellung eines radioaktiven Ereignisses in den Status des Intensivmeßbetriebes überführt.

Für Niedersachsen sind danach täglich 270 Proben, d. h. ca. 70 Lebensmittelproben (Fleisch, Milch, Gemüse) in einer Untersuchungsstelle zu untersuchen. Bereits ohne Ausfall von Untersuchungskapazitäten stößt diese Zahl an die Grenze der Belastbarkeit der Untersuchungsstellen. Darüber hinaus ist in diesem flächenmäßig gerasterten Intensivprogramm nicht erörtert, wer diese Proben entnehmen soll.

Kommen in Krisenzeiten zu diesen Untersuchungszahlen Lebensmitteleinzelproben aus der Produktion hinzu, die vor der Beurteilung „tauglich zum menschlichen Verzehr“ untersucht werden müssen, weil z. B. wegen einer radioaktiven Belastung des Erzeugergebotes eine Abklärung notwendig ist, können diese Untersuchungsstellen wegen der genannten Auslastung kaum in Anspruch genommen werden.

Aus diesem Grunde ist die Schaffung weiterer Untersuchungskapazitäten für Krisen- und Katastrophenfälle zu fordern. Kommunale Veterinärzüge (Regie) sind ohnehin den Veterinärärzten der kommunalen Verwaltungen bereits angegliedert, denen wiederum die Lebensmittelüberwachung unterliegt und die durch mobile Umweltgruppen im Schadensfall wirkungsvoll unterstützt werden könnten.

Zur Beurteilung der radioaktiven Belastung eines Lebensmittels ist lediglich die Gesamtbelastung zu messen. Es ist zu prüfen, ob dieser Wert den gesetzlich zulässigen Grenzwert überschreitet. Bei entsprechender Ausbildung in der Probenentnahme, Meß- und Auswertetechnik erscheint eine Prüfung der zu untersuchenden Lebensmittel

auf radioaktive Belastungen unproblematisch.

Die Umweltgruppe wäre mit einem Kombi mit Sprechfunkgerätesatz und Anhänger, mobilen Meßgeräten und Materialien zur Probenentnahme auszustatten (Bild 2). Diskutiert werden könnte, ob sich die Beobachtungs- und ABC-Meßstellen mit zusätzlichen Aufgaben als Umweltgruppe in den Veterinärzug integrieren und mit anderen Einheiten (z. B. ABC-Zug) gegebenenfalls in einen neuen Fachdienst „Umweltschutz“ eingliedern ließe.

Die ARKAT arbeitet in diesem Zusammenhang an Vorschlägen, um insbesondere den ABC-Dienst, Einheiten und Einrichtungen der Führung (z. B. AMAST, BAMST, Erkundungs- und Lotsengruppen) sowie den Veterinärdienst stärker in Aufgabenbereiche des Umweltschutzes, z. B. bei der Überwachung von Luft-, Wasser-, Lebensmittel- und Bodenqualität, heranzuführen, also Schadstoffgefährdungen zu erkennen, zu bewerten und gegebenenfalls beseitigen zu helfen.

Die Aufgaben dieser Einheiten sind vom Ansatz her nicht überholt und bedürfen – wie für den Veterinärdienst – lediglich eines Wandels. So könnten beispielsweise die Helferinnen und Helfer des Veterinärdienstes in der Probenentnahme ausgebildet und zur Unterstützung im Schadensfall überlasteter kommunaler Veterinärämter und staatlicher Untersuchungsstellen eingesetzt werden.

Ein Zusammenlegen der Veterinärzüge mit dem Betreuungsdienst, welcher wiederum enger mit dem Sanitätsdienst verzahnt werden sollte, wie es jüngst die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) in einer Studie vorschlug, wird statt dessen nicht für sehr sinnvoll gehalten.

Ziel der angestrebten Neustrukturierung im Katastrophenschutz muß es sein, den erweiterten Katastrophenschutz des Bundes konzeptio-

nell so umzugestalten, daß mit dem Katastrophenschutz der Länder ein wirklich integriertes System personellen, materiellen und führungstechnischen Zusammenwirkens ent-

steht. Mit einem derart modularen Konzept könnten Bund und Länder ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Schutz des Bürgers in idealer Weise gerecht werden.

Landesregierung Schleswig-Holstein unterstützt ARKAT-Positionen

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Professor Dr. Hans Peter Bull, stimmt mit dem Bestreben der ARKAT überein, zeitgemäße und effektive Organisationsformen für den Katastrophenschutz entwickeln zu helfen, mit denen über die Aufgaben des erweiterten Katastrophenschutzes hinaus allen denkbaren zivilen Gefahrenlagen begegnet werden kann.

In seiner Stellungnahme zu den ARKAT-Vorschlägen sicherte der Minister zu, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein auch weiterhin an kommunalen Regieeinheiten und -einrichtungen festhalten wird, da diese für den Katastrophenschutz unverzichtbar sind.

Bei einer Überprüfung der Fachdienststrukturen aufgrund der neuen Sicherheitslage und der Notwendigkeit, in den neuen Bundesländern einen leistungsfähigen Katastrophenschutz aufzubauen, dürften bestimmte Träger nicht einseitig benachteiligt werden, führte Minister Professor Dr. Hans Peter Bull in seinem Brief an den Bundesvorsitzenden der ARKAT, Diplom-Ingenieur Klaus-Dieter Kühn, weiter aus.

Bayerisches Staatsministerium des Innern begrüßt Überlegungen der ARKAT

Im Auftrag von Staatsminister Dr. Edmund Stoiber dankte der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Dr. Günther Beckstein, für die Übermittlung der ARKAT-Vorschläge für eine Neustrukturierung des Zivil- und Katastrophenschutzes. Der Staatssekretär begrüßte die Ansätze und Überlegungen der ARKAT für eine effektivere Gestaltung des Katastrophenschutzes.

In seinem Schreiben an den ARKAT-Bundesvorsitzenden Klaus-Dieter Kühn bekräftigte er namens der Bayerischen Staatsregierung, daß aufgrund der veränderten Bedrohungslage eine Schwerpunktverlagerung zugunsten des allgemeinen (friedensmäßigen) Katastrophenschutzes eingeleitet werden muß.

Staatssekretär Dr. Beckstein unterstützte insbesondere die Forderung, von einem starren Schema gegliederter Einsatzverbände abzugehen und statt dessen künftig von Einheiten auszugehen, die (wie die ARKAT vorschlägt) nach dem sogenannten Baukastenprinzip den jeweiligen konkreten Schadenslagen schnell und flexibel angepaßt werden können. Der Freistaat Bayern hat hierfür die erforderlichen Schritte bereits eingeleitet und wird die in der ARKAT-Denkschrift „Zukunftsaufgaben und Handlungsfelder für den Katastrophenschutz“ enthaltenen innovativen Ansätze für die künftige Gestaltung des Zivil- und Katastrophenschutzes in die weiteren Überlegungen einbeziehen.

Deutsche Weinkönigin besuchte Braunschweiger Katastrophenschutz

Im Rahmen der Deutschen Weinwoche besuchte die deutsche Weinkönigin Birgit Schehl aus Hainfeld (Rheinpfalz) die kommunalen Regieeinheiten und -einrichtungen des Katastrophenschutzes der Stadt Braunschweig, um sich bei diesen stellvertretend für die Vielzahl der im Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland freiwillig und ehrenamtlich Tätigen für deren Engagement zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Umwelt zu bedanken. In ihrer Ansprache hob die Weinkönigin die Bedeutung auch des Katastrophenschutzes als wichtige Zukunftsaufgabe hervor, damit die ökologischen Voraussetzungen und notwendigen Lebensgrundlagen in einem zunehmend gefährdeten Verhältnis von Mensch und Natur sowie Technik und Umwelt

langfristig noch beherrscht werden können. Auch der Wein verkörpert einen Teil der Schöpfung, die zu bewahren alle Menschen in ihrer besonderen Verantwortung für das Leben und die Umwelt aufgerufen sind, betonte die „königliche Hoheit“.

In vielen Winzergegenden sei es seit Menschengedenken Tradition, die freiwilligen Helfer in der Not mit Wein (und nicht vom schlechtesten) zu belohnen. Und so kam es dann nicht von ungefähr, daß die deutsche Weinkönigin den kommunalen Regieeinheiten und -einrichtungen und deren Bundesvorsitzenden Klaus-Dieter Kühn, ein Weinpräsident vom Deutschen Weininstitut aus Mainz zum Dank für ihren Beitrag zum Schutz der Bürger und ihrer Umwelt überreichte.

Kühn würdigte anschließend

den „königlichen“ Besuch als eine gerade in dieser Zeit wohlthuende Anerkennung der Aufgaben des Katastrophenschutzes. Eigentlich sei es in den zurückliegenden Jahrzehnten der Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht ernsthaft gelungen, den Stellenwert dieser Aufgabe in Staat und Gesellschaft auf einem Niveau anzusiedeln, das diese von den Bürgerinnen und Bürgern zum „Nulltarif“ erbrachte Dienstleistung verdient. Obwohl heute bereits mehr als 35 % der wahlberechtigten Bevölkerung den Bevölkerungsschutz als wichtige Zukunftsaufgabe einstufen, denkt man in Bonn an eine drastische Reduzierung der Helferzahlen, die Auflösung und den Verzicht von Schutzpotentialen in den Altbundesländern, beklagte Kühn.

Nicht Abbau und damit ein vermindertes Schutzniveau kann die Antwort auf die veränderte äußere Bedrohungslage sein. Vielmehr muß ein motivationsfördernder Wandel in den Aufgaben und Strukturen so vorbereitet werden, daß den gewachsenen Risiken durch umweltgefährdende Technologien, Klima und Verkehr besser Rechnung getragen und die Bereitschaft zur weiteren Mitwirkung der „am Schreibtisch“ für verzichtbar gehaltenen langjährig erfahrenen Helfer und Führungskräfte weiterhin aufrechterhalten werden kann. Dazu sind vor allem innovative Ansätze vonnöten, damit ein zukunftsorientiertes Konzept für den Gefahren- und Umweltschutz als Ganzes zeitgerecht entwickelt und umgesetzt werden kann.

Der Bundesvorsitzende wünschte sich in Bonn und andersorts etwas mehr von der Mentalität der Winzer, die ihre Weinberge nicht so einfach unterpflügen, sondern die Reben, die sie einmal gesetzt haben, pflegen, die Sorten veredeln und vor allem dafür sorgen, daß sich keine „Rebläuse“ breitmachen.

Die Weinkönigin, Frau Schehl, der Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig Werner Steffens, Bundesvorsitzender Kühn, Gäste und Helfer pflanzten anschließend 13 Weinreben (symbolisch für die deutschen Weinbaugebiete) am Giebel des Neubaus des Katastrophenschutzentrums der Stadt Braunschweig.



„Königlicher Besuch“ beim Katastrophenschutz (von links): Die deutsche Weinkönigin Birgit Schehl, Braunschweigs Oberbürgermeister Werner Steffens, ARKAT-Bundesvorsitzender Klaus-Dieter Kühn, Ordenskellermeister Fritz Pätzold und Ordensmeister Karl Friedrich Flebbe von der Weinbruderschaft Braunschweiger Löwe.

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 4737
3300 Braunschweig

Persönlicher Strahlenschutz im Kontrollbereich

Das handliche Dosimeter zeigt ständig die aufgelaufene Dosis an; die Dosisleistung wird per Knopfdruck abgerufen. Bei Erreichen einer der insgesamt acht vorwählbaren Dosis- und Dosisleistungsalarm-schwellen wird der Träger sowohl optisch als auch akustisch gewarnt.

Zählrohrfunktion und Kapazität der Batterie werden intern überwacht. Nach Aufforderung zum Batteriewechsel arbeitet das Gerät noch zehn Stunden weiter, der Träger des Dosimeters muß seine Tätigkeit nicht sofort unterbrechen. Auch zu wiederkehrenden Prüfungen nach der Strahlenschutzverordnung ruft das Dosimeter selbständig auf.

Das Dosimeter deckt einen Energiebereich von 82 keV bis 2 MeV ab. In dem nur 150 Gramm schweren Gerät sind ein energiekompensiertes Geiger-Müller-Zählrohr, ein Mikroprozessor, eine Koppel-Elektronik und die Batterie untergebracht.

(Foto: FAG Kugelfischer)



Tragbare Kraftwerke

Ein süddeutscher Hersteller hat sein Stromerzeugerprogramm um

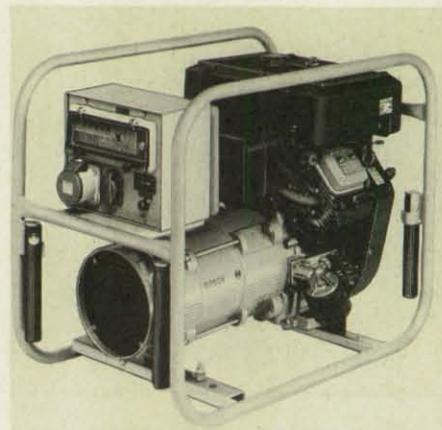
drei neue Stromerzeuger der Leistungsklasse von 5,4 bis 10 kVA erweitert. Das Programm reicht mit mehr als 40 Stromerzeugern vom kleinen Freizeit-Stromaggregat bis zur einzelprojektierten Notstrom-, Dauerbetriebs- oder Spitzenlastanlage mit Leistungen bis 550 kVA.

Die drei neuen Stromerzeuger entsprechen hinsichtlich des zulässigen Schalleistungspegels den geltenden Richtlinien 84/532 EWG und 84/536 EWG, sie sind baumustergeprüft und tragen das Epsilon-Zeichen. Gemeinsame Merkmale der leistungsfähigen Stromerzeuger sind sparsame und lauffuhige Otto-Verbrennungsmotoren für den intermittierenden Betrieb mit bleifreiem Normalbenzin, beziehungsweise ein robuster Diesel-Verbrennungsmotor für den besonders harten Einsatz. Die drei neuen Stromerzeuger im einzelnen:

Der neue Stromerzeuger G 6500 GW schaltet bei Isolationsfehlern an Stromverbrauchern die Stromzufuhr ab. Der Anschluß von handgeführten Geräten – sowohl mit Schutzleiter als auch schutzisoliert – ist zulässig. Bis zu 5,4 kVA Drehstrom (400 V, 50 Hz) oder 3,8 kVA Wechselstrom (230 V, 50 Hz) leistet der Drehstrom-Innenpol-Synchron-Generator, der von einem luftgekühlten Zweizylinder-OHV-Ottomotor angetrieben wird. Sparsamer Verbrauch (3,2 l/h Normalbenzin), kontaktlose Magnetzündung und Öldruck-Abschaltautomatik sind weitere Vorteile. Das mobile leistungsfähige Kraftwerk (Gewicht 91 Kilogramm) hat Reversierstarter.

Der Stromerzeuger G 6500 E ist ein „komfortables Kraftpaket“ mit Elektrostart und einem zusätzlichen manuellen Reversierstarter. Die Leistungsdaten des Stromerzeugers (Gewicht 97 Kilogramm) sind – bei gleichem umweltverträglichen Antriebsmotor und leistungsfähigem Synchron-Generator – identisch.

Für harten und anspruchsvollen Einsatz eignet sich das kleine Diesel-Kraftwerk DDOD 10. Angetrieben von einem robusten luftgekühlten Einzylinder-Dieselmotor mit Direkteinspritzung leistet der bürstenlose Synchron-Generator mit elektronischer Regelung 10 kVA Drehstrom (400 V, 50 Hz) und 3,3 kVA Wechsel-



strom (230 V, 50 Hz). Der Tankinhalt (24 Liter) reicht für eine Laufzeit von etwa acht Stunden. Das Kraftwerk (Gewicht 235 Kilogramm) ist bedienerfreundlich; gestartet wird elektronisch mit einem Zündstarter, bei Bedarf mit einer Handkurbel.

(Foto: Bosch)

Wandtafel hilft bei der Ausbildung

Die Vorschriften für den Transport gefährlicher Güter sind recht umfangreich und oftmals schwer verständlich. Wichtige Grundregeln aus dem „Vorschriftenschungel“ wurden auf einer Wandtafel zusammengestellt, die in Betrieben, bei der Feuerwehr oder in Schulungsräumen ausgehängt werden kann.

Gefahrzettel nach Verkehrsrecht und Gefahrensymbole nach der Gefahrstoffverordnung werden erläutert. Die Wandtafel gibt das Kennzeichensystem von Fahrzeugen in Bild und Schrift wieder. Verhaltensregeln bei Gefahrgutunfällen werden aufgezeigt. In Leitsätzen wird der Fahrer darüber informiert, was er beim Be- und Entladen und unterwegs berücksichtigen muß.

Zusammenlade- und Trennvorschriften werden in einer Tabelle leicht verständlich dargestellt. Abgebildet sind auch die den Gefahrguttransport betreffenden Verkehrsschilder, die der Fahrer beachten muß.

Die 6. Auflage der „Wandtafel Gefahrgut-Transport“ berücksichtigt bereits die zahlreichen Änderungen im Gefahrgutrecht, die Mitte 1990 in Kraft getreten sind. Den künftigen Gefahrgutbeauftragten, der ab Oktober 1991 bestellt sein muß und der die Mitarbeiter in den Betrieben schulen wird, unterstützt die Wandtafel sinnvoll in seiner Arbeit. Sie ist außerdem für Gefahrgutfahrerschulungen, z. B. auch für Unfallhilfsdienste, bestens geeignet. (ecomod)

Neues mobiles Umweltmeßlabor

Die Luftverunreinigung in der Bundesrepublik verursacht jährlich volkswirtschaftliche Kosten einschließlich Gesundheitskosten in Höhe von ca. 5 % des Bruttosozialproduktes, wobei die ökologischen Langzeitschäden hier nicht eingerechnet sind. Wer Lösungen im Bereich der Luftreinhaltung finden und realisieren will, ist auf die Gewinnung und Auswertung exakter Umweltdaten angewiesen. Unter diesem Aspekt verdient die Vorstellung eines neuen mobilen Umweltmeßlabors besondere Beachtung. Es kommt als Kleintransporter bis hin zum Shelter zum Einsatz.

Die Stärke dieses mobilen Meßsystems liegt in seinem modularen Aufbau und in der Installation der speziell angepaßten Software. Diese Meß- und Analysesoftware verbindet die einzelnen Elemente zu einem hochwirksamen, aber leicht zu bedienenden Meßsystem.

Die Software erfaßt und verarbeitet alle Meßsignale und übernimmt die



Steuerung und Kalibrierung der einzelnen Systemkomponenten. Ihre Bedienung wurde speziell auf die Erfordernisse im mobilen Einsatz zugeschnitten: Eine übersichtliche, leicht verständliche Benutzeroberfläche ermöglicht es auch nicht-EDV-erfahrenem Personal, mit dem System umzugehen.

Durch ein hierarchisch angeordnetes Zugriffssystem hat der Benutzer nur auf die für ihn relevanten Daten Zugriff. Alle Ereignisse, wie einlaufende Meßwerte, Fehlermeldungen und Kalibrierungen werden protokolliert, so daß sie jederzeit nachvollziehbar und addierbar sind. Sogar außerhalb des Fahrzeuges mit portablen Geräten gewonnene Meßergebnisse sind mit Ort und Zeit protokollierbar. Die gewonnenen Daten lassen sich wahlweise in Tabellenform oder als Kurve darstellen und in Datenbankprogramme übernehmen. (Foto: Rohde & Schwarz)

Rettungssack schützt vor Kälte

Ein neuer Rettungssack aus leichtem Olefinspinnvlies schützt Seeleute und Trapper, Bergsteiger und andere Natur-Wanderer gegen Hypothermie, einen Zustand, bei dem die Körpertemperatur gefährlich unter ihren Normalwert absinkt. Dieser Rettungssack, der Schiffbrüchige oder in den Bergen verunglückte Personen vor dem Erfrieren schützt, ist in der Technik als Thermal Protective Aid (TPA) – Wärmeschutzhilfe – bekannt und erfüllt die von der Internationalen Vereinigung für die Sicherheit auf See (SOLAS) aufgestellten Kriterien. Von Januar 1991 an sind alle Schiffe der 140 Mitgliedsnationen verpflichtet, TPAs an Bord mitzuführen.

Die polyethylenbeschichtete Außenfläche verstärkt den Schutzeffekt, und eine Aluminiumfolie auf der Innenseite reflektiert die Körperwärme. Der Rettungssack ist leicht zu transportieren und in Notfallsituationen anzuwenden, er wiegt nur 300 g und ist reiß- und verschleißbeständig. Mit einem Reißverschluß versehen, bedeckt er Kopf und Hände. Im Notfall kann man sich leicht von dem TPA trennen, um z. B. von einem Gefahrenpunkt wegzuschwimmen. Der Rettungssack wird auch bei Temperaturen unter dem Gefrier-



punkt nicht steif und schmilzt nicht, wenn er der Hitze eines Lagerfeuers nahekommt. (Foto: Dū Pont)

Universalgerät prüft Atemluft

Mit einem tragbaren Universalgerät kann die Atemluft direkt aus der Atemluftflasche überprüft werden, ebenso ist ein Anschluß am Kompressor möglich. Es ist für Anschlüsse 200 und 300 bar ausgelegt.

Überprüft werden nach DIN 3188: Der Wasser-, Öl-, Kohlendioxid- und Kohlenmonoxidgehalt der Atemluft. Dabei werden handelsübliche Prüfröhrchen verwendet. Die Prüfung erfolgt vollautomatisch über eine pneumatische Dosierpumpe. Bei Erreichen der vor der Prüfung über ein Zählwerk eingestellten Pumpe schaltet das Gerät automatisch ab.

Das Prüfgerät ist in einem stabilen Metallrahmenkoffer untergebracht und von jedermann leicht zu bedienen. (Foto: Interspiro)



Was Sie schon immer über Umweltchemikalien wissen wollten

Herausgegeben vom Umweltbundesamt
Verlag W. Kohlhammer GmbH,
7000 Stuttgart 80

Der Gesetzgeber hat vielfältige Maßnahmen ergriffen, durch die gefährliche Stoffe frühzeitig erkannt und je nach Gefährungsgrad gekennzeichnet, in der Anwendung beschränkt oder gar verboten werden können. Das Umweltbundesamt hat bei der Bewertung problematischer Stoffe, insbesondere im Bereich der Pflanzenschutzmittel, der Wasch- und Reinigungsmittel sowie der auf den Markt gelangenden Chemikalien in den letzten Jahren wichtige Aufgaben zugewiesen bekommen. Hierdurch konnte der Schutz vor gefährlichen Stoffen erheblich verbessert und viele Probleme bereits im Vorfeld – bevor es zu schwerwiegenden Folgen kommt – gelöst werden. Diesen neuen Entwicklungen trägt das jetzt vorliegende Taschenbuch Rechnung. Es weist aber auch eine Vielzahl neuer Erkenntnisse nach, die den umweltpolitischen Handlungsbedarf im Bereich problematischer Chemikalien in Zukunft bestimmen werden.

Der Gefahrgutfahrer

11. Auflage
Von Dipl.-Ing. Klaus Ridder
ecommed verlagsgesellschaft mbH,
8910 Landsberg

„Der Gefahrgutfahrer“ war 1980 die erste Lehrganggrundlage für die Tankfahrzeugführer-Ausbildung, die nach dem Gefahrgutübergang in Los Alfaques/Spanien vorgeschrieben wurde. Weit mehr als 130000 Tankfahrzeugführer im In- und Ausland wurden seither nach dieser Lehrunterlage geschult.

Das Werk ist gut verständlich geschrieben; zahlreiche farbige

Abbildungen, Tabellen und Zeichnungen lockern den Text auf. Besonders hilfreich sind die optisch hervorgehobenen Merksätze, die den Inhalt kurz und prägnant wiedergeben.

Technikpioniere

Namensgeber von Einheiten
physikalischer Größen
Von Peter Volkmann
vde-Verlag GmbH, 1000 Berlin 12



Das Buch beinhaltet die Lebensbeschreibungen von 21 Technikpionieren aus Elektrotechnik, Maschinenbau, Physik, Kerntechnik und Radiologie, die gesetzlichen Einheiten den Namen geben. Eine Chronologie veranschaulicht im Anschluß an die Biographien, in welchem Gesamtzusammenhang das Leben und Wirken bedeutender Namensgeber von Einheiten zu sehen ist. Zahlreiche Zeichnungen, viele ausgesuchte Fotos und Porträts dienen der Veranschaulichung, erhöhen den Informationswert und motivieren damit zum Lesen.

Dieses Buch spricht alle Interessenten der Technikgeschichte an. Da für das Verständnis nahezu keine naturwissenschaftlichen und technischen Fachkenntnisse vorausgesetzt werden, ist es für einen sehr breiten Leserkreis geeignet. Von besonderem Nutzen ist es all jenen Schülern und Studenten in Technik und Naturwissenschaft, die sich mit physikalischen Größen und Einheiten während ihrer Ausbildung auseinandersetzen müssen und sich

ergänzend über Leben und Wirken der Namensgeber von Einheiten informieren möchten.

Tauchen lernen - Das Tauchsportabzeichen Elementar

2. Auflage
Von Alexander Fertig, Jörg Ramien
und Hermann Gehrke
Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

Das Buch „Tauchen lernen“ ist ein aus der Praxis entwickeltes und von professionellen Tauchlehrern verfaßtes Lehrbuch für den Einsteiger in den Tauchsport. Die Beschränkung auf den Lehrstoff für das Tauchsportabzeichen Elementar ermöglicht gezieltes und effektives Lernen. Als Alternative zu vielen anderen Lehrbüchern wurde hier auf eine umfassende Darstellung der gesamten Theorie und Praxis des Tauchens zugunsten der besonderen Bedürfnisse des Neulings im Tauchsport verzichtet.

Der Anfänger erwirbt mit diesem Buch eine begleitende Lehrunterlage, die ihm die Ausbildung zu einem international anerkannten Tauchsportabzeichen erleichtert.

Aral Taschenbuch der Frauenpresse

Verlag Rommerskirchen,
5480 Remagen

Das Taschenbuch der Frauenpresse, das im vergangenen Jahr zum erstenmal erschien, fand nicht nur unter Journalistinnen Resonanz und Interesse. Zum erstenmal bot ein handliches Kompendium aktuelle Daten, Fakten, Namen und Adressen zum Thema „Frauen in den Medien“ – Wissenswertes zur Berufssituation der Journalistinnen, Anregungen zum Erfahrungsaustausch, Kontaktadressen, erste Übersichten über

Frauensendungen und Frauenseiten mit den entsprechenden Ansprechpartnerinnen.

Auch die zweite Auflage kann noch keinen Anspruch darauf erheben, all das vollständig abzudecken, was sich im Bereich „Frauen und Medien“ tut. Vor allem in den neuen östlichen Ländern ist alles im Umbruch, und die Berufssituation von Journalistinnen dort läßt noch viele Fragen offen.

Die Roten Hefte

Lehrschriften für den Feuerwehrmann
Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

Die Hefte der Schriftenreihe, die über 50 Titel umfaßt, werden ständig überarbeitet, um den vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr gerecht zu werden. Auch in den vorliegenden Neuerscheinungen wurden alle neuen Erkenntnisse berücksichtigt, um den jeweiligen Themenbereich auf den aktuellen technischen Stand zu bringen.

Friedrich Kaufhold
Verbrennen und Löschen
Nr. 1, 14. Auflage

*

Franz Anton Schneider
Löschwasserförderung
Nr. 7, 13. Auflage

*

Kurt Klösters
Feuerwehrgeräte - Sicherheit durch
Wartung
Nr. 11, 3. Auflage

Feuerwehrfahrzeuge in Europa

Von W. Jendsch
Lothar Haus Druck + Verlag,
6455 Erlensee

Das Buch bietet eine umfassende Übersicht über die Feuerwehrorganisationen der einzelnen Länder und

stellt deren Einsatzfahrzeuge in den Mittelpunkt des Interesses. Eine eindrucksvolle Auswahl der Fotos gibt einen Einblick in das typische Fahrzeugaufkommen der europäischen Länder und ihrer Feuerwehren, kurze Textbeiträge und Bildunterschriften beschreiben diese Fahrzeuge, die Organisation der jeweiligen Wehr und darüber hinaus manches Detail, das für den Kenner von Interesse ist. Das Buch ist auch bestens geeignet für Modellbauer und alle, die sich für Fahrzeuge im allgemeinen interessieren.

Lehrbuch für den Betreuungsdienst

Herausgegeben vom Bayerischen
Roten Kreuz
Hofmann-Verlag GmbH,
8900 Augsburg 41



Der Betreuungsdienst als einer der Fachdienste des Katastrophenschutzes ist darauf ausgerichtet, Menschen, die durch Katastropheneignisse ihre Wohnung verloren haben und möglicherweise auch von ihren Angehörigen getrennt wurden, zu beraten und zu betreuen und bei ihrer vorübergehenden Unterbringung mitzuwirken. Alle dazu notwendigen Grundkenntnisse werden in diesem Lehrbuch vermittelt. Es umfaßt die gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen und geht detailliert auf die einzelnen Aufgabenbereiche des Betreuungsdienstes, Verpflegung, soziale Betreuung und Unterkunft ein.

Das vorliegende Lehrbuch ist ein umfangreiches Nachschlagewerk für alle, die im Katastrophenschutz und insbesondere im Betreuungsdienst tätig sind.

Zivilschutz und Zivilverteidigung

Handbücherei für die Praxis
58.-63. Ergänzungslieferung
Hrsg. v. MinDirig. H. G. Merk, BMI,
Präs BZS H. G. Dusch,
RD a. D. W. Beßlich (AkzV)
und RD Dr. Helmut Roewer, BMI
Verlag W. Jüngling, 8047 Karlsfeld

Mit der 58. Ergänzung wurde ein neuer Teil „Gesundheitswesen im Zivilschutz“ in das Werk aufgenommen, der später noch zu ergänzen sein wird.

Mit der 59. Ergänzung wurde im Teil „Baulicher Zivilschutz“ eine neue komplette Zusammenstellung der Verwendungsbescheinigungen für Schutzraumeinbauteile und Schutzraum-Sonderkonstruktionen vorgelegt.

Die 60. Ergänzung gibt die Änderung der „Verfahrensregeln für die Förderung der Errichtung von öffentlichen Schutzräumen des Grundschutzes in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen (Mehrzweckbauten)“ bekannt, ferner den Anhang „Wartung von Schutzräumen“ (als Entwurf zur Erprobung) sowie Anleitungen und Grundlagen für die Planung von Schutzraumanlagen in beispielhafter Darstellung.

Die 61. Ergänzung ist dem Teil „Erweiterung des Katastrophenschutzes“ gewidmet und enthält eine neue Einführung aus Anlaß des neuen KatSG 1990, eine Gegenüberstellung der amtlichen Begründungen zum KatSG 1968 und 1990 sowie eine Neufassung zur Mitwirkung der Hilfsorganisationen im KatS.

Die 62. Ergänzung berücksichtigt einzelne kleinere Änderungen in den Teilen „Zivilschutz - Allgemeine Grundlagen“, „Warndienst“ und „Katastrophenschutz und Katastrophenhilfe im Frieden“.

Die 63. Ergänzung bringt Änderungen in den Teilen „Materielle Bedarfsdeckung zum NATO-Stationierungsrecht“, „Personelles Leistungsrecht zur Änderung des Arbeitssicherstellungsgesetzes“ u. a., „Sicherstellung und Notfallvorsorge - Allgemeiner Teil“, „Ernährungssicherstellung und Ernährungsvorsorge zum Ernährungsvorsorgegesetz und dem neubekanntgemachten Ernährungssicherstellungsgesetz 1990“ und „Verkehrssicherstellung“.

Notstromaggregat 61 kVA (NAG)

Im Rahmen technischer Erfordernisse werden Notstromaggregate unterschiedlicher Größenordnung (35 kVA, 61 kVA, 175 kVA) bei den Feuerwehren, den Sanitätsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk eingesetzt. So sieht beispielsweise die organisationseigene KatS-Einheit „Notstrom-Pumpen-Gruppe“ des Instandsetzungsdienstes ein 35-kVA-Aggregat vor, das jedoch nicht selten durch Eigenbeschaffung (z. B. THW Bayern, THW Stadt Erlangen) durch ein 61-kVA-Aggregat ausgetauscht oder ergänzt wird.

Der zweiachsige Notstromaggregat-Anhänger (61 kVA) der Kasseler Firma Polyma hat eine Länge von 6050 mm, eine Breite von 2200 mm und eine Höhe von 2750 mm. Seine Lackierung kann organisationsspezifisch in Rot (RAL 3000, Feuerwehr), in Reinorange (RAL 2004, div. Organisationen) oder in Blau (RAL 5002, THW) erfolgen. Fahrgestell und Radkappen sind in Schwarz, Kotflügel unterschiedlich weiß oder schwarz lackiert.

Das Modell

Die Firma Hanewacker/Schwalg b. München hat kürzlich das Grundmodell eines 61-kVA-Aggregates in hochwertigem Spezialkunststoff herausgebracht und somit den Modellbau eines speziellen KatS-Sonderfahrzeuges ermöglicht, der in kompletter Eigenarbeit doch sehr kompliziert und unbefriedigend gewesen wäre. Auch bei diesem hervorragend detaillierten Modell muß allerdings noch einiges an Kleinarbeit erledigt werden, bis man sich ein sehenswertes HO-Modell in die Vitrine stellen kann.

Erforderlich ist zunächst ein Anhänger-Fahrgestell. Verwendet wurde in diesem Fall eines der Firma Brekina (Nr. 5525) – es muß dem Aggregataufbau in seiner Länge (Radstand) angepaßt werden.

Bevor das Hanewacker-Modell farblich grundiert und in der gewünschten Farbe (hier RAL 5002/blau) lackiert wird, muß es von möglichen Unsauberheiten (Grate, Luftlöcher) befreit werden (Feile, Skalpell, Spachtelmasse). Das gilt insbesondere für die Bereiche an den Trittstufen und oberhalb der Heck-Stoßstange.



Das Vorbild für unser Modell: Notstromaggregat 61 kVA des THW Erlangen. Zur Beachtung die im Heckfenster sichtbare Armatur, die auch im Modell dargestellt werden kann.

Das im Heckaufbau gelegene Fenster, das einen Blick auf die Instrumente im Innenbereich zuläßt, wird mit einem Plastikstreifen „verglast“ – zusätzlich kann man dahinter ein Instrumenten-Tableau nachempfinden (Geräteraum-Einsätze von Feuerwehr- und THW-Modellen der Firma Preiser).

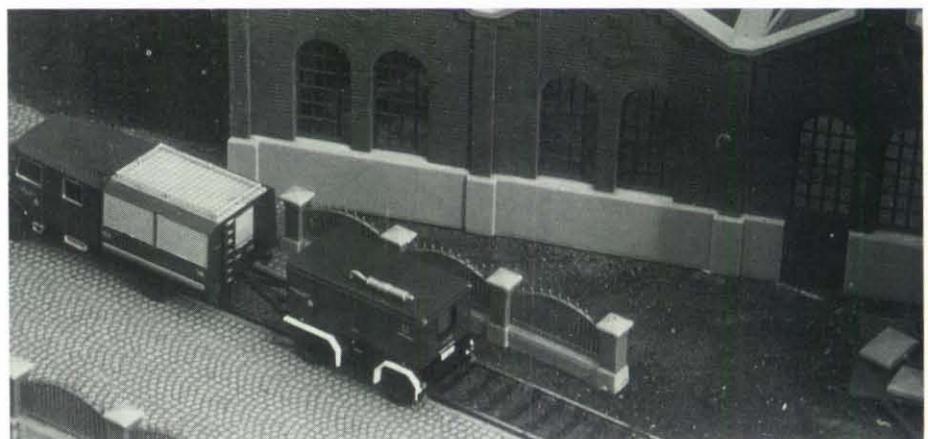
Danach kann die Farbgebung erfolgen (blau, reinorange oder rot), der Sockelbereich des Aggregates einschließlich Trittstufen, Stoßstange und Fahrgestell wird in Schwarz lackiert – bei unserem Modell sind die Kotflügel in Weiß gehalten.

Farblich entsprechend abgesetzt werden die Rückleuchten (rot/orange), die kleinen runden Reflektoren an den Aufbauseiten (orange; im Modell bereits angedeutet), die Blinker im Heck-Dach-Bereich (orange) sowie die Griffe der Geräteum-Klappen (silber).

Zur weiteren Detaillierung stehen über den Fachhandel vorbildgerechte Beschriftungssätze zur Verfügung. Kfz-Nummernschilder findet man in diversen Bausätzen der Firma Preiser (8000er-Nummern: KatS, Feuerwehr).

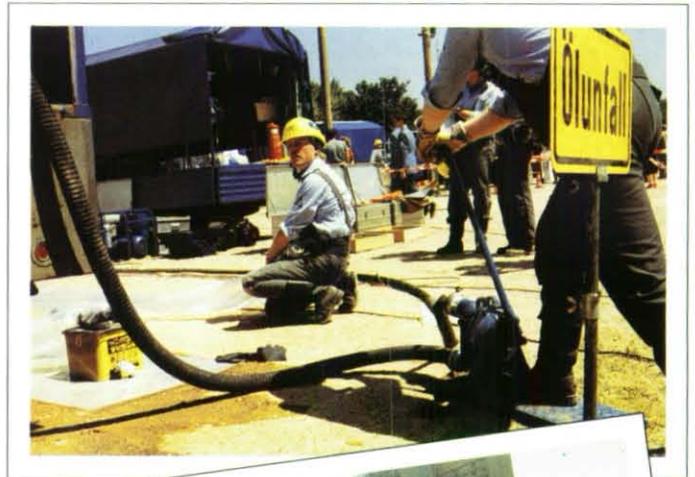
Drei Dinge sollte man nicht vergessen, um seinem Modell den „letzten Schliff“ zu geben: an der Anhänger-Deichsel müssen die Bremsschläuche angebracht werden (dünner schwarzer Faden oder Draht), an der Fahrzeugfront sind zwei Rad-Unterlegkeile befestigt (mittig in Höhe der Aufbau-Unterseite) und auf dem Dach des Aggregats wird ein Auspuffrohr befestigt (Preiser- oder Roco-Zurüstteil).

Somit erhält der Modell- und Fahrzeugfreund ein Anhängerfahrzeug, das zusammen mit den in dieser Serie bereits vorgestellten Zugfahrzeugen (Lkw, GWK, MKW, u. a.) eine interessante Einheit bilden kann.



Im Maßstab 1:87: Das 61-kVA-Aggregat hinter einem THW-Zugfahrzeug. Das fertige Modell stellt sicher ein außergewöhnliches KatS-Fahrzeug dar.

THW: 11. Bundeswettkampf in Mainz



Elf Mannschaften aus den alten Bundesländern traten am Samstag, dem 1. Juni 1991, auf dem Gelände des Volksparks in Mainz zum 11. Bundeswettkampf des Technischen Hilfswerks an. Bei dem alle zwei Jahre stattfindenden Wettkampf stand diesmal das fachliche Können der Helfer im Instandsetzungsdienst auf dem Prüfstand. Die einzelnen Mannschaften hatten sich ein Jahr zuvor auf Landesebene für die Teilnahme am Bundeswettkampf qualifiziert.

Die realitätsbezogenen Wettkampfaufgaben stellten an die Zugtrupps sowie die Elektro-, Gas/Wasser- und Abwasser/Öl-Gruppen hohe Anforderungen. Genaues und vorschriftsmäßiges Arbeiten war gefordert, um sich ganz vorne zu platzieren.

Zahlreiche Gäste verfolgten das spannende Geschehen auf den Wettkampfbahnen und waren vom Leistungsstand der teilnehmenden Mannschaften beeindruckt.

Unser Titelbild zeigt die Montage eines Kabelabganges von einem Freileitungsmast. Die Fotos auf dieser Seite zeigen links oben Arbeiten mit der Trennscheibe an einem Abwasserrohr, rechts die Bekämpfung eines Ölunfalles und unten Kanzleramtsminister Rudolf Seiters (Mitte) und den Präsidenten der THW-Bundeshelfervereinigung, Johannes Gerster (MdB) (5. von rechts), auf dem Gäste-Parcours. Lesen Sie hierzu auch unseren Beitrag im Innern des Heftes. (Fotos: Hilberath)

